

Till Westermayer

Blogtexte

Band V. Politische Texte 2017 bis 2019

Gundelfingen, Juni 2026

Blogtexte. Band V. Politische Texte 2017 bis 2019

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über dnb.dnb.de abrufbar.

Die automatisierte Analyse des Werkes, um daraus Informationen insbesondere über Muster, Trends und Korrelationen gemäß §44b UrhG („Text und Data Mining“) zu gewinnen, ist untersagt.

© 2026 Till Westermayer

Druck: Libri Plureos GmbH, Friedensallee 273, 22763 Hamburg

Till Westermayer
Kandelstr. 62
79194 Gundelfingen

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	i
Einleitung zu Band V – 2017 bis 2019.....	iii
<i>Politische und gesellschaftliche Fragen</i>	<i>1</i>
Rechtsruck im Political Compass – ernsthaft?.....	1
Ein Stimmungsbild (im Herbst).....	7
Oh, wie schön war Jamaika.....	13
Annäherungen an seltsame Welten, oder: Demokratie als Utopie.....	17
Die Welt im Jahr 2020.....	22
<i>#unteilbar, oder die Rückkehr zur Politik</i>	<i>25</i>
<i>Nachdenken über Bündnis 90/Die Grünen.....</i>	<i>29</i>
Niemand braucht eine grüne Wildwasserfahrt.....	29
Kurz: Urwahl – das Ergebnis ist da	33
Sieben einfache Schritte, um die Bundestagswahl doch noch zu gewinnen.....	35
Zukunft wird aus Mut gemacht – eine erste Einschätzung.....	38
Erste Zahlen zum grünen Wahlprogramm 2017.....	41
Bei uns.....	49
Parteitag im Konjunktiv.....	52
Flügelbilder.....	56
Phase 4: Grüne als Plattform neu erfinden.....	59
Auf dem Weg zu einer digital fundierten Halbtagsgesellschaft?.....	62
Über fliegende Teppiche und eine mögliche Zukunft als offene Bündnispartei..	67
Grüner Parteitag in Leipzig: Europa – darum kämpfen wir.....	70
Ein Programm für heute.....	74

Kurz: Nach den Wahlen.....	80
Herzkammern der Partei in der Wachstumsphase.....	81
Politik an wissenschaftlichen Fakten ausrichten.....	85
Zwanzig Jahre Campusgrün: ein Blick auf den Anfang	91
<i>Digitales Leben, Medien, Technologiepolitik</i>	<i>101</i>
Pass auf, was du dir wünscht	101
Warum das mit dem Digitalisierungsministerium nicht so einfach ist	107
Digitalisierung kann und muss gestaltet werden.....	111
Wieso ich Facebook (noch) nutze	118
Google-Welt und/oder Wikipedia-Welt.....	122
Einer wagt es, uns im Netz zu verlassen.....	126
Das letzte heimische Netz	129
<i>Reallabore, Klima und Nachhaltigkeit.....</i>	<i>133</i>
Wissenschaft in der wirklichen Welt.....	133
Bits und Bäume und dazwischen Zwischenräume	139
Die Welt lässt sich ändern	145
Nicht ablenken: die Klimakrise kann nur politisch gelöst werden.....	149
Klimaaktionstag. Ein Gespräch mit Z.....	155
<i>Anhang.....</i>	<i>163</i>

Einleitung zu Band V – 2017 bis 2019

Die drei Jahre von 2017 bis 2019 erweisen sich im Rückblick als ziemliche Achterbahn-Jahre. Auf der einen Seite die auch schon im letzten Band spürbare Verzweigung darüber, dass die Welt düsterer wird. Die AfD taucht immer wieder auf, ebenso Donald Trump in seiner ersten Regierungszeit. Und die Bundestagswahl 2017 endet – nach gescheiterten Jamaika-Verhandlungen – wieder mit einer Merkel-Regierung.

Auf der anderen Seite umfasst dieser Dreijahreszeitraum auch das Aufblühen von *#unteilbar* und *Fridays for Future*. Plötzlich gehen Menschen wieder auf die Straße für progressive Politik, Klimaschutz wird zu einem zentralen Thema der politischen Öffentlichkeit, und vielleicht gibt es ja doch noch einen Funken Hoffnung auf eine bessere Welt. Zwischen diesen beiden Polen changieren die Texte in diesem Band.

Angeordnet habe ich sie in vier Abschnitten. Das Buch beginnt mit allgemeinen *politischen Texten*. Hier geht es vor allem um die Wahlen und die Veränderungen im Parteiensystem. Illustriert wird dies unter anderem anhand des *politischen Kompasses*, dessen Methodologie ich mir näher anschau. In diesem Abschnitt findet sich aber auch ein euphorischer Demo-Bericht (250.000 Menschen bei *#unteilbar* in Berlin) und ein Versuch, nachzuvollziehen, was eigentlich mit denjenigen ist, die Demokratie augenscheinlich verachten.

In einem sehr langen Abschnitt geht es dann um *grüne Politik*, insbesondere um den grünen Findungs- und Neuaufstellungsprozess, der bei Robert Habecks Bündnispartei, dem beginnenden starken Mitgliederwachstum und bei einem neuen Grundsatzprogramm endet. Hier ist auch ein Text zur Rolle der BAGen (*Herzkammern*) und ein historischer Rückblick auf die Anfänge von *Campusgrün* zu finden.

Der dritte Abschnitt versammelt Texte zu *Digital- und Technologiepolitik*. Twitter, Facebook, Google sind im (politischen) Alltag angekommen, am Horizont sichtbar wird die AI-Revolution – hier noch unter dem Label „maschinelles Lernen“ mitgeführt. Digitalpolitik steht nicht mehr so im Zentrum, wirft aber; unter „Digitalisierung“ und nicht mehr unter „Netpolitik“ geht es dennoch weiter um die politische Gestaltung.

Den Abschluss bilden einige Texte zu Nachhaltigkeit (in Reallaboren und im Kontext zu Digitalisierung), vor allem aber zu *Klimaschutz* als dem zentralen Diskursgegenstand dieser Jahre. Verhandelt wird die *Fridays-Bewegung* (in einem Interview mit meiner damals vierzehnjährigen Tochter) und die Frage, wie weit Klimaschutz und das dahinter liegende *follow the science* eine politische Thematik, wie weit eine moralische Frage ist.

Im Vergleich zu den älteren Blogtexten wird deutlich, dass mein Blog weniger als früher – die goldene Zeit der frühen 2010er Jahre – Ort heißer politischer Diskussionen ist. Zugleich halte ich mich politisch mit öffentlichen Äußerungen stärker zurück als früher, die Beiträge sind reflektierender und weniger pointiert. Das mag mit Fragen des Zeitbudgets zu tun haben, sicherlich ist es auch eine Folge meiner neuen beruflichen Rolle in der grünen Landtagsfraktion.

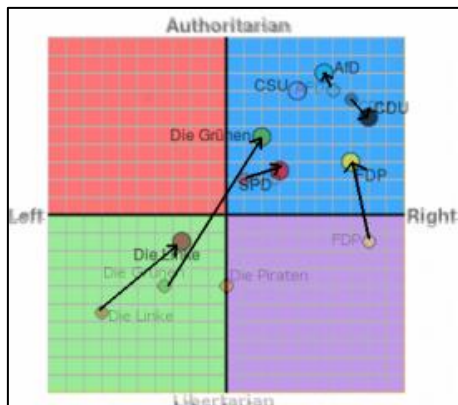
Gundelfingen, im Juni 2026

Politische und gesellschaftliche Fragen

Rechtsruck im Political Compass – ernsthaft?

8. August 2017 – Politik und Gesellschaft

Wenn es nach dem „Political Compass“ geht, dann gab es zwischen 2013¹ und 2017² einen massiven Rechtsruck im deutschen Parteiensystem – wobei „rechts“ sich dabei auf beide der Achsen beziehen würde, die der „Political Compass“ als Koordinaten der Politik ansieht, also sowohl eine Tendenz zu



mehr Autoritarismus als auch eine wirtschaftspolitische Tendenz nach rechts. In der Abbildung sind die beiden Diagramme für 2013 und 2017 übereinander gelegt. Die Pfeile zeigen, von wo nach wo in diesem Koordinatensystem die deutschen Parteien gewandert sein sollen.

Während die Verschiebungen bei SPD und CDU – eine leichte Bewegung der SPD nach „wirtschaftsrechts“, eine leichte Bewegung der CDU Richtung liberalere Gesellschaft – irgendwie nachvollziehbar erscheinen, verwundert der Rest. Die FDP ist demnach deutlich autoritärer geworden. Die LINKE ist zwar in beiden Diagrammen die Partei, die am

¹ <https://www.politicalcompass.org/germany2013>

² <https://www.politicalcompass.org/germany2017>

klarsten im progressiven Quadranten verortet wird, aber auch hier soll es eine Bewegung Richtung „Mitte“ gegeben haben. Und Bündnis 90/Die Grünen – da soll es dem Diagramm zufolge in den letzten vier Jahren quasi eine Spiegelung gegeben haben – eine Verschiebung um fast ein Drittel des Koordinatensystems sowohl in Richtung wirtschaftliche Rechte als auch in Richtung autoritärerer Politik. Die AFD bleibt in beiden Darstellungen die autoritärste Partei, angeblich ist sie aber weniger wirtschaftlich rechts als die CDU oder die FDP.

Das 2017er-Diagramm kursiert seit einigen Tagen in sozialen Netzwerken – insbesondere Mitglieder der LINKEN wollen damit beweisen, dass nur eine einzige Partei dem Rechtsruck Stand gehalten hat, und natürlich dafür dann bei der Bundestagswahl im September auch gewählt werden muss. Was ist dran?

Ich hatte vor einiger Zeit bereits etwas zum „Political Compass“ 2013³ und der Frage, ob Grüne eine linke Partei sind, geschrieben. Damals vermutete ich, dass für die Einordnung der Parteien deren Wahlprogramme ausgewertet wurden. Wenn ich mir allerdings unser Wahlprogramm für 2017 anschau und es mit dem für 2013 vergleiche, wundert mich dieses Ergebnis. Deswegen habe ich per Mail nachgefragt – und als Antwort nur einen lapidaren Hinweis auf „FAQ.Frage.9“⁴ bekommen. Grob übersetzt steht da:

*Wie ist es möglich, ehrlich festzustellen, wo Politiker*innen liegen, ohne diese zu fragen?*

*Wie ist es möglich, herauszukriegen, ob sie ehrlich sind, wenn du sie fragst? Grade rund um eine Wahl? Wir beziehen uns auf Berichte, die Abstimmungen im Parlament, Programme ... und das Handeln, das lauter als Worte spricht. Das dauert viel länger, als Politiker*innen schlicht zu bitten, den Test zu machen – aber es ergibt doch eine viel genauere Einordnung. Bereits früh haben wir gemerkt, dass Politiker*innen, die den Test machen, oft auf*

³ <http://blog.till-westermayer.de/index.php/2014/07/06/links-zwei-drei/>

⁴ <https://www.politicalcompass.org/faq#faq9>

eine Art und Weise antworten, die zwar zur Stimmung in der Wählerschaft passt, aber nicht zu ihrem Handeln.

Der Test, der hier angesprochen wird, ist der Fragebogen, der auf der Website „Political Compass“ online ausfüllbar ist, und als dessen Ergebnis zwei Koordinaten ausgespuckt werden: ein Wert auf der wirtschaftlichen Links-Rechts-Skala (X: -10,0 bis +10,0), und ein Wert auf der Skala zwischen libertärer und autoritärer Haltung (Y: -10,0 bis +10,0).

Wie genau aus dem Fragebogen diese Werte berechnet werden, verrät die Organisation hinter dem „Political Compass“ leider nicht. Anders als bei ähnlichen Arbeiten, wie sie etwa an Universitäten durchgeführt werden, und wie sie in mit ausführlichen wissenschaftlichen Veröffentlichungen dokumentiert werden, bleibt das Rechenmodell im Dunkeln. Es kann demnach auch nicht nachvollzogen werden, ob die beiden Achsen tatsächlich orthogonal zueinander stehen, und ob die Fragen im „Test“ und die Zuordnung zu den beiden Achsen tatsächlich eine empirische Basis (etwa im Sinn einer Faktorenberechnung) hat. Es bleibt auch recht schleierhaft, wer eigentlich diese Organisation ist. Wikipedia⁵ verweist hier auch nur auf die Website, die eine „Pace News Ltd.“ als Copyright-Inhaber ausweist, und auf frühere Vermutungen, dass die Website (seit 2001 online) der britischen Wohlfahrtsorganisation *One World Action* nahe steht.

Das alles ist so lange unproblematisch, solange „Political Compass“ vor allem als Werkzeug gesehen wird, das dazu beiträgt, die Komplexität politischer Haltungen deutlich zu machen. Insofern sehe ich trotz der ganzen Intransparenzen einen gewissen Sinn darin, den „Political Compass“ als individuellen Test zu nutzen – das Ergebnis bietet einen Gesprächsanlass, es kann darüber diskutiert werden, was hinter so komischen Chiffren wie „rechts“ und „links“ tatsächlich zu verstehen ist. Als politische Analyse im Vorfeld einer Wahl ist es allerdings schwierig, wenn eine im Dunkeln bleibende Organisation ohne Offenlegung ihrer Daten Parteien in ein Raster einsortiert.

Und auch die FAQ hilft hier nur bedingt weiter – da geht es ja eigentlich um einzelne Politiker*innen, nicht um Parteien. Und „Berichte“, „Abstimm-

⁵ https://en.wikipedia.org/wiki/Political_compass.

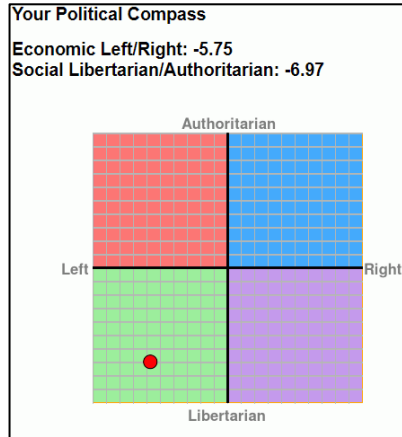
mungen“, „Programme“ und „das Handeln“ sind hinreichend vage, um damit auch eine Einordnung nach Bauchgefühl zu rechtfertigen. In einem Mehrheitswahlssystem mag zudem die Bedeutung der einzelnen Politiker*innen noch einmal größer sein als in unserer proportionalen Repräsentation. Offen bleibt damit, ob die einzelnen Koordinaten aus den Wahlprogrammen heraus destilliert wurden, ob Statements der Spitzenkandidat*innen der einzelnen Parteien ausgewertet wurden, oder ob – um beim grünen Beispiel zu bleiben – ein Boris Palmer mit öffentlichen Äußerungen die ganze Bewertung im Raster nach rechts ziehen kann, obwohl die vom Parteitag beschlossene Programmatik, die dann ja auch die Grundlage etwa für einen Koalitionsvertrag darstellen würde, ganz anders aussieht. Ich habe daher noch einmal ausführlicher darum gebeten, mir Fragen dazu zu beantworten, welche Materialien genau in die Auswertung einfließen, und wie diese vorgenommen wird. Dazu habe ich von „Political Compass“ allerdings bisher keine Antwort erhalten. Sollten diese noch eintreffen, werde ich den Artikel hier gerne updaten.

Die Frage nach der Methodologie ist auch deswegen interessant, weil der eigentliche Test sehr stark auf persönliche Werte zugeschnitten ist – neben Fragen zu Freihandel, Abortion oder der Todesstrafe gibt es auch Fragen danach, wie wichtig etwa religiöse Werte sein sollen, ob eine Schulpflicht bestehen soll, oder ob abstrakte Kunst wertvoll ist. Hier wird es dann schon schwieriger, ein Parteiprogramm neben den Fragebogen zu legen und zu antworten – und Fragen auszulassen, oder mit „neutral“ zu antworten, ist nicht vorgesehen. Gleichzeitig fällt auf, dass in der aktuellen politischen Auseinandersetzung zentrale Fragen (Klimaschutz!) im Fragebogen nicht vorkommen, andere dagegen auf längst etablierte gesellschaftliche Konsense verweisen (etwa bei der Haltung zur Homosexualität) und damit wenig Differenzierungsmöglichkeiten bieten.

Ich habe den Versuch trotzdem gemacht, und den Test entlang des Wahlprogramms⁶ ausgefüllt. Bei einigen Fragen war das nicht möglich, da es dort um persönliche Werte ging. Da spielte dann meine Einschät-

⁶ <https://docs.google.com/spreadsheets/d/1ZA4sDshfAD-1jpwHSpS7fU1rKi48PnLxXnj3yCQizh4/edit?usp=sharing>

zung der persönlichen Haltung des typischen Parteimitglieds eine Rolle; hier habe ich allerdings auch eher die mittleren Werte (*agree/disagree*) gewählt und keine starke Zustimmung/Abneigung. Das Ergebnis ist -5,75 auf der ökonomischen Links-Rechts-Skala, und -6,97 auf der gesellschaftlichen Skala – also noch links-liberaler als die oben eingetragene Position der LINKEN, und etwas unterhalb und links von der für 2013 eingetragenen Position für Bündnis 90/Die Grünen.



Es kann jetzt natürlich sein, dass ich meine Partei mit einer gewissen Verzerrung betrachte, und meine persönlichen Werte zu stark mit eingeflossen sind. Das Ergebnis ist das, was ich erwartet hätte – da fühle ich mich beheimatet.

Deswegen der Aufruf: Vielleicht mag jemand anderes dasselbe Spiel noch einmal spielen – gerne auch für andere Parteien – und in den Kommentaren dann das Ergebnis mitteilen (ich bastle auch gerne ein Diagramm daraus). Mal sehen, ob dabei ein anderes Bild entsteht als bei der Einordnung nach Abstimmungsverhalten und lautem Handeln, die „Political Compass“ vorgenommen hat. Ich habe auch eine Vermutung, was dabei herauskommen wird: das deutsche politische Spektrum – mit Ausnahme vielleicht der AFD – wandert dann im Vergleich zur Abbildung auf der Website „Political Compass“ insgesamt stärker in die Mitte des Koordinatensystems. Und das würde wiederum bedeuten, dass Deutschland nach wie vor ein recht liberales und an gesellschaftlichem Wohlstand orientiertes Land ist – ganz egal, wie sehr versucht wird, diese Haltung umzudrehen und zuzuspitzen.

Warum blogge ich das? Weil es zwar in der Folge der Terroranschläge und der Flüchtlingsdiskussion so etwas wie einen gesellschaftlichen Rechtsruck gegeben

Politische und gesellschaftliche Fragen

haben mag, weil ich aber die These, dass sich damit die grundlegenden Werte der Parteien massiv verschoben haben, nicht teile – und gerne empirische Argumente dazu sehen würde.

P.S.: Eventuell interessant in diesem Kontext ist das *WZB Manifesto-Projekt*,⁷ hier ein *Überblicksartikel*⁸ – das ist in seiner inhaltsanalytischen Auswertung für bundesdeutsche Wahlprogramme allerdings erst im Jahr 2013 angekommen, soweit ich das erkennen kann.

Update (25.08.2017): Während ich von Political Compass auf meine Mail weiterhin keine Reaktion bekommen habe, bin ich heute auf wahlnavi.de gestoßen – diese Plattform fragt speziell zur Bundestagswahl, legt ihre Methodik offen⁹ – und kommt zu einem Bild, das mir sehr viel realistischer erscheint (unten und oben im Vergleich zum Political Compass getauscht).



⁷ <https://www.wzb.eu/de/forschung/wandel-politischer-systeme/demokratie-und-demokratisierung/projekte/the-manifesto-project>

⁸ <https://bibliothek.wzb.eu/artikel/2017/f-20666.pdf>

⁹ <https://voxpoplabs.com/wahlnavi/methodik.pdf>



Ein Stimmungsbild (im Herbst)

28. August 2017 – Politik und Gesellschaft, So grün, so grün

Draußen ist es Spätsommer. Mal wieder ein Wetterumschwung – vor ein paar Tagen waren es noch über 35 °C, jetzt regnet es im Herbstmodus. Aber ich will nicht über das Wetter schreiben, sondern über die Bundestagswahl, und dieses Land.

Eigentlich wollte ich diesen Text anders beginnen, ich hatte ihn auch schon halb fertig. Mit einem Blick auf die möglichen Koalitionen nach der Wahl, mit einem Blick auf die FDP, die sich derzeit so in der Mittelpunkt rückt, und auch auf die Original-AfD. Auf die Infas-Analyse in der ZEIT¹ eingehen, die zeigt, dass Deutschland doch offener und liberaler ist, als viele denken, und dass die medial so dominanten rechten Hetzer nur eine Minderheit vertreten.

Und auch dazu wollte ich schreiben, dass zwischen dem Image und der tatsächlichen Verortung nicht nur beim Selbstbild dieses Landes etwas

¹ <https://www.zeit.de/2017/35/bundestagswahl-deutschland-umfrage-toleranz-liberalismus>

nicht stimmt, sondern ebenso beim Bild der einzelnen Parteien. Da sind die diversen Wahltools hilfreich, die eigentlich alle ein gemeinsames Ergebnis haben: es gibt einen Pol der mehr oder weniger progressiven Parteien, die sich gar nicht so sehr voneinander unterscheiden – Grüne, Linke, SPD, diverse neue Kleinstparteien (Kopien der Linken oder der Grünen, nur ohne den Regierungsbeteiligungsballast), – Grüne, Linke, SPD und diese Kleinstparteien sind jedenfalls allesamt Parteien, die für eine offenere Gesellschaft und mehr Solidarität stehen. Wie sie sich zu Putin verhalten, welche außenpolitischen Schwerpunkte es gibt, und wie ernst die Ökologie genommen wird – das unterscheidet sie dann doch. Aber die grobe Richtung ist viel weniger unterschiedlich, als manche das glauben. (Und viel differenzierter, als andere behaupten.)

Dann gibt es auf der anderen Seite die CDU irgendwo Mitte-rechts. Es gibt die FDP, die eher marktliberal als sozialliberal ist, egal, wie die Kampagne aussieht, und zumindest in Baden-Württemberg auch gerne mal den populistischen Hau-Drauf gibt. Schließlich die AfD mit ihrem autoritären, rechtspopulistischen Ganz-Rechts-Außen-Kurs.²

Im Wahl-o-Mat, im Bundeswahlkompass, im Wahlnavi, vermutlich auch im Parteiennavi – und wie die Tools in ihrer ganzen Unübersichtlichkeit alle heißen – sortiert sich also die Landschaft der programmatischen Angebote. Die ist relativ vielfältig, eigentlich müsste für jeden was dabei sein, selbst wenn Leerstellen bleiben: so gibt es keine relevante Partei, deren Markenkern das progressive Linksliberale ist. Klar findet sich das bei uns Grünen, vielleicht auch bei anderen Parteien des Spektrums, möglicherweise sogar in kleinen Dosen in der FDP – aber eben immer

² Ich wollte in diesen Text eigentlich keine hundert Links einbauen, aber auf den Datenjournalismus der *Berliner Morgenpost* [<https://interaktiv.morgenpost.de/parteien-hundestagswahl-2017/>] muss ich doch hinweisen. Die haben aus den Daten des Wahl-o-Mat (über den sich dieses Jahr auch einiges sagen ließe, darunter nicht nur Gutes) und aus der Kandidatenbefragung von *abgeordnetenwatch* zum einen ein Tool gebastelt, das zeigt, welche Partei mit welcher anderen der am Wahl-o-Mat teilnehmenden wie stark übereinstimmt, und zum anderen eine Punktwolke, die die Kandidat*innen der Parteien nach Ähnlichkeit sortiert: auch da wird übrigens deutlich, dass rote, grüne und linke Kandidat*innen sich inhaltlich durchaus nahe stehen (ohne zu einem Brei zu werden), während FDP und CDU/CSU einen eigenen (zweigeteilten) Cluster bilden – und die AfD jenseits von Gut und Böse verortet ist. Soweit der Datenjournalismus.

nur als zweites oder drittes Thema, nie als definierender Kern. Allerdings ist es den Piraten, die Neuen Liberalen, den Liberaldemokraten und wie sie alle heißen, bisher auch nicht gelungen, eine solche Partei dauerhaft zu etablieren. Möglicherweise ist es okay, wenn das nur das zweite Thema der Partei der jeweiligen Wahl ist. Es gibt keine Leerstelle mehr für Rechtspopulismus a la FPÖ oder Trump. Leider.

Also: breite Auswahl, Parteien, die bei genauerem Hinsehen doch um einiges differenzierter sind. Eigentlich müsste der Wahlkampf heiß laufen. Tut er aber nicht. Sondern fühlt sich seltsam an.

Dazu mag *the second* – nein, eigentlich *the fourth – coming of Merkel* beitragen. Relativ egal, wie gewählt wird – wenn die Prognosen halbwegs stimmen, dann bleibt Angela Merkel unsere Bundeskanzlerin. Das ist seltsam, weil wir es hier vor allem mit einer Projektionsfläche zu tun haben. Die einen sehen die Wir-schaffen-das-Kanzlerin, die dann unter dem Label „christliche Werte“ für eine soziale Politik steht, und sogar was für die Umwelt tun würde. Die anderen wählen die Parteivorsitzende der CDU, die Seit an Seit mit der CSU längst weit ins konservative Feld gerückt ist. Die einen denken an Wendemanöver nach Fukushima und an die Öffnung der Tür für die Ehe für alle, die anderen an Dobrindt, de Maiziere und Spahn.³

Wie heißt noch einmal der Kanzlerkandidat der SPD? Nicht Schröder (der will russischer Oligarch werden), auch nicht Schmidt (der war mal), weder Steinmeier noch Steinbrück, sondern Schulz, genau. War mal ein neues Gesicht, schafft es jetzt aber nicht, Themen zu setzen. Nationale Bildungsoffensive – klar, *why not*, Bildung ist immer gut (auch wenn Schulpolitik eher fürs Verlieren von Wahlen taugt) – aber da müssen dann halt 16 Länder mitmachen, und nicht nur die mit SPD-Regierungschef. Und was hatte er sonst für Themen? Vage bleiben mir Versuche in Erinnerung, sich mit „zu viele Flüchtlinge“ zu profilieren (oder war das Gabriel?). Und, ach klar, mehr Gerechtigkeit, das steht auf den schreienden Kindern, pardon, Wahlplakaten der SPD ebenfalls drauf.

³ Und der CDU-Wohlfühlwahlkampf tut alles, um diese Projektionsfläche so weit wie möglich zu öffnen, und so wenig Konkretes wie nur irgendwie möglich rüber zu bringen.

Gutes Thema, weil in den letzten Jahren fast immer in SPD-Hand, also etwa mit der Arbeitsministerin.

Also, das übliche seit 2009: die SPD kämpft auf verlorenem Posten, zieht aber nicht. Diesmal wäre sie ja sogar bereit, die im auslaufenden Bundestag noch bestehende linke Mehrheit in eine Koalition umzuwandeln, vielleicht jedenfalls. Nur sieht's für die, bei Lichte betrachtet, nicht besonders gut aus. Die SPD steht schwach da, die Linke weiß eh nicht so richtig, ob sie in eine Koalition gehen würde, jedenfalls nicht, wenn dafür eine der zwanzig oder dreißig roten Linien überschritten werden müssen, und auch wir Grüne schwächeln, wenn wir ehrlich sind.

Das ist übrigens einer der Punkte, den ich an diesem Wahlkampf nicht verstehe. Wir haben eine handwerklich und inhaltlich gut gemachte Kampagne. Unser Spitzenkandidat ist ebenso präsent wie unsere Spitzenkandidatin, und beide machen ihre Sache hervorragend. Kampagne und das richtig gute – progressive, konkrete, „anwendungsorientierte“ – Wahlprogramm passen zu uns. Sie sind inhaltlich klar, in der Zuspitzung auf zehn Punkte, die wir unbedingt umsetzen wollen, erst recht. Die Veranstaltungen sind gut besucht, und grüne Themen stehen mitten auf der Agenda: in Bangladesch und Houston zeigt der Klimawandel (an den AfD und FDP noch immer nicht glauben) seine ganze Wirkungsmacht. Der Dieselskandal hat die Notwendigkeit für eine Verkehrswende und für eine Transformation der Automobilwirtschaft deutlich gemacht, deutlicher geht es eigentlich gar nicht. Es gibt einen Lebensmittelskandal ums Ei. Und nach und nach kommt heraus, dass es sowas wie ein Netzwerk von Rechten, auch in der AfD, auch bei Polizei und Bundeswehr, gibt, die schon mal darüber nachdenken, wenn sie nach der Revolution an die Wand stellen wollen.

Eigentlich beste Voraussetzungen für ein grünes Rekordergebnis. Und doch sind die Leute sonderbar zögerlich, wenn es darum geht, grün zu wählen. Im grünen Wahlwerbespot gibt es diese Szene mit dem Kaninchen und der Schlange. Seit Juni bewegt sich nichts – bei acht Prozent ist Schluss in den Umfragen. Warum dieses Zögern?⁴

⁴ Und gleichzeitig tauchen nach und nach Elemente aus der Rhetorik der AfD in der Mitte des medialen und öffentlichen Diskurses auf. Dass alle Parteien gleich und „die Politiker“

Eigentlich würde ich mir ja wünschen, dass ein Wahlkampf vor allem ein Zeitpunkt ist, in dem einzelnen Parteien sagen, wie sie die Probleme der nächsten vier Jahre lösen wollen. Das passiert fast gar nicht. Stattdessen werden Kleinigkeiten hochgekocht, Äußerlichkeiten in den Mittelpunkt gestellt, und die direktere Kommunikation ist von Nickeligkeit geprägt und davon, keinem was zu gönnen, und nur darüber zu reden, was andere nicht können.

Aber auch wenn der Wahlkampf sachlicher wäre, wenn alle die unterschiedlichen Ideen, wie die Probleme, die ja nun mal da sind, gelöst werden können, in den Mittelpunkt stellen würden – oder, um es anders zu beschreiben: ihre Zukunftsbilder, ihre Ideen, wo es mit diesem Land in den nächsten vier und den nächsten vierzig Jahren hingehen soll – die Stimmungslage wäre wohl nicht anders.⁵

Ist es die Last des Regierens in den Ländern? Ein Überdruß damit, dass sich da manches nur langsam und manches gar nicht ändert (und manches an der Tatsache hängt, dass die Landeskompetenz nur bis dahin reicht, und im Bund eben keine Grünen regieren?). Ist hier das Vertrauen verloren gegangen?⁶

Ist es die Tatsache, dass Grüne nach wie vor eine streitlustige Partei sind, und dass davon doch auch einiges nach außen dringt? Wäre mehr Geschlossenheit, ein einheitliches Bild, ein stärkeres Wertschätzen auch des innerparteilichen Gegners besser?⁷

Sind es Winfried und Boris? Oder Toni, Jürgen und Claudia? Sind es Cem und Katrin? Oder gar Robert?

verachtenswert seien. Dass unliebsame Meinungen totgeschwiegen würden. Dass die Grenzwerte nur Erfindungen sein. Dass es „denen“ um Angstmache gehe. Etc. etc.

⁵ Apropos Parteien und Wahlkampf: die in Österreich gerade laufende scheinbare Abschaffung der Parteien zugunsten charismatischer Listenführer ist auch nicht das Richtige.

⁶ Das Ergebnis von DiB und V³ und BGE und du. und wie sie alle heißen, wird ein Indikator dafür sein.

⁷ Sicher, aber das ist in anderen Parteien auch nicht anders, befürchte ich. Und noch viel größer können wir unsere Einigkeit beim Kampf gegen den Klimawandel, bei der Umwelt, aber auch bei Gleichstellung und Integration eigentlich gar nicht schreiben als auf unseren diesjährigen Plakaten.

Politische und gesellschaftliche Fragen

Ist es die fehlende klare Ansage, was nach der Bundestagswahl passiert – rächt sich hier die Offenheit für Koalitionen sowohl mit der SPD als auch mit der CDU?⁸

Ist es der Medienfokus auf der Lindner-Werbung und der FDP mit der schöneren Geschichte?⁹

Ich kann es nicht genau fassen, aber irgendwie hat sich Teilen der Öffentlichkeit ein Bild über Bündnis 90/Die Grünen festgesetzt, das überhaupt nicht zu meiner Innenwahrnehmung passt. Wir haben klare Vorstellungen davon, dass der Weg in die Zukunft einer ist, der gestaltet werden muss, dass es Probleme gibt, die gelöst werden müssen – und dass wir dafür Mut brauchen. Das meint „Zukunft wird aus Mut gemacht“. Cem sprach davon, dass es Fortschritt nur mit grün gibt – auch das ist natürlich, wie alles in einem Wahlkampf, übertrieben, aber in der Tendenz sehe ich es auch so.

Manchmal weht der Wind der Geschichte in die falsche Richtung. Da hilft dann alles Strampeln nicht. Trotzdem würde ich gerne wissen, wo wir falsch abgelenkt sind, trotzdem bleibt das Gefühl einer seltsamen deutschen Wahlkampfzeit voller Ablenkungen und Sumpfbblasen. Und das gefällt mir nicht.

Warum blogge ich das? Als Stimmungsbild, und um eine gewisse Ratlosigkeit festzuhalten. Ich drücke diesem Land trotzdem die Daumen, dass am 24. September ein Ergebnis herauskommt, dass der deutschen Weltoffenheit und dem deutschen Gefühl des weit gefassten Sich-umeinander-Kümmerns gerecht wird.

P.S.: Ich mag Videoformate nicht so, aber dieses [Analysevideo der SZ](#)¹⁰ ist durchaus hilfreich. Kernaussage: Um jetzt noch zu gewinnen, müssen Grüne zuspitzen.

⁸ Aber wie soll eine relativ kleine Partei auf Bundesebene sonst progressive Politik voranbringen? Und wie anders als in einem Programm sollen wir festhalten, was wir tun werden und wofür wir stehen? Oder müssten wir klar sagen, dass eine vierte Amtszeit für Merkel nicht an uns scheitern wird?

⁹ Rausgeflogen, neues Gesicht, groß im Kommen – egal, dass ab Reihe zwei nichts anders ist als vorher?

¹⁰ <https://www.sueddeutsche.de/politik/wahlkampf-was-die-gruenen-jetzt-noch-retten-kann-1.3644800>



Oh, wie schön war Jamaika

20. November 2017 – Politik und Gesellschaft

Ich war dann doch vernünftig genug, gestern Abend vor Mitternacht ins Bett zu gehen. Da sah es noch so aus, als würde es eine Einigung in den Jamaika-Sondierungsverhandlungen geben können. Irritierende Tweets von Nicola Beer, dass wieder alles offen sei, mal beiseite. Jedenfalls wurde klar, wo die grünen Schmerzgrenzen liegen. Ein CSU-Hinterbänkler verkündete Einigungen bei sicheren Herkunftsländern, in meiner Timeline folgte fast schon ritualisierte Empörung, bis dessen 15 Minuten vorbei waren, und das Ganze sich als Gerücht entpuppte.

Dass die Verhandlungen sich so lange hinzogen, hätte irritieren können. Am frühen Abend lag für mein Gefühl, was ich so las und wahrnahm, der Abbruch schon in der Luft. Ich schrieb, dass hier ein Paar verhandelt, dessen Beziehung gescheitert ist, dass sich das Ende aber nicht eingestehen möchte. Als sich die Gespräche dann doch weiter in den Abend hinzogen, war meine Interpretation ein „jetzt haben sie’s“, der Punkt des Scheiterns schien überwunden, der letzte Kompromiss gefunden, der Knoten durchgehauen.

Wie weit unser grünes Sondierungsteam dabei tatsächlich gegangen ist, und wie weit die Partei dem gefolgt wäre, werden wir nun allerdings nicht erfahren. Denn zur Abstimmung über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen wird es nicht kommen.

Schuld daran, und da ist sich nicht nur meine reichlich und zu Recht darüber empörte grüne Filterblase einig, ist Christian Lindner, der neue Posterboy der Verantwortungslosigkeit. Wenn stimmt, was aus Verhandlungskreisen berichtet wird, dann lässt sich rückwirkend so etwas wie eine Strategie erkennen: die FDP wollte Jamaika nicht. Und dass die Verhandlungen sich so lange hingezogen haben, hat auch etwas damit zu tun, dass versucht wurde, eine Situation zu konstruieren, in der Grüne abrechnen sollten. Mit immer neuen Forderungen, mit dem Infragestellen von gefundenen Kompromissen, zuletzt wohl mit der Aussetzung des Familiennachzugs als neuer Hürde. Die Strategie ging nicht auf, weil das grüne Sondierungsteam verantwortungsvoll agierte und immer wieder Kompromissangebote machte, Brücken baute, auf die anderen zukam.

Dagegen wirkte die FDP (und wohl auch die CSU ...) wie die Inkarnation der Kompromisslosigkeit. Nicht, weil es um irgendwelche Werte ging, um zentrale Bausteine der Programmatik – sondern aus Prinzip, und, rückblickend, eben mit dem Ziel des Scheiterns vor Augen. Kurz vor der Wand war es dann letztlich doch Lindner selbst, der das Scheitern der Sondierungen erklärte und dann davon lief.

Das wirkte eher bedenkenträgerisch als mutig, und die vorgebrachten Gründe fand ich nicht überzeugend. Aber es ist ja nicht das erste Mal, dass die FDP die Partei voran stellt und sich Verhandlungen verweigert – ich denke da an Niedersachsen und Baden-Württemberg, wo es jeweils nicht zu Ampel-Verhandlungen kam, weil die FDP es partout nicht wollte. Ich frage mich auch, was jetzt in Schleswig-Holstein passiert – belastungsfrei für das dortige Jamaika-Bündnis dürften die Verhandlungen jedenfalls nicht gewesen sein.

Zwei Monate nach der Bundestagswahl, nach einem Herauszögern der Sondierungsgespräche aufgrund von Wahlen und unionsinternem Einigungsbedarf, nach quälend langen Verhandlungen – an dieser Stelle

auch mein Dank an das grüne Sondierungsteam, das für das Beste dieser Partei steht und stand – steht die Bundesrepublik nun im Neuland.

Ein bisschen erinnert das an *Oh, wie schön ist Panama*, das Kinderbuch von Janosch: Tiger und Bär machen sich, ohne Plan, auf den Weg nach Panama, und landen am Schluss dann doch wieder zu Hause, nur das grüne Plüschsofa ist neu. Auch bei Jamaika alles zurück auf den Ausgangspunkt?

Wie es jetzt weitergeht, ist offen. Drei Optionen stehen im Raum. Die SPD könnte sich doch noch darauf einlassen, über eine Große Koalition zu verhandeln. Die Bedingungen dafür sind aber nicht einfacher geworden. Einerseits größere Verhandlungsmacht seitens der SPD, andererseits ist sie in einer schwierigen Selbstfindungsphase.

Die Bundeskanzlerin könnte es mit einer Minderheitenregierung versuchen, möglicherweise auch verbunden mit einem Tolerierungsabkommen. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag heikel, und definitiv nichts, was auf Bundesebene schon einmal versucht wurde. Aber wenn es einen Zeitpunkt gab, so etwas zu versuchen, dann wäre der jetzt.

Vielleicht ist es auch schon das Ende der Kanzlerin Merkel, durch einige Monate der geschäftsführenden Regierung oder eine Minderheitenregierung auf Zeit mit einem Minimalprogramm hinausgezögert, aber doch schon sichtbar.

Oder es könnte – nach Scheitern der Wahl der Kanzlerin, ausgerufen durch den Bundespräsidenten, wenn ich den Weg richtig verstehe – zu Neuwahlen kommen. Das wäre der Weg des maximalen Stresses für Parteiorganisationen und Mitglieder – mal ganz abgesehen von den neu gewählten MdB und deren Stäben -, und ob am Schluss ein signifikant anderes Ergebnis heraus käme, steht in den Sternen. Was allerdings anders wäre: die Jamaika-Option wäre von vorneherein tot. Wenn es nicht zu einer klaren Mehrheit reicht, würde am Schluss dieser Neuwahlen dann ein sehr großes Fragezeichen stehen.

Die Ausgangslage für alle Parteien wäre dadurch eine andere – vielleicht erinnern sich Wähler*innen auch in einigen Monaten noch daran, wer Bedenken voran gestellt und wer verantwortungsvoll verhandelt hat. Die Zukunft ist offen.

Unabhängig davon hat der Jamaika-Prozess Dinge verändert. Christian Lindner hat, *nolens volens*, möglicherweise das Fundament für zukünftige Formen schwarz-grüner Zusammenarbeit gelegt, insofern wohl Grüne und CDU durchaus auf dem Weg zu einer Einigung waren. Zugleich hat er angefangen, die Säge an den schwarz-gelben Ast zu legen.

Grün-intern stehen die Sondierungsverhandlungen einerseits für eine so noch nie dagewesene Geschlossenheit, die durchaus wahrgenommen wurde. Cem Özdemir und Katrin Göring-Eckardt haben massiv an Statur gewonnen, auch Michael Kellner ist jetzt deutlich sichtbarer als vorher. Der parteiinterne Streit wird nicht vorbei sein, aber es gibt aus meiner Sicht jetzt noch mehr Argumente dafür, zusammen zu arbeiten, statt sich intern spalten zu lassen.

Und andererseits wurde deutlich, dass Bündnisse mit der CDU und der CSU nur möglich sind, wenn sehr weit von grüner Programmatik abgewichen wird. Die Vorstellung eines neuen, fast schon natürlichen „bürgerlichen“ Parteienbündnisses entpuppten sich als Blümenträume. Der von einigen Journalist*innen herbeigeredete „Lagerwechsel“ hat nicht stattgefunden, und wird nicht stattfinden. Über all das wird in der Partei zu reden sein.

Deutlich gemacht haben die Sondierungsverhandlungen aber auch, dass es große politische Themen gibt, über die hart gerungen werden muss. In gewisser Weise war die Berichterstattung dazu politischer als die Berichterstattung über den Wahlkampf. Es ist eben nicht so, dass alle Parteien Klimaschutz wollen, und es ist auch nicht so, dass alle Parteien sich darüber einig sind, wie die Zukunft des Einwanderungslandes, der Sozialversicherungen oder des Bildungssystems aussieht. Es wäre schön, wenn das nicht in Vergessenheit gerät, wenn das nächste Mal irgendjemand Plakate in Technicolor aufhängt.

Warum blogge ich das? In erster Linie aus Ärger über das kindische Verhalten der FDP. Oder, ums in ein Bild zu packen: der Fortschrittsbalken bei der Neustallation stand bei 80%, und dann meldete der Rechner irgendeine lapidare Inkompatibilität und brach ab.



Annäherungen an seltsame Welten, oder: Demokratie als Utopie

26. Dezember 2017 – Politik und Gesellschaft

Weihnachten ist ja gerne gesehen als Zeitpunkt für Rückblicke auf das vergangene Jahr. Persönlich kann ich nicht klagen, wenn ich auf 2017 zurückblicke. Aber das große Ganze liegt mir schwer im Magen – nach Brexit und Trump gab es 2017 nicht nur neu aufflammende Kriege und Konflikte, sondern auch Wahlergebnisse in Europa, bei denen doch erschreckend viele Menschen rechtspopulistische Parteien und deren Kandidat*innen gewählt haben. Die AfD sitzt jetzt nicht nur in diversen Landtagen, sondern auch im Bundestag. In Frankreich und in Österreich wurden Rechtsaußen-Präsident*innen nur knapp verhindert. Und in Österreich regiert nun die FPÖ mit und dreht das Rad des Fortschritts zurück.

Und wenn ich bei meinen häufigen Zugfahrten – oder selbst im Bekanntenkreis – mitkriege, über was Menschen sich unterhalten, was sie bewegt, was ihre Grundannahmen sind: auch dann ist da erschreckend viel dabei, was gut zu diesen rechten Tendenzen passt. Und ich frage mich, was in diesen Menschen eigentlich vorgeht. Wie sie die Welt sehen.

Als Spezies fahren wir Menschen ja ab auf Intrigen und Skandale; ganze Industrien leben davon. Aus dieser Perspektive sind das gute Neuigkeiten. Aus allen anderen: eher nicht. Und ich frage mich, wie es eigentlich dazu kommen konnte. Ich habe irgendwann mal Soziologie studiert. Eine Hauptmotivation für die Entscheidung, dieses Studium aufzunehmen, war für mich der Wunsch, Menschen im Plural besser verstehen zu können. Wie funktioniert das eigentlich? Jetzt kann Soziologie vieles (und ich habe auch vieles gelernt), aber eine gute Erklärung dafür, warum 15 bis 30 Prozent der Bevölkerung zu menschenfeindlichen Einstellungen neigt, ist mir bisher nicht untergekommen. Jedenfalls scheint es sich mir dabei nicht um rationale Entscheidungen zu handeln. Und auch Klasseninteressen passen als Erklärmuster nicht wirklich (da reicht ein Blick auf die Steuerpolitik der „Kleine-Mann-Parteien“). Habitus? Lebensstile? Wo wäre da der Ansatzpunkt, wenn traditionelle Arbeitermilieus und Professor*innen plötzlich AfD wählen?

Am ehestens scheinen mir noch diskurs- und wissenssoziologische Ansätze brauchbar zu sein. (Also Theorien, die die unterschiedlichen mentalen Vorstellungen darüber, wie die Welt ist, in den Mittelpunkt stellen). Wenn es stimmt, dass ein großer Teil der Menschen, die sich für rückwärtsgewandte politische Angebote entscheiden, dies tun, weil sie fest davon überzeugt sind, in einer Welt zu leben, in der sie nach Strich und Faden hinters Licht geführt werden, in der Verschwörungen der Mächtigen Wirklichkeit sind, in der Umerziehungsprogramme stattfinden und in der das eigene kleine Leben massiv bedroht ist – dann wäre das eine schlechte Nachricht. Und zwar deshalb, weil sich derartige verfestigte Vorstellungen kaum knacken lassen. Argumente helfen nicht: menschliche Gehirne sind ziemlich gut darin, nur sehen zu wollen, was zu dem passt, was sie schon wissen.

Wenn das so stimmt, das ein größerer Teil der für rechte Tendenzen empfänglichen Menschen das nicht tut, weil sie davon überzeugt sind, dass der Nationalsozialismus eine gute Sache war, und das auch nicht tut, weil sie darin ein zynisches Instrument sehen, denen da oben mal eines auszuwischen, und dabei noch für unterhaltsame Schlagzeilen zu sorgen – sondern weil Diskursfragmente wie die im vorherigen Absatz

skizzierten sich tatsächlich verankert und niedergesetzt haben, dann stellt sich am Ende die Frage nach der Demokratie.

Wahrscheinlich ist es mit der Demokratie so, wie mit anderen großen Utopien auch: der Lackmустest dafür, ob diese Vorstellung, wie die Welt besser funktionieren könnte, etwas taugt, sind Menschen, die davon nicht überzeugt sind, die auf ihre eigenen Vorteile bedacht sind, die hartherzig und kleinlich sind. Die meisten literarischen Utopien sind ja eher langweilig, weil dort keine derartigen Menschen vorkommen, entsprechend auch keine Konflikte, Intrigen und Skandale. Und damit fehlt schlicht der Unterhaltungswert.

Demokratie ist dann für Medien spannend, wenn es um knappe Ergebnisse geht. Klare Frontlinien sind hervorragend, am Zwischenmenschlichen oder am Größenwahn einzelner Akteure scheiternde Verhandlungen ebenso. Demokratie ist dann langweilig, wenn Unterschiede zwischen den Parteien nicht erkennbar sind oder kleingeredet werden können. Wenn sie sich mit Themen befasst, die nur begrenzt ins Schema der erwartbaren Konflikte passen. Und natürlich ist Demokratie auch dann langweilig, wenn Wahlergebnisse zu klaren Koalitionen führen.

Demokratie als Utopie geht davon aus, dass – im Ideal: alle Menschen – bewusste und wohl abgewogene Entscheidungen treffen, und dass damit dann zumindest umgesetzt wird, was eine Mehrheit richtig findet. Die Utopie Demokratie geht weiter davon aus, dass diese Mehrheit dann auch noch in der Lage ist, die für sie beste Option zu wählen – egal, ob es um ein Thema geht oder darum, wer die Wähler*innen repräsentieren soll.

Die Utopie Demokratie sieht nicht vor, dass Menschen nicht zur Wahl gehen, aus einer Laune heraus irgendwas ankreuzen, ihre Interessen nur verzerrt durch mediale Projektionen und Facebook-Suchergebnisse wahrnehmen, auf vermutete Gewinntickets setzen oder mehr oder weniger nachvollziehbare taktische Erwägungen in die Wahl einfließen lassen.

Aber es ist doch so: Dieselben Menschen, die Schwierigkeiten damit haben, im Zug zu erkennen, was eine Wagennummer ist, wo die Wagenklasse steht, und wann ein Sitzplatz reserviert ist, sind auch die, die zur Wahl gehen. Und dieselben Menschen, die davon ausgehen, dass selbstverständlich jedem die Grundsätze humanistischer Bildung bekannt

sind, und dass wer kein Brot hat, Kuchen essen kann – auch das sind die, die zur Wahl gehen. Das gehört zum ganzen Bild dazu.

Was ich damit sagen will: Ich mache mir Sorgen, dass die Utopie Demokratie in ihrer derzeitigen praktischen Umsetzung auf Wähler*innen stößt, die nicht nur andere Interessen haben, als es meine sind, und die nicht nur ganz andere Dinge für normal und selbstverständlich halten, als ich es tue, sondern die sich möglicherweise nur sehr begrenzt dafür interessieren, was eigentlich die Folge ihrer Wahlentscheidung ist. Und darauf ist Demokratie nicht wirklich ausgelegt. Jetzt wäre es billig (und im utopischen Sinne undemokratisch), nach Tests zur politischen Bildung vor Wahlteilnahme zu rufen oder dergleichen mehr. Wer unbedingt etwas positives darin sehen will, dass jetzt die AfD im Bundestag sitzt, kann sie auch als eine Partei sehen, die einen bisher nicht repräsentierten Teil der Bevölkerung offensichtlich angesprochen und damit die Wahlbeteiligung erhöht hat. Und eigentlich macht mir ja auch weniger die AfD Sorgen, als die Tatsache, dass andere – FDP, Teile der Union, wohl auch der eine oder andere in der SPD und Linkspartei, und vielleicht auch Boris Palmer – glauben, dass es an ihnen wäre, der AfD ihre Wähler*innen wieder wegzunehmen, indem weiter nach rechts gerückt wird. Dass kann dann leicht der Dominoeffekt sein, der uns am Ende in Österreich landen lässt. Und da will ich nicht hin.

Das Ganze hat auch noch eine andere Seite. Vor ein paar Tagen war der Tag des Ehrenamtes. Auch das Bundesfamilienministerium wirbt derzeit um das Ehrenamt und für gesellschaftliches Engagement. Zusammen kommt das Ministerium – inklusive zum Beispiel der Sportvereine – auf rund 30 Millionen Engagierte¹. Das ist einerseits eine ziemlich schöne Zahl. Andererseits heißt das auch, selbst wenn angenommen würde, dass es hier keine „Doppelengagierten“ gibt, dass in der Altersgruppe zwischen – sagen wir mal – 16 und 70 Jahren nur rund jede und jeder Zweite irgendwie ehrenamtlich engagiert ist. Und andere Statistiken fallen noch deutlich geringer aus.²

¹ <https://www.youtube.com/watch?v=Jvr7H73KkCQ>

² In Parteien und anderen Formen des dezidiert politischen Engagements ist es übrigens nur ein winziger Bruchteil davon.

Ich weiß selbst, wie anstrengend es sein kann, Familie, Beruf, Freizeit irgendwie zusammenzubringen, und wie schnell dann schlicht keine Zeit mehr übrig bleibt. Insofern mag es gute Gründe dafür geben, sich in keinem Verein und keinem Projekt zu engagieren. Und natürlich ist es nicht nur Zeit, sondern schnell auch finanzieller Aufwand, ehrenamtlich tätig zu sein. Trotzdem würde ich gerne wissen, was eigentlich diese Menschen machen, und vor allem: wie deren Bezug zur Gesellschaft, zum Ganzen aussieht. Auch das kann ja unterschiedlich sein – vielleicht gibt es große Freundeskreise, in denen etwas unternommen wird, vielleicht findet zwar kein „formales“ Engagement statt, aber dafür werden die Pakete im Haus angenommen und in Abwesenheit die Blumen gegossen.

Das wäre alles denkbar. Trotzdem habe ich den Verdacht, dass es Menschen gibt, die eigentlich von dem Land, in dem sie leben, nichts wissen wollen. Die zwar möglicherweise zur Wahl gehen, sich aber nicht dafür interessieren, wie es anderen Menschen geht. Und die ganz schnell dabei sind, sich abgehängt und hinters Licht geführt zu fühlen. Dann sind die anderen schuld.

Das ist nur ein Verdacht. Und es gibt natürlich auch die hoch engagierten Rechten, im sächsischen Heimatverein oder auf wöchentlichen Demonstrationen, etc. Um die geht es mir hier nicht, sondern um den vermuteten Teil der Menschen in Deutschland, der weder in neuartigen noch in traditionelleren Formen des Zusammengehörigseins eingebunden ist. Ich vermute, dass ein Teil der AfD-Wähler*innen genau hier zu finden ist. Auch das ist in der Demokratie als Utopie nicht vorgesehen, dass sich Menschen an Wahlen beteiligen, die sich an Gesellschaft nicht beteiligen wollen. Aber selbstverständlich gehört auch das zur realen Demokratie dazu.

Hoffnungen, diese vermutete Gruppe zu erreichen, habe ich wenige. Ich kann mir vorstellen, dass sich über die Zeit im Sinne eines Generationeneffekts etwas ändert. Aber vielleicht ist auch das nur eine Utopie – diesmal die der Bildung und der Aufklärung.

Warum blogge ich das? Als erste Iteration einer Annäherung an seltsame Lebenswelten.



Die Welt im Jahr 2020

5. September 2018 – Politik und Gesellschaft, Zukunftsvisionen

Die Zukunft vorherzusagen, ist bekanntermaßen schwierig. Das gilt umso mehr, wenn es um die ferne Zukunft geht. Dagegen lassen sich über die nahe Zukunft – also zum Beispiel das Jahr 2020 – recht zuverlässige Aussagen treffen. Mal abgesehen von dem Fall, dass ein unvorhersehbares Ereignis eintritt – schwarze Schwäne mit Gischt und Verwirbelung.¹

Dass das Jahr 2020 halbwegs vorhersagbar ist – allen Beschleunigungsthesen zum Trotz – liegt an den Zyklen und Rhythmen, die sich in den letzten Jahrzehnten gar nicht so sehr verändert haben. Ein Gesetz zu machen, wenn's nicht gerade darum geht, ganz eilig etwas durchzupeitschen, dauert von den ersten Ideen bis zum Inkrafttreten, mit Anhörungen und Lesungen etc. etc., ein bis zwei Jahre. Eine europaweite Ausschreibung für irgendein Infrastrukturprojekt oder eine größere Investition braucht sicherlich ein halbes Jahr – und bis das Ding dann gebaut oder installiert ist, kann ein Jahrzehnt vergehen. Ein neues medizinisches Verfahren, von den ersten Ideen bis zur Anwendung: auch das sind mindestens fünf bis zehn Jahre, über die wir hier reden, wenn nicht mehr (ja,

¹ Es gab eine Zeit, in der die Zahl 2020 mal für die richtig weit in der Zukunft liegende Zukunft stand. Aber hey – heute sind das weniger als eineinhalb Jahre.

das gilt auch für CRISPR). Neue Bildungspolitik in der Lehrerbildung kommt erst einige Jahre später in den Schulen an. Selbst das gerne als Gegenbeispiel genommene, ach so disruptive Smartphone, 2007 plötzlich aus Apples Hand in die Welt gekommen, hat ja seine Vorgeschichte. Mobiltelefone fanden seit Mitte/Ende der 1990er Jahre weitere Verbreitung, Smartphones im Sinn von „mehr als nur telefonieren“ gab es seit Anfang der 2000er Jahre (Nokia und Symbian als Betriebssystem oder Blackberry waren damals die Geräte der Wahl), und selbst das tastenlose Bildschirmtelefon mit Touchscreen hatte einen technischen Vorlauf.

Es wird weiter große Massenmedien geben, die einen großen Teil der öffentlichen Aufmerksamkeit kanalisieren. Und es wird weiter schlecht kontrollierbare soziale Medien geben, möglicherweise wird dann aber nicht mehr Facebook die Plattform der Wahl sein. Ihre Effekte werden sich nicht großartig verändert haben.

Schwarze Schwäne beiseitegelassen, wissen wir, dass 2020 Angela Merkel weiter Bundeskanzlerin ist und mit einer großen Koalition regiert. Trump steht kurz vor seiner Wiederwahl, wenn er nicht vorher abgesetzt wurde. Großbritannien ist möglicherweise aus der EU ausgetreten, möglicherweise auch nicht – aber die EU gibt es weiterhin. China spielt weiterhin eine große Rolle, und der afrikanische Kontinent wird weiter ausgebeutet. 2020 wird mit hoher Wahrscheinlichkeit ein wärmeres Jahr als 2018 sein, jedenfalls wird die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre weiter steigen – auch hier gilt, dass Gesetze und technologische Neuerungen, sollte es sie denn bis dahin geben, nicht von heute auf morgen wirksam werden.

Es laufen noch Kohlekraftwerke, und die weit überwiegende Zahl der Autos, die im Verkehr sind, ist weder autonom noch elektrisch. Es mag mehr autonome Fahrzeuge als heute geben, aber innerhalb von einhalb Jahren werden sie nicht massiv und flächendeckend auftreten. Und dasselbe gilt – mal abgesehen, vielleicht, von einzelnen Ländern wie Norwegen – für Elektrofahrzeuge. 2020 wird es kein Grundeinkommen geben, und die Arbeitszeit in Deutschland wird weiterhin bei knapp 40 Stunden pro Woche liegen. Die Schulzeit wird maximal 13 Jahre dauern, und das Abitur ist nach wie vor der Zugang zur Hochschule. Die Studie-

rendenzahlen werden etwa so hoch sein wie heute, und wie in den letzten Jahren auch wird die überwiegende Mehrzahl der Studierenden im Bachelor-Master-System studieren.

Das Problem mit dem wachsenden Zulauf Rechtsaußen wird sich 2020 leider nicht gelöst haben. Und es wird weiterhin der Osten sein, der hier besonders anfällig ist – möglicherweise mit der einen oder anderen AfD-Mitregierung in Bundesländern, und leider wohl weiterhin mit einem Rechtsaußen regierten Ungarn in der EU. Es ist möglich, dass weitere EU-Staaten nach rechts kippen. Die Schwedenwahl an diesem Wochenende beispielsweise könnte in diese Richtung ausgehen. Ebenso ist es gut möglich, dass Rechtsaußenparteien bei der Europawahl 2019 noch besser abschneiden als beim letzten Mal, und in der EU an Einfluss gewinnen werden.

Menschen werden weiterhin und in größerer Zahl vor Krieg und anderen Katastrophen fliehen und versuchen, aus Diktaturen und repressiven Staaten zu entkommen. Hier könnte sich, je nachdem, wie die EU in den nächsten eineinhalb Jahren reagiert, und wie sich Bewegungen wie die Seebrücke etablieren, möglicherweise etwas in Richtung mehr Humanität verändern – oder nicht. Je nachdem, wie viele Menschen hier weiter auf die Straße gehen, ist das eine oder das andere wahrscheinlicher. Und: Die Weltrevolution bleibt auch im 202. Geburtsjahr von Marx aus.

Diese Liste klingt jetzt halbwegs fatalistisch. Aber eigentlich macht sie nur deutlich, dass es erstens sinnlos ist, Zukunftsprognosen für die nahe Zukunft abzugeben, dass zweitens Zukunft gestaltbar ist, dazu aber meist – wenn nicht gerade Gelegenheitsfenster sich öffnen – sehr viel Geduld notwendig ist, bis aus einer Idee politische Mehrheiten und tatsächliche, gesellschaftliche Wirklichkeit werden. Die meiste Veränderung geht schleichend vor sich. Drittens: abgesehen von den bereits erwähnten schwarzen Schwänen – wenn sich dann doch einmal etwas ändert, dann ist es kaum vorhersehbar und kann rasant und ereignishaft passieren.

Warum blogge ich das? Weil ich mir nicht sicher bin, ob ich diese soziotechnische Trägheit allen Beschleunigungsdebatten zum Trotz eher beruhigend oder eher beunruhigend finden soll.



#unteilbar, oder die Rückkehr zur Politik

14. Oktober 2018 – Politik und Gesellschaft

Wow! Knapp 250.000 Menschen sind echt ziemlich viele. *#unteilbar* hat es geschafft, die auf die Straße zu bringen. Oder, wie die *ZEIT* titelt: die Sammlungsbewegung ist da.¹ Keine Retortengeburt a la „aufstehen“ des nationalen Flügels der Linkspartei, sondern eine Bewegung, die sich aus verdammt vielen Quellen speist. *#unteilbar*, für Solidarität und gegen Ausgrenzung, gegen den Versuch, Geflüchtete gegen Arme, Migrant*innen gegen Queers auszuspielen.

Und das hat sich richtig gut angefühlt, auch wenn der grüne Block ganz schön lange zwischen den Hits der Linkspartei und der Volkslied-Arbeiteraufstand-Rhetorik der interventionistischen Linken ausharren musste, bis endlich genug vorderer Teil der Demo sich in Bewegung gesetzt hatte. Menschenstau für die gute Sache, quasi. Demo – und danach dann noch sieben Stunden Abschlusskundgebung, bis in den Abend hinein, mit Dota Kehr, Grönemeyer, Tocotronic, Bernadette La Hengst und und und.

Das viele Menschen zu *#unteilbar* kommen würden, hatte sich schon angedeutet. 50.000 bei der Demo gegen die Abholzung des Hambacher Waldes. Viele zehntausende bei Demos und Aktionen der Seebrücke überall in Deutschland. 2018 ist ein Demojahr. Das hat was mit den Umständen zu tun. Es passieren schreckliche Dinge, nicht zuletzt im Mittelmeer. Wer da keinen humanitären Funken spürt, nicht solidarisch entbrennt, muss ein ziemlich abgestumpfter Mensch sein. Aber ich glaube,

¹ <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-10/unteilbar-demonstration-berlin-gegen-rechts/komplettansicht>

dass das mehr ist als ein Abwehrreflex gegen die Braun-Blauen. Wir sind mehr, wir sind die Vielen. Multitude und Vielfalt, aber eben auch schlichte Quantität: das bunte Mehrheitsdeutschland, auf das stolz zu sein dann irgendwie ok ist.

Hinter diesem Demojahr 2018 steht noch etwas anderes. Wir haben gesehen, wie brüchig der demokratische Konsens ist. Demokratisches Miteinander, eine offene und freie Gesellschaft: das wirkt so stabil und unverrückbar, langweilig bis hin zur grauen Normalität. Aber es ist gar kein statischer Block aus Stein, sondern etwas lebendiges, die ultimative soziale Plastik, die immer wieder neu ausgehandelt und mit Leben gefüllt werden muss. Und dazu ist es manchmal notwendig, lautstark präsent zu sein. Heute waren es 250.000, die für die Werte des Grundgesetzes demonstriert haben.

Das zweite Element, dass diese großen Demos möglich gemacht hat, ließe sich als der Wunsch nach einer Wiedergewinnung des Politischen beschreiben. Politik geschieht nicht einfach, sondern besteht aus Entscheidungen, die so oder so ausfallen. Und dabei mitreden zu wollen, erlebt gerade einen Pendelausschlag. Dazu gehört auch ein neues Verständnis von Parteien. Grün wirkt in der aktuellen Neuerfindung auch deswegen attraktiv, weil uns etwas bewegungsartiges anheftet. Dazu gehört Meinungsvielfalt statt Dogmatismus, dazu gehört eine Handlungsorientierung, die, glaube ich, für viele Neumitglieder wichtiger ist als der hehre Streit ums bessere Papier. Wer jetzt bei Grünen Mitglied wird, bekennt sich damit, eröffnet sich aber auch einen Gestaltungsraum.

Auch andere Parteien schauen auf Bewegungen. Gleichzeitig fällt auf, dass die Proteste gegen den Braunkohleabbau (u.a. mit Ende Gelände), gegen das Sterben im Mittelmeer (mit der Seebrücke) und gegen Hass, Ausgrenzung und Rassismus (*#unteilbar*) eben jeweils nicht von den klassischen Bündnissen linker Parteien und Gewerkschaften organisiert wurden, sondern dass jeweils neue – junge! – bewegungsartige Initiativen maßgeblich dahinter stehen, die erst den breiten Resonanzraum öffnen, der diese Erfolge ermöglicht. Neben dem professionellen Material sind es vielleicht gerade die unzähligen handgemalten Papp-

schilder, die Symbol dafür sind, wie offen und anschlussfähig diese Formate sind, ohne Unterwerfung unter ein Format zu fordern.

#unteilbar ist erst der Anfang. Politik hat einen Sinn, weil es um etwas geht. Wir lassen uns unser Land und unsere Verfassungswerte nicht kaputt machen. Wir kämpfen – aber nicht verbissen, sondern lebendig, locker, mit Freude!

Warum blogge ich das? Am sehr großen grünen Block teilzunehmen, war ursprünglich gar nicht mein Plan. Heute fand in Berlin eine Sitzung meiner BAG Wissenschaft statt; mehrheitlich haben wir beschlossen, die Sitzung zu unterbrechen, um zu der #unteilbar-Demo zu gehen. Im Nachhinein die richtige Entscheidung und ein leichtes historisches Kribbeln. Da passiert etwas, und ja: wir sind ein Teil davon

Nachdenken über Bündnis 90/Die Grünen



Niemand braucht eine grüne Wildwasserfahrt

6. Januar 2017 – Politik und Gesellschaft, So grün, so grün

Irgendwie hatte ich ja die Hoffnung, dass 2017 besser beginnen würde, als 2016 endete. Vorweihnachtsstress, Weihnachten, Nachweihnachtsurlaub mit den Kindern, dann noch ein paar Tage kinderfrei, die ich zum Auskurieren einer Erkältung und zum Umdekorieren meiner Wohnung genutzt habe. Ab Montag geht dann der Arbeitsalltag, d.h. für mich auch, die Politik, wieder los. Ziemlich viel Zeit, um das Netz (und die Politik) mal weitgehend zu ignorieren.¹

¹ Auch mein Blog lag während dessen still. Das war zwar so nicht geplant, ist aber auch nicht weiter schlimm. Ausgefallen ist dadurch – neben einigen Fotos der Woche – vor allem der Rückblick auf das Jahr 2016. Da das aber vor allem eine Wiederholung

Nach dieser Pause kommt mir die politische Lage schrill, laut und abstoßend vor. Zum Teil liegt das an den objektiven Fakten, etwa an den Umfragezahlen für die AfD, an diversen politischen Vorhaben der Bundesregierung, oder auch an der sich rapide nähernden Präsidentschaft Donald Trumps, die bisher nicht so aussieht, als würden sich irgendwelche Hoffnungen auf „Normalisierung“ erfüllen. (Siehe auch Charles Stross' Prognose für 2017²). Zum Teil liegt es aber auch an Tonart und Lautstärke. Die ist nicht nur auf Twitter und Facebook schlimmer, als ich sie in Erinnerung hatte, sondern auch in dem, was die Massenmedien dann daraus machen.

2017 ist ein Bundestagswahljahr. Die inner- wie zwischenparteiliche Metapher des Jahres scheint Aufrüstung zu werden. An Lautstärke und Schrillheit der Forderungen. Mit einem gewissen Touch „AfD“. Ist es denn wirklich so, dass die innere Sicherheit das Top-Thema sein wird, dass die Bundestagswahl 2017 entscheidet? Und wenn es so ist (ich bin nicht überzeugt), wäre das nicht gerade ein Thema, in dem es wenig hilft, wenn alle das gleiche fordern? Haben wir Grüne innenpolitische Konzepte, die unsere potenziellen linksliberalen bis mittigen Wähler*innen überzeugen, uns im Herbst 2017 die Stimme zu geben?

Oder liegen grüne Kernkompetenzen (und ja: auch die Zuschreibungen und Ideen, warum jemand uns wählt) nicht eigentlich bei anderen Themen? Ist es dann klug, sich auf jeden tosenden Newszyklus draufzuwerfen und beim Wildwasserfahren mitzumachen, bis das Kanu sinkt? Was ist mit Umwelt- und Klimaschutz, damit, die offene Gesellschaft zu verteidigen, mit einem emanzipatorischen Sozialstaat (gerade im Angesicht der Digitalisierung)? Haben wir da nicht kluge Ideen, und sind das nicht möglicherweise auch Fragen, die Menschen bewegen?

Schrillheit: Auch innerparteilich nervt mich der Tonfall, mit dem gerade miteinander umgegangen wird. Wir sind eine Partei mit mehreren Machtzentren, und wir sind eine diskussionsfreudige Partei. Beides

der Trends ist, die schon vor einem Jahr da waren (Rückgang der Zugriffszahlen, Verlagerung von Diskussionen nach Facebook, wenn überhaupt), macht das nicht so viel.

² <http://www.antipope.org/charlie/blog-static/2016/12/things-can-only-get-better-par.html>

richtig. Aber gerade in einem wirklich wichtigen Wahljahr wie 2017 käme es, glaube ich, „da draußen“ besser an, wenn Bündnis 90/Die Grünen etwas geschlossener, etwas weniger vielstimmig, und etwas „formatierter“ auftreten würden. (Und ja, das betrifft auch die Regierung des Landes Baden-Württemberg).

Ich weiß, dass es nicht einfach ist, sich zurückzuhalten, wenn „offensichtlich“ die falsche Strategie gewählt wird, das falsche Konzept nach vorne gesetzt wird, einfach alles falsch gemacht wird. Aber trotzdem wäre es gut, sich darauf zu besinnen, dass Parteien als Organisationen nur deswegen wirksam sind, weil sie – insgesamt, im Großen und Ganzen – als Einheit auftreten und wahrgenommen werden, und nicht als beliebige Ansammlung von Einzelpersonen.

Es wäre sicherlich naiv, jetzt nur darauf zu verweisen, dass es ja etablierte Verfahren gibt, mit denen wir als Partei zu Beschlüssen kommen.³ Trotzdem: Wir haben Bundesdelegiertenkonferenzen und Länderräte, wir haben einen gewählten Bundesvorstand und eine als solche konstituierte Bundestagsfraktion. Wenn wir selbst diesen Einrichtungen und den damit verbundenen Verfahren nicht trauen, wenn wir selbst Parteitagbeschlüsse nicht wichtig und gewählte Gremien irrelevant finden – wie sollen wir dann bitte Wähler*innen vermitteln, dass da irgendeine Relevanz mit verbunden ist? Hier wäre etwas mehr Loyalität bei einigen sicherlich angebracht.

Und ja, es gibt eine Ebene der Meinungsbildung in der Partei, die mit diesen Verfahren wenig zu tun hat. Natürlich haben Landesregierungen und große Landtagsfraktionen einen eigenen, ganz realen, Machtanspruch, und fühlen sich erst einmal nicht daran gebunden, was so eine BDK beschließt. Aber auch hier gibt es Koordinierungsverfahren (Arne Jungjohann hat dazu was aufgeschrieben) und keinen Grund für ungestimmte Alleingänge.

Um's etwas optimistischer zu wenden: Gerade heute, gerade in dieser Weltlage gibt es allen Grund für starke Grüne. Diesen Anspruch können

³ Andere Parteien stellen Einheitlichkeit nochmal ganz anders her; dass es bei uns im Kern immer noch politische Entscheidungen von Parteitag – oder: Urwahl – allen Mitgliedern eine wichtige Rolle spielen, ist gut.

Nachdenken über Bündnis 90/Die Grünen

wir nur plausibel machen, wenn wir da, wo wir mitregieren, eine Politik machen, in der grüne Erfolge sichtbar werden – und wenn wir da, wo wir erst mitregieren wollen, gemeinsam *ein* Programm vertreten, statt Telefonkonferenzen und Plena auf Twitter und Facebook abzuhalten. Ich habe ein bisschen die Hoffnung, dass mit dem Ergebnis der Urwahl (Wahlbriefe müssen bis zum 13.1. in der Bundesgeschäftsstelle sein) der aktuelle innerparteiliche Unsicherheitszustand durch Klarheit ersetzt wird. Das wird dann aber auch höchste Zeit.

Warum blogge ich das? Weil es für erfolgreiche Politik auch so was wie Begeisterung und Herzblut braucht. Und ich gerne ein grünes Projekt für die Bundestagswahl 2017 hätte, das mit Begeisterung und Herzblut mitgetragen werden kann.

Kurz: Urwahl – das Ergebnis ist da

18. Januar 2017 – So grün, so grün

Eigentlich habe ich keine Zeit, wir sind gerade mitten in den Haushaltsverhandlungen, aber trotzdem muss ich doch drei Punkte zur Urwahl loswerden.



Erstens, aus dokumentarischen Gründen, nochmal das Ergebnis: Katrin Göring-Eckardt erhielt 23.967 Stimmen (70,6% der 33.935 gültigen Stimmzettel), Cem Özdemir wurde mit 12.204 Stimmen (36,0%) gewählt, ganz knapp vor Robert Habeck, auf den 12.129 Stimmen (35,7%) entfielen. Anton Hofreiter bekam 8.886 Stimmen (26,2%). Enthaltung: 59, Nein: 249. Wahlbeteiligung: 59 Prozent. Diese Ergebnis entspricht in etwa meinen Erwartungen. Ich hatte 36 Prozent für Cem, 31 Prozent für Robert und 30 Prozent für Toni getippt. Die Reihenfolge stimmt, und auch das alle recht nah beieinander liegen, hatte ich erwartet. Dass der Abstand zwischen Cem und Robert so knapp ausfallen würde, war dagegen nicht nur für mich überraschend.

Zweitens: Das Verfahren für die Urwahl hat zwar Tücken¹ – und wer weiß, was herausgekommen wäre, wenn wir eine integrierte Stichwahl oder ein Präferenzwahlverfahren verwendet hätten. Möglicherweise wären dann in der Zweitauszählung Stimmen von Toni zu Robert gewandert und die Plätze 1 und 2 hätten sich gedreht. Aber das ist Konjunktiv. Das Verfahren wurde so beschlossen, wie es eingesetzt wurde, und das Ergebnis gilt jetzt. Politisch interpretiert haben Katrin und Cem jetzt den Auftrag, uns in die Bundestagswahl 2017 zu führen. Mit unserer Unterstützung sollen sie diese Herausforderung jetzt angehen, und vorne stehen – und dabei natürlich auch politische Akzente setzen, sonst wäre eine Urwahl sinnlos. Wir brauchen jetzt vor allem eines: Geschlossenheit! (Und darüber, wie das Verfahren 2021 aussieht, reden wir rechtzeitig vorher).

¹ <http://blog.till-westermayer.de/index.php/2016/12/08/kurz-urwahlverfahrensfragen/>

Drittens sehe ich bei allen Weichenstellungen in der breiten Streuung der Stimmen über Cem, Robert und Toni auch einen Hinweis darauf, wie unterschiedlich Teile der Partei aufgestellt sind. 36 Prozent für Cem sind kein Freifahrtschein für „Kretschmann pur“, und auch nur begrenzt ein Indikator für die Stärke der einzelnen Strömungen. Gerade bei Robert bin ich mir sehr sicher, dass er nicht nur von Realos, sondern auch von vielen Linken und erst recht von vielen, vielen „ungebundenen“ Mitgliedern gewählt wurde. Und ich bin mir ebenfalls sicher, dass viele ihre Entscheidung nicht von Inhalten, sondern von Faktoren wie „Medientauglichkeit“ abhängig gemacht haben. Ich würde mir daher wünschen, dass Cem und Katrin sich gut überlegen, wie sie es schaffen, mit klarem Profil *und* gleichzeitig gemeinsam mit der breiten und vielfältigen Parteibasis einen guten Wahlkampf zu machen. Last but not least würde ich mich freuen, wenn Robert diese Abstimmung als Zeichen dafür nimmt, dass er nicht nur in Schleswig-Holstein gebraucht wird.



Sieben einfache Schritte, um die Bundestagswahl doch noch zu gewinnen

23. Februar 2017 – So grün, so grün

Irgendwie kommt gerade alles zusammen, politisch gesehen. Fettnäpfchen und echte politische Fehler; SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz (bei dem ich mich ja immer frage, was ein Zug ohne Bremsen eigentlich am Zielbahnhof macht, und wer für den entstehenden Schaden aufkommt) vs. CDU-CSU-Kanzlerkandidatin Angela Merkel (bei der nicht mehr wirklich klar ist, wofür sie eigentlich steht) – naja, und die sinkenden Umfragewerte für uns Grüne, die haben mit all dem was zu tun. Und schlagen mächtig auf den Magen. Was also tun, um die Bundestagswahl (und Saarland, Schleswig-Holstein und NRW ...) doch noch zu gewinnen?

1. Nicht irre machen lassen. Keine Panik! Das heißt vor allem auch: jetzt nicht wie ein aufgeschreckter Hühnerhaufen herumrennen. Nicht täglich zweimal den Kurs wechseln. Und vor allem nicht anfangen, sich auf offener Bühne zu zerlegen.

2. *Denn: Nur zusammen gewinnen wir.* Das heißt auch: es gab eine Urwahl, die hatte ein Ergebnis, und das ist jetzt zu akzeptieren. Wer möchte, dass Grüne bei der Bundestagswahl stark werden, schafft das nicht im Grabenkampf gegen die von der Basis gewählten Spitzenkandidat*innen Cem Özdemir und Katrin Göring-Eckardt. Die stehen jetzt vorne, und wir sollten hinter ihnen stehen.

3. *Zeigen, wo Grün – wie – den Unterschied macht.* Denn Personen sind zwar wichtig für Wahlen, noch wichtiger ist aber Glaubwürdigkeit. Das heißt, es wäre gut, jetzt sehr deutlich herauszuarbeiten, wo Grün in den Ländern, in denen wir mitregieren, den Unterschied macht. Dass der Bogen von Schwarz-Grün in Hessen bis Linksrot-Rot-Grün in Thüringen weit ist, lässt sich dabei nicht ändern. Umso wichtiger ist es, jetzt zu zeigen, was Grün kann.

4. *Klar sagen, was nur Grün kann I.* In den Ländern regieren wir mit. Im Bund sind wir momentan kleine Oppositionsfraktion. Umso wichtiger ist es, im Wahlkampf deutlich zu machen, was nur Grün kann, wenn wir auf Bundesebene mitregieren würden. Das eine große Feld ist die Internationalität. Wir sind (schon aufgrund des grenzüberschreitenden Charakters von Umweltproblemen) die einzige Partei, die nicht zuallererst an Deutschland denkt, sondern europäisch, international und kosmopolitisch aufgestellt ist. Das macht – da, wo die diesbezüglichen Einschätzungen und Regeln geändert werden können, nämlich auf Bundesebene! – beispielsweise in der Asylpolitik einen riesigen Unterschied.

5. *Klar sagen, was nur Grün kann II.* Wir sind und bleiben die Partei, die für Umweltschutz, Naturschutz und Klimaschutz steht. Ich will keinen „Alle reden von Deutschland, wir reden vom Wetter“-Wahlkampf, wie er uns schon einmal aus dem Bundestag gekickt hat. Aber wenn wir es nicht schaffen, die Dringlichkeit der ökologischen Frage zu kommunizieren – wer sollte das dann tun? Da würde ich mir manchmal ein bisschen mehr Radikalität wünschen, übrigens.

6. *Klar sagen, was nur Grün kann III.* Wir stehen dafür, unsere Gesellschaft geöffnet zu haben, und wir stehen dafür, die Gesellschaft zusammenzuhalten. Because it's 2016, sagte Trudeau, und diese neuen Selbstverständlichkeiten sind in Deutschland zu ganz großen Teilen grüner

Sieben einfache Schritte, um die Bundestagswahl doch noch zu gewinnen

Verdienst. Insofern ist es natürlich unsere Aufgabe und unser Alleinstellungsmerkmal, dafür zu kämpfen, dass die Bundesrepublik weiter ein offenes und tolerantes Land bleibt, dass sie es da, wo es Diskriminierungen gibt, wird, und dass wir nicht zulassen, dass das Pendel zurückschlägt. An dieser Stelle treffen sich liberale Gesellschaftspolitik und soziale Frage, und aus dieser Perspektive ist das auch ein glaubwürdiges grünes Thema – ohne so zu tun, als sein wir eine SPD- oder Linkspartei-Kopie.

7. Mobilisieren, mobilisieren, mobilisieren – und zwar in der richtigen Tonlage! Wir haben 2016 einen deutlichen Mitgliederzuwachs gehabt. Unter den Wähler*innen gibt es viele, die sich eigentlich schon vorstellen könnten, mal grün zu wählen. Um die gilt es jetzt zu kämpfen. Wenn die letzten paar Wahlen eines gezeigt haben, dann, dass es um jede Stimme geht. Nicht zur Wahl zu gehen, Kleinstparteien zu wählen, sich von Schulzmerkel blenden zu lassen und deswegen SPD oder CDU/CSU zu wählen – wer starke Grüne im Bundestag haben will, muss Grün wählen. Und das müssen wir deutlich machen.

Nicht zuletzt: Überzeugen kann nur, wer selbst von der Sache überzeugt ist, um die es geht. Eigentlich macht es uns ja sympathisch, dass wir immer wieder Streiten und Ringen, uns selbst in Frage stellen und da und dort auch neu erfinden. In diesem Wahljahr hilft das aber nicht. Solange wir nicht davon überzeugt sind, dass starke Grüne im nächsten Bundestag – und möglichst auch in der nächsten Bundesregierung – einen Unterschied machen, solange werden wir nicht überzeugen. Also, lasst uns optimistisch sein und lasst uns diesen Optimismus auch zeigen!

Warum blogge ich das? Weil mich die eine oder andere innerparteiliche „Analyse“ nervt.

Zukunft wird aus Mut gemacht – eine erste Einschätzung

11. März 2017 – So grün, so grün

„Liebe wird aus Mut gemacht“, heißt es bei Nena (und später bei Jan Delay). Dass der gestern vorgelegte Entwurf für das grüne Bundestagswahlprogramm 2017 unter dem Motto „Zukunft wird aus Mut gemacht“ steht, dürfte damit durchaus etwas zu tun haben. Wie dem auch sei: diese fünf Worte konzentrieren aus meiner Sicht sehr gelungen die Haltung, mit der wir Grüne in die Bundestagswahl ziehen (sollten) – zukunftsorientiert, auf Lösungen aus, optimistisch, unverzagt – und mit Hirn und Herz.



Wer sich selbst über den Entwurf des Wahlprogramms informieren will, kann das auf der grünen Website tun. Beschlossen wird das Programm auf einer Bundesdelegiertenkonferenz im Juni. Wie immer wird es dafür Änderungsanträge geben; diesmal mit Vorlauf und der Notwendigkeit, sie über das Tool Antragsgrün einzubringen. Ich bin gespannt, ob die Zahl der Änderungsanträge ähnliche Höhen erreicht wie bei den letzten Bundestagswahlprogrammen, oder ob sie diesmal handhabbarer und damit demokratischer ausfällt.

Denn einiges ist anders: mutig und mit frischem Grün ist nicht nur das Motto, mit dem Programmentwurf vorgestellt wurde, sondern auch die Tonlage und der Aufbau des Programms unterscheiden sich deutlich von früheren Jahren. Das Programm ist spürbar kürzer. Der Anspruch ist nicht Vollständigkeit, und erst recht nicht – wie 2013 – die bis aufs letzte Komma durchgerechnete Konzeptpräsentation, sondern es geht darum, zum einen grüne Ziele darzustellen, und zum anderen um ganz konkrete, in der nächsten Bundesregierung umsetzbare Projekte, die dazu beitragen, diese Ziele zu verwirklichen.

Als BAG-Sprecher Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik bin ich, als ich vor einigen Monaten zum ersten Mal von diesem neuen Aufbau erfahren habe, zuerst einmal zusammengezuckt. Dieser Aufbau bedeutet nämlich auch, dass auf eine strikte fachpolitische Gliederung verzichtet wird. Im vorliegenden Entwurf kommt Hochschulpolitik zwar vor, und es gibt auch ein Schlüsselprojekt zur dringend notwendigen Bafög-Reform, aber es gibt eben nicht mehr das eine Kapitel „Hochschule und Wissenschaft“. Aber ein Wahlprogramm ist kein Lexikon. Insofern bin ich froh, dass der Bundesvorstand und die Schreibgruppe an dem jetzt realisierten Aufbau und an der Ausrichtung entlang der Frage, welche Probleme wir wie lösen, welche Ziele wir wie erreichen, festgehalten hat. Das macht das Programm lesbarer, zugänglicher und – das gilt insbesondere auch für die Präambel – ansprechender.

Der Entwurf ist stärker als früher ein Text aus einem Guss. Die vier großen Kapitel ergeben zusammen fast schon so etwas wie ein grünes Credo:

*Umwelt im Kopf
Welt im Blick
Freiheit im Herzen
Gerechtigkeit im Sinn*

Herz und Hirn also auch hier – mir gefällt das. Manche Zeitungskommentare¹ verkürzen, weil Ökologie wie immer bei uns vorne steht, das ganze jetzt auf ein reines Ökoprogramm. Ist es aber nicht. Und wenn sich der Konkretisierungsgrad der Projekte in den einzelnen Kapiteln unterscheidet, dann sagt das vielleicht etwas über bundespolitische Handlungsmöglichkeiten aus, sagt aber auch etwas darüber aus, wo noch nachgeschärft werden muss.

Womit wir wieder bei den Anträgen wären. Ich bin gespannt, ob wir es als Partei schaffen, Nachschärfungen und an der einen oder anderen Stelle auch Kontroversen über das richtige Instrument, um ein Ziel zu erreichen, zu führen, ohne wie sonst eine Antragsflut zu produzieren,

¹ Huch: Grüne jetzt doch nicht mehr auf dem absteigenden Ast – wie sollen wir denn das darstellen, passt ja gar nicht zum vorherrschenden Narrativ?

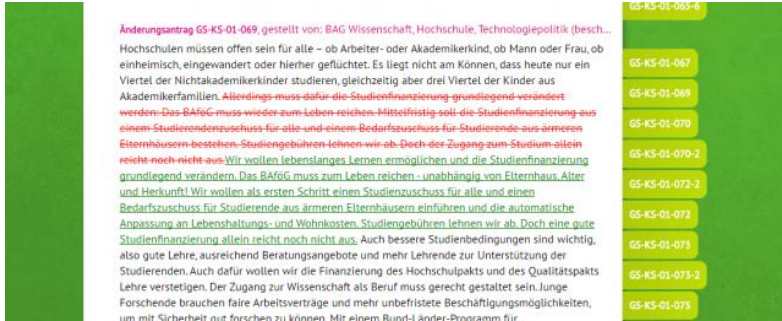
die am Schluss dann zu einem Programm führt, dessen stringentes Konzept nur noch zu erahnen ist.²

Hier sind dann auch die BAGen und Kreisverbände gefragt, kluge Anträge zu stellen, statt kontextblind für die Partei insgesamt die eigenen zentralen Fragen und Wahrheiten in den Vordergrund zu packen. Und, diese Prognose sei gewagt: ich gehe davon aus, dass Antragskommission und Bundesvorstand sich anders als bisher nicht mehr darauf einlassen, Formelkompromisse zu finden, um die Antragszahl zu reduzieren, sondern dass es diesmal stärker um Abstimmungen zwischen klaren Alternativen gehen wird. Ob ich mit dieser Vermutung richtig liege, werden wir im Mai und Juni sehen.

Und noch etwas: dem Programm ist diesmal ein umfangreicher Prozess vorgeschaltet gewesen – nicht nur in Schreibgruppe und Bundesvorstand, sondern auch die BAGen – inkl. BAG-Konvent – und Landesverbände wurden stärker als bisher üblich schon im Vorfeld eingebunden. Bei weitem nicht jeder Vorschlag hat es in den Programmtext geschafft. Aber es ist doch eine andere und bessere Vorgehensweise, wichtige Akteure der Partei mitzunehmen. Und auch das zeigt sich in diesem Programmentwurf.

Warum blogge ich das? Weil die Entstehung des Programms ein Kernprozess der innerparteilichen Meinungsbildung vor der Bundestagswahl ist.

² Auch wenn manche das nicht glauben wollen: der Veggieday war nie das große grüne Schlüsselprojekt für 2013 – sondern ein Vorhaben unter Hunderten ...



Erste Zahlen zum grünen Wahlprogramm 2017

4. Mai 2017 – So grün, so grün¹

Vor kurzem endete der Antragsschluss für Änderungsanträge zum grünen Bundestagswahlprogramm 2017. Ein Anlass, sich einmal anzuschauen, wer wie viele Änderungsanträge gestellt hat.

Zu beachten ist dabei zunächst die Grundlage, auf die sich die Änderungsanträge beziehen. Mit rund 330.000 Zeichen ist der Entwurf für das grüne Bundestagswahlprogramm 2017 deutlich kürzer ausgefallen als das Programm zur Bundestagswahl 2013, das im Entwurf etwa 450.000 Zeichen umfasste, und nach der Beschlussfassung der Bundesdelegiertenkonferenz auf eine Länge von rund 660.000 Zeichen² anwuchs. Damals waren rund 2500³ Änderungsanträge gestellt worden.

Zwischen 2013 und 2017 sind einige Dinge passiert. Eine wichtige Änderung betrifft die Art und Weise, wie Änderungsanträge gestellt werden können.

¹ Hinweis: in der ersten Fassung dieses Textes fehlten noch einige Änderungsanträge, die zum Zeitpunkt der Auswertung am 4.5.2017 noch nicht online waren. Inzwischen sind 2127 Änderungsanträge erfasst; den Artikel habe ich daraufhin deutlich überarbeitet.

² <https://blog.till-westermayer.de/2013/05/was-auf-der-bdk-mit-dem-wahlprogramm-entwurf-passierte/>

³ <https://blog.till-westermayer.de/2013/04/regieren-nach-zahlen-was-auf-der-bdk-2013-ansteht/>.

Dies betrifft insbesondere die Änderungsanträge von Einzelantragsteller*innen. Dazu kurz noch einmal ein Blick in die grüne Satzung: Antragsberechtigt sind prinzipiell die Landesverbände, die Kreisverbände, die Ortsverbände, die Bundesarbeitsgemeinschaften, die Grüne Jugend und der Bundesfrauenrat. Zudem können 20 Personen gemeinsam einen Antrag einreichen. Auf der letzten Bundesdelegiertenkonferenz gab es nun den Vorschlag, für Änderungsanträge zum Wahlprogramm – auch als Reaktion auf die große Zahl an Änderungsanträgen im Jahr 2013 – diese Hürde auf 60 Personen hochzusetzen. Dieser Vorschlag war nicht erfolgreich. Festgelegt wurde allerdings ein recht früher Antragschluss (sechs Wochen vor dem Programmparteitag), und die mehr oder weniger obbligatorische Nutzung des Tools Antragsgrün zur Einreichung und Authentifizierung der Unterzeichner*innen eines Antrags.⁴

Vielleicht noch ein Wort zu Antragsgrün⁵: aus meiner Sicht ist dies ein sehr komfortables Tool. Dabei können gewünschte Änderungen direkt im Antragstext markiert werden, und – bei Erfüllung der formalen Voraussetzungen – als Änderungsantrag eingebracht werden. Dazu ist ein Login in das grün-interne Netzwerk (früher als „Wurzelwerk“ bekannt) notwendig. Änderungsanträge können kommentiert werden, und es können für Entwürfe per Link „Unterschriften“ gesammelt werden. Alles sehr komfortabel – nur fehlt eine Funktion, mit der ein Überblick über die auf Unterstützung wartenden Anträge gegeben wird. So sind Menschen, die einen Antrag als Personenantrag einbringen wollen, darauf angewiesen, auf Facebook oder in Mailinglisten um Unterstützung zu werben.

Die einzelnen Änderungsanträge (Kapitel-Unterkapitel-Zeile-ggf. Nummer) können dann durch Tabs am Rand des Textes aufgerufen werden und werden beim Berühren mit der Maus in den Urtext des Antrags ein-

⁴ Mehr oder weniger, weil weiterhin die Einreichung von Unterschriften per Fax oder Brief möglich ist – was nicht mehr akzeptiert wurde, war die einfache Nennung von Unterzeichner*innen, da es Missbrauchsfälle gegeben hatte, also Menschen auf Unterzeichnerlisten gelandet waren, die einen Antrag gar nicht unterstützt hatten. Dieses neue Verfahren führte in einigen Kreisen zu Unmut, da früher eine einfache „Ich bin dabei“-Mail reichte.

⁵ <https://antraege.gruene.de/>

geblendet – siehe oben. Damit ist eine Arbeit nah am Programmtext möglich, und trotz einer großen Zahl an Änderungsanträgen bleibt die Übersicht erhalten.

Interessant ist angesichts dieser Änderungen im Verfahren nun die Frage, ob sich am Antragstellungsverhalten etwas verändert hat. Dazu habe ich die Liste aller Änderungsanträge mit Hilfe von Excel ausgewertet. Nicht berücksichtigt wurden hierbei die 13 Anträge, die sich auf das Programm insgesamt beziehen, und beispielsweise die Ersetzung bestimmter Begriffe im gesamten Programm behandeln, ebenso nicht die „Ur-Anträge“ des Bundesvorstands zu den einzelnen Kapiteln. Zurückgezogene Anträge wurden ebenfalls nicht berücksichtigt.

Insgesamt ergeben sich damit 2127 Änderungsanträge zum Wahlprogramm – das entspricht gut der am 4.5.2017 von Michael Kellner getweeteten Aussage, dass rund 2200 Anträge eingegangen seien.

Wie ist die Zahl von 2127 Änderungsanträgen nun zu bewerten? Absolut betrachtet ist das eine große Zahl an Anträgen; soweit mir bekannt, auch im Vergleich zu anderen Parteien. Allerdings waren es 2013 mit rund 2500 Änderungsanträgen sogar noch einige mehr. Zu beachten ist dabei allerdings, dass der Programmtext, wie bereits angesprochen, diesmal um rund ein Viertel kürzer ausgefallen. Bezogen auf das Textvolumen⁶ ist die Zahl sogar gestiegen.

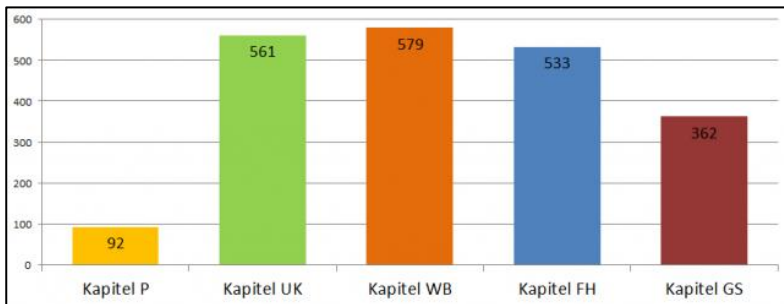
Auffällig ist, das sei an dieser Stelle bemerkt, dass nur wenige Anträge Globalalternativen darstellen. Vielmehr geht es oft um einzelne Sätze oder bestenfalls Absätze. Das relativiert die sehr groß erscheinende Zahl etwas.

Es gab in verschiedenen Gremien die Ansage, sich doch bitte mit der Stellung von Anträgen zurückzuhalten. Auch – aber das ist meine persönliche Sicht – die Tatsache, dass der Text diesmal geschlossener und runder formuliert ist als 2013, hat nicht zu einer deutlich geringeren Zahl von Änderungsanträgen geführt. Jedenfalls lässt sich festhalten, dass die Größenordnung sehr ähnlich ist wie 2013. Unkenrufe, dass es

⁶ 2013: rechnerisch alle 180 Zeichen im Programm ein Antrag; 2017: rechnerisch sogar alle 155 Zeichen im Programm ein Antrag.

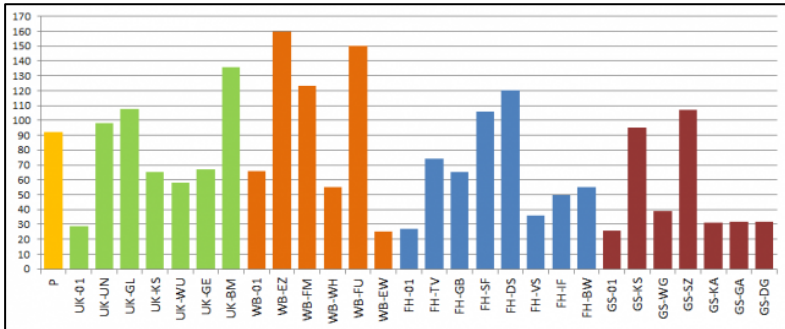
nur einige hundert Änderungsanträge geben würde, haben sich nicht bestätigt – und auch die Hoffnung auf ein deutlich vereinfachtes Verfahren auf dem Programmparteitag und auf einen stärkeren Fokus auf Abstimmungen dürfte sich aufgrund der immer noch sehr hohen Zahl an Änderungsanträgen nicht erfüllen.

Wie verteilen sich die Anträge nun auf das Programm? Ein direkter Vergleich mit 2013 ist hier nicht möglich, da das Programm anders aufgebaut ist. Es gibt vier große Kapitel („Umwelt im Kopf“, „Welt im Blick“, „Freiheit im Herzen“, „Gerechtigkeit im Sinn“ [sowie eine Präambel]), denen jeweils fünf bis sieben Unterkapiteln zugeordnet sind. 2013 waren dagegen kürzere Themenkapitel mit einer bereits vom Aufbau her stärkeren fachpolitischen Ausrichtung aneinandergereiht. Die folgende Abbildung gibt einen ersten Überblick über die Verteilung der Anträge auf die Kapitel.



Sichtbar wird dabei, dass Umwelt, Weltpolitik und Freiheit jeweils etwa gleich stark mit Änderungsanträgen bedacht wurden, während auf das Gerechtigkeitskapitel weniger Anträge – nur 17 statt 25–27 Prozent aller Änderungsanträge – entfallen.

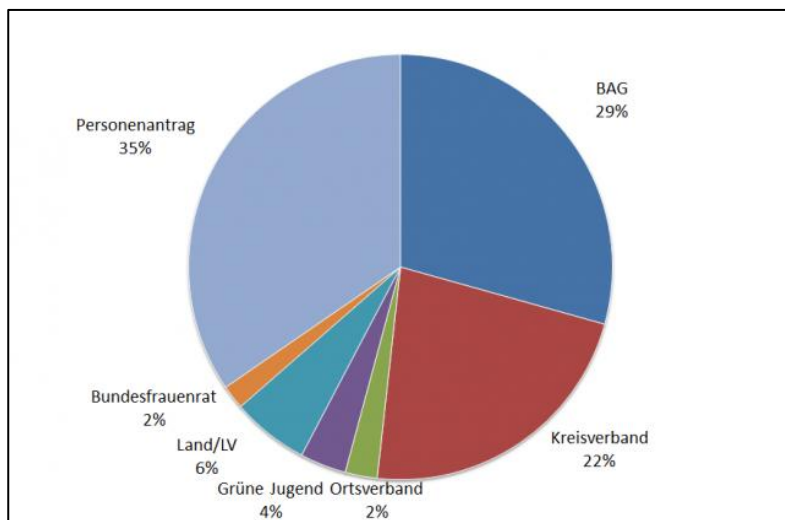
Die Verteilung der Anträge lässt sich nun auch noch einmal auf die einzelnen Unterkapitel (und theoretisch dort auch noch einmal auf einzelne Zeilen ...) herunterbrechen. Dann ergibt sich, ohne die leicht unterschiedliche Länge der Unterkapitel zu berücksichtigen, folgendes Bild:



Oder als Top-10 der am stärksten von Anträgen betroffenen Unterkapitel:

- WB-EZ („Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt“): 160 Anträge (8%)
- WB-FU („Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge“): 150 Anträge (7%)
- UK-BM („Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität“): 136 Anträge (6%)
- WB-FM („Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte“): 123 Anträge (6%)
- FH-DS („Wir stärken die Demokratie“): 120 Anträge (6%)
- UK-GL („Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei“): 108 Anträge (5%)
- GS-SZ („Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest“): 107 Anträge (5%)
- FH-SF („Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit“): 106 Anträge (5%)
- UK-UN („Wir erhalten unsere Natur“): 98 Anträge (5%)
- GS-KS („Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten“): 95 Anträge (4%)

Aufschlussreich ist auch der Blick auf die Antragsteller*innen.



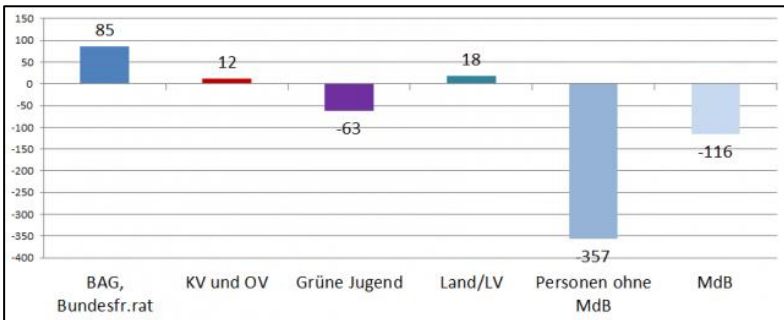
Die meisten Anträge, ein gutes Drittel – das hat sich durch die noch hinzugekommenen Anträge gegenüber der ersten Fassung dieses Textes noch verändert – sind Personenanträge (735, 35%). 2013 lag diese Zahl mit rund 47 Prozent aller Anträge allerdings noch deutlich höher – das betrifft sowohl die Personenanträge insgesamt als auch die von den Bundestagsabgeordneten gestellten Anträge. Von den Personenanträgen entfallen 200 auf MdBs (rund 9% aller Anträge), dazu kommt noch eine recht große Zahl von Anträgen aus dem europäischen Parlament. Insbesondere Volker Beck (52 Anträge), Beate Müller-Gemmecke (18 Anträge), Julia Verlinden (16 Anträge), Peter Meiwald (15 Anträge) und Franziska Brantner (14 Anträge) waren unter den MdB recht fleißig, bei den MdEP sind mit Anträge von Sven Giegold (20 Anträge) und Ska Keller (12 Anträge) aufgefallen.

Ein weiteres knappes Drittel der Anträge (624 Anträge, 29%) entfallen auf die Bundesarbeitsgemeinschaften (BAGen) der Partei. Das liegt in absoluten Zahlen noch einmal deutlich über den Antragsstellungen im Jahr 2013. Danach folgt mit rund einem Viertel der Anträge die Kreis- und

Erste Zahlen zum grünen Wahlprogramm 2017



Ortsverbände (zusammen 529 Anträge, 25%), Landesverbände (125 Anträge, 6%), sowie die Grüne Jugend (75 Anträge, 4%) und der Bundesfrauenrat (39 Anträge, 2%). Auch das alles entspricht in etwa den Zahlen aus dem Jahr 2013 – abgesehen von der Grünen Jugend, die 2013 noch 138 Anträge gestellt hatte, also 2017 nur etwa halb so aktiv war.



Anders gesagt: insbesondere gab es geringere Zahlen von Änderungsanträgen von Einzelpersonen sowie von der Grünen Jugend sowie mehr Änderungsanträge von den BAGen. Wer möchte, kann dies als eine Verschiebung von Einzelanträgen hin zu den fachlichen Gremien in der Partei, also den BAGen, lesen.

Bei den BAGen war 2013 die BAG Arbeit, Gesundheit, Soziales ganz vorne, gefolgt von der BAG ChristInnen. Diesmal sieht es so aus – mit einer Reihe von Parallelen zu den Kapiteln mit den meisten Anträgen:

Nachdenken über Bündnis 90/Die Grünen

- BAG Frieden und Internationales (80 Anträge)
- (GRÜNE JUGEND [75 Anträge])
- BAG Europa (55 Anträge)
- BAG Demokratie und Recht (50 Anträge)
- BAG Wirtschaft und Finanzen (45 Anträge)
- BAG Mobilität und Verkehr (40 Anträge)
- (Bundesfrauenrat [39 Anträge])
- BAG Globale Entwicklung (38 Anträge)
- BAG Tierschutzpolitik (31 Anträge)
- BAG Frauenpolitik (29 Anträge)
- BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit (27 Anträge)
- BAG Energie (26 Anträge)

Trotz der Veränderungen im Antragstellungsverhalten hat die wie auch immer gefasste Parteibasis mit 2127 Anträgen insgesamt der Antragskommission doch eine erhebliche Arbeit beschert – weiterhin ein Zeichen für eine lebendige innerparteiliche Demokratie. Ich bin nun gespannt, wie auf dem Parteitag und in den vorgeschalteten Antragssteller*innen-Treffen mit diesen Änderungsanträgen verfahren wird.

Warum blogge ich das? Vor allem deswegen, weil sich meine Vermutung, dass es doch wieder eine sehr große Zahl an Änderungsanträgen geben wird, bestätigt hat.



Bei uns

18. Juni 2017 – So grün, so grün

Es ist schon eine Weile her, dass ich so geflasht war von einem unserer Parteitage. Dass ich mit dem positiven Gefühl nach Hause fahre, dass wir klar sind, dass wir gebraucht werden, und dass wir *eine* Partei sind. Und dieses positive Gefühl liegt nicht am Schlafmangel und auch nicht an der Sonne, die sich nach drei Tagen Programmdebatte zeigte, sondern an etwas anderem. Es hat länger gedauert, als es notwendig gewesen wäre, und es war ein schmerzhafter Prozess – aber jetzt haben wir uns sortiert. Jetzt sind wir als Partei wieder bei uns. Grün zu sein, fühlt sich endlich wieder stimmig an. Gemeinsam, geschlossen, entschlossen – und nicht ein mutloser Haufen von sich untereinander befehdenden Grüppchen. Und auch das ist angekommen, wurde wahrgenommen und wird uns in der vorsichtig-positiven bis enthusiastischen Presseberichterstattung zurückgespiegelt. Das trägt. Ja: Wir werden gebraucht, und wir wissen genau, was wir in diesem Land zum Positiven ändern wollen.

Die Programm-BDK hatte aus meiner Sicht drei Funktionen. Und die hat sie diesmal – da ein großer Dank vor allem an Micha Kellner, an den Bundesvorstand, aber auch an alle weiteren Beteiligten – alle drei mit Bravour erfüllt. *Erstens*: Die Parteitagsinszenierung ist gelungen. Reden der Spitzenkandidat*innen vor klatschenden Menschenmengen, mittlen im Saal. Im Hintergrund beeindruckende Bilder, die grüne Programmatik genauso rübergebracht haben wie eine Nähe zu den Menschen. Das harmonische Ineinandergreifen der Auftritte der „Spikas“ und der anderen Promis hat sehr deutlich gemacht, dass wir gemeinsam, arbeitsteilig etwas erreichen wollen. Diese Inszenierung war nach innen gerichtet – sie hat motiviert, sie hat uns allen Energie gegeben, bis hin zum Abschluss mit Nenas Feuerrädern – aber sie war auch nach außen gerichtet: Wir sind die Klimaschutzpartei. Und als solche werden wir ganz konkret gebraucht. Wir sind die Partei des sozialen Zusammenhalts. Und als solche sind wir mehr denn je gefragt. Wir sind die Partei, die für Freiheit einsteht. Und da unterscheiden wir uns von allen anderen. Wer diese Botschaften nicht gesehen, nicht mitgenommen hat – egal, ob vor der „blue marble“, der Erde aus dem All, vor dem Eisbären, im Arktis-Einspieler, in den bewegenden – und im Fall von Nadia Murat sehr berührenden – Reden von Menschen aus aller Welt, steckt im Sand fest. Okay: eine gelungene Inszenierung. – Aber das ist doch nur Verpackung, höhnt es. Nein.

Denn *zweitens*: Dieser Parteitag hat gearbeitet. 2200 Anträge sind in das Programm eingeflossen, es gab viele modifizierte Übernahmen und Kompromisse, aber auch viele Abstimmungen. Es war nicht so, dass von vorneherein alles feststand, und es nur noch um „Verkaufe“ ging. Nein: die Parteibasis hat – am Samstag über zwölf Stunden ohne Pause – konzentriert zugehört. Hat abgewogen und entschieden. Mit Bedacht, mit Geschlossenheit, mit einem Gefühl für klare Botschaften – von der Einleitung bis zum Schlusskapitel mit den noch einmal modifizierten zehn Punkten. Wir Delegierte haben uns nicht verleiten lassen, bei Die-da-oben-wir-da-unten-Spielchen mitzumachen. Wir haben – oft flügel- und landesverbandübergreifend – abgestimmt, an einigen Stellen auch gegen den Vorschlag des Bundesvorstands. Herausgekommen ist ein Programm, das rund und ambitioniert ist. Auch das Programm ist bei uns, es

steht für unsere grünen Antworten auf die planetaren und hiesigen Herausforderungen. Ja, wir haben Instrumente, um bis 2030 aus der Kohleverstromung auszusteigen, um die Autoindustrie dazu zu bewegen, sich dem Strukturwandel zu stellen, um Kinderarmut zu bekämpfen, um Deutschland gerechter und freier zu machen. Dazu gehören die Ehe für alle, das Familienbudget und der Pakt für das Zusammenleben. Dazu gehört die Gestaltung der Digitalisierung und die Freiheit im Internet. Wir sind klar.¹ – Also: eine Inszenierung, die richtig gut war, die klare und notwendige Signale gesetzt hat. Ein ambitioniertes und progressives Programm, das sagt, was wir wollen – und hinter dem wir alle stehen. Zukunft wird aus Mut gemacht ist kein leerer Slogan. Das ist ein Gefühl.²

Und drittens? Der Parteitag hat gezündet. Das Gefühl der Motivation, der Energieschub, das „jetzt geht’s entschlossen in die 98 Tage bis zur Wahl“ – das fehlte vielen. Und jetzt ist es da. Das ist sehr gut.

Ich bin nach diesem Parteitag des Optimismus sehr zuversichtlich, dass dem Programm eine grandiose Wahlkampagne folgen wird. Dass Cem und Katrin und wir alle es schaffen werden, in Talkshows und auf Marktplätzen, in den „Höhlen der Facebook-Trolle“ (so Toni Hofreiter) und an den Haustüren zu überzeugen. Das Programm dafür ist da. Unsere Spitzenkandidat*innen haben ihre Feuerprobe bestanden. Und, am wichtigsten: wir sind bei uns. Wir haben unsere Mitte gefunden. Und jetzt geht es los.

¹ Übrigens auch bei so ‚visionären‘ Themen wie dem Grundeinkommen: Wir werden einen gesellschaftlichen Diskurs darüber starten, und stehen dafür, Modelle zu erproben. Kindergrundsicherung etc. etc. sind die ersten Bausteine dafür.

Oder auch, um mir eine hochschulpolitische Abschweifung zu erlauben: die klare Aussage, dass wir die Hochschulfinanzierung zwischen Bund und Ländern auf eine neue Basis stellen wollen. Dass wir mit Programmen und einer Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes das unsere dazu beitragen werden, dass Wissenschaftler*innen ohne Existenzangst forschen und lehren können, egal in welchem Stadium ihrer Karriere sie sich befinden. Dass das Bafög ausgebaut und modernisiert wird. Und dass wir die Wissenschaftsschranke und den Zugang zu freiem Wissen umsetzen, die gerade in den Mahlsteinen der Groko zerrieben werden ...

² Oder, wie es Simone Peter beschrieb: ein Wahlprogramm, das gleichzeitig eine Liebeserklärung an alle im Land, die dringend notwendige Veränderung wollen ist, und eine Kampfklärung an die, die sie blockieren ...



Parteitag im Konjunktiv

25. November 2017 – So grün, so grün

Irgendwann fiel mir dann auf, wie oft in den Reden von „hätten“, „würde“ und „wäre“ die Rede war. Klar, nicht ganz verwunderlich – schließlich war der eigentliche Anlass des Parteitags kurz vor Mitternacht am vorherigen Sonntag spontan verschwunden. Und selbstverständlich spielten die Ergebnisse der abgebrochenen Sondierungen und deren Bewertung eine große Rolle – von der Enttäuschung und Trauer über verpasste Chancen, in den Klimaschutz einzusteigen, und weitere Einschränkungen beim Familiennachzug zu verhindern, bis zur halbwegs unverhohlenen Freude darüber, die Zumutung Jamaika nicht auf sich nehmen zu müssen.

Und klar, dass sich diese Emotionalität vor allem in Richtung FDP entlud. Cem Özdemir stellte klar, dass eine nach rechts und ins populistische abrutschende FDP nicht länger den Anspruch auf Liberalität vertreten könne. Katrin Göring-Eckardt fand die angeblich so mutigen und innovativen Freidemokraten als Kleingeister und Bedenkenräger wie-

der, als es darum ging, ob Deutschland den Sprung Richtung Energiewende schaffen würde.

Für all das gab es großen Beifall; noch größer nur der Applaus für das Lob für das Sondierungsteam mit seinen vierzehn so verschiedenen Mitgliedern. Gerade darin, und in der kleinteiligen inhaltlichen Vorbereitung im Programmprozess, in der Bundestagsfraktion, aber auch in den Bundesarbeitsgemeinschaften lag ein Grund für das Standing und die begründete Hartnäckigkeit der grünen Sondierer*innen. Wenn wir es schaffen, diese selbstbewusste, inhaltlich fundierte Gemeinsamkeit, diesen Teamgeist in die weitere Zukunft der Partei mitzunehmen, haben wir einiges gewonnen.

Parteitag im Konjunktiv aber auch, weil noch alles andere als Klarheit darüber herrschte, wie es den jetzt mit der Bundesregierung eigentlich weitergehen wird. Ob die Erfahrungswerte noch gelten, die eine Große Koalition als wahrscheinlich erscheinen lassen, oder ob Neuland betreten wird mit einer – wie auch immer gearteten – Minderheitsregierung. Oder ob es doch zu den Neuwahlen kommt, die niemand will. In jedem Fall wäre die grüne Position eine andere.

Ich bin froh, dass auch der zentrale Beschluss dieses Parteitags (neben einer Sympathiekundgebung für die wegen Verstoß gegen den § 219a verurteilte Ärztin, einer Resolution zum Hambacher Forst und einem Arbeitsauftrag zum Thema digitale Urabstimmung) sich hier nicht festlegt, sondern klar macht, dass wir Grüne bereit sind, zu reden, Verantwortung zu übernehmen, uns auf Kompromisse einzulassen und gegebenenfalls auch Neues zu wagen. Adenauers „Keine Experimente“ ist ein schlechter Ratgeber zu einem Zeitpunkt, zu dem Erprobtes möglicherweise nicht mehr funktioniert.

Der eintägige Parteitag (in einem ehemaligen Busdepot im Berliner Bezirk Treptow-Köpenick, mit dem Charme backsteinindustrieller Umnutzung) war also kein Parteitag der Beschlüsse, sondern einer der Debatte. Alle vierzehn Mitglieder des Sondierungsteams kamen zu Wort (und wurden alle von Katrin einzeln charakterisiert – die Frau hat ungeahnte Talente), dazu kamen unzählige geloste Redebeiträge. Leider war mir das Losglück mal wieder nicht hold, aber da ging es mir wie vielen anderen.

So wichtig auch der parteiinterne Diskurs ist und war, in dem dann doch klar wurde, wo Mehrheiten und wo Minderheiten liegen, so war doch der einzige externe Redner, der Klimaforscher Prof. Hans Joachim Schellnhuber, das wahre Highlight des 42. Bundesparteitags.

Dass wir die einzige Partei seien, die sich für wissenschaftliche Fakten interessiere, war Honig für uns Grüne (auch wenn's vermutlich nur bei der Klimapolitik stimmt, und in anderen Politikfeldern mal mehr, mal weniger). Der Physiker Schellnhuber machte aber auch deutlich, dass wir eigentlich noch viel zu wenig radikal sind. Kippunkte im planetaren System – das Abschmelzen von Grönland und der Antarktis, aber auch Wetterzyklen wie der Monsunregen – machen ein Handeln notwendig, das noch über das ja im Weiter-so-Szenario noch längst nicht erreichte Pariser Klimaziel von 1,5 bis 2,0 Grad Erwärmung hinaus deutliche Anstrengungen nach sich zieht. Es braucht Anstrengungen, um aus dem lokalen Minimum des fossilen Zeitalters in eine neu zu erfindende Moderne der 2020er und 2030er Jahre zu kommen. Kohleausstieg und Agrar- und Verkehrswende werden da nicht reichen, es wird dann beispielsweise auch um den Ausstieg aus Beton und Zement gehen.

Dass wir für diese gar nicht mehr so ferne Neuerfindung der Moderne ein – positives – politisches Narrativ finden müssen, um die große Transformation hinzukriegen, das war die eine große Botschaft von Schellnhuber. Die andere war es, Klimapolitik und Flucht miteinander zu verbinden. Wenn der Meeresspiegel ansteigt, Dürren an einen Ort und Starkregenereignisse am anderen heute noch besiedelte Teil der Erde unbewohnbar machen, wird sich die Frage stellen, wo diese Klimaflüchtlinge hin sollen. Der Weg von Puerto Rico nach Florida ist da erst der Anfang. Auf diese Bewegungen muss Politik sich vorbereiten – Schellnhuber brachte hier die Idee eines „Klimapasses“ ins Spiel, die all denjenigen, die aufgrund von Klimaereignissen ihre Heimat verlassen müssen, das Recht gibt, sich in einem der Hauptemissionsländer anzusiedeln.

Vor diesem Hintergrund erschienen selbst konjunktive Erfolge in der Sondierung klein; umso bitterer, wenn noch nicht einmal der Einstieg in den Kohleausstieg gelingt, wenn die von Merkel selbst vereinbarten Klimaziele nicht mehr gelten sollen. Und zugleich ist damit eine große

Aufgabe für uns Grüne beschrieben: wenn wir nicht diejenigen sind, die den Weg in eine postfossile Moderne vorbereiten, wer soll es dann tun?

Das – möglicherweise – als kleinste Oppositionsfraktion tun zu müssen, wird kein Spaß. Das ändert aber nichts an der politischen Relevanz des Themas. Es bleibt zu hoffen, dass wir es schaffen, in den kommenden weiter unsere gemeinsam geteilten Inhalte in den Vordergrund zu stellen, und auf dem im Sondierungsprozess gewonnenen innerparteilichen Vertrauen aufzubauen. Ich bin hier hoffnungsvoll, selbst wenn manche es als Beschimpfung empfinden, wenn die Presse die neu wahrgenommene Vernunft der Grünen lobt, wenn manche allzu gern in alte Rituale zurückfallen wollen, oder wenn der Rückzug ins kuschelige grüne Nest lockt, in dem keine konventionellen Landwirt*innen oder Industriearbeiter*innen stören. Nein, Katrin hat recht: wir müssen ganz bewusst auch dahin gehen, wo die sind, die diesmal nicht grün gewählt haben. Dann schauen wir mal, was an Zukunftsgestaltung so möglich ist

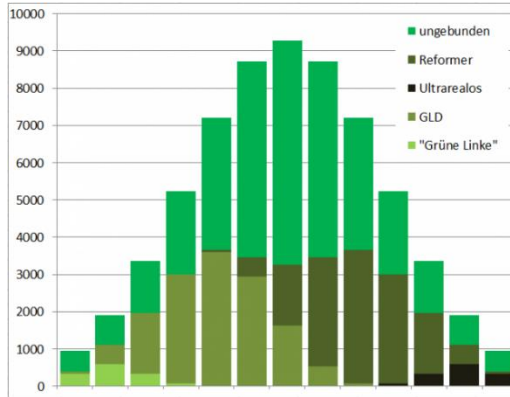
Der nächste Parteitag steht bereits im Januar an – die Europawahl ruft, es soll ein Grundsatzprogrammprozess gestartet werden, und auch der Bundesvorstand muss (eigentlich noch 2017) neu gewählt werden. Dafür wünsche ich mir eine Haltung von Vertrauen und Zusammengehörigkeitsgefühl als Grundlage. Wenn wir es dann noch schaffen, die Leute nach vorne zu stellen, die inhaltlich stark sind und weithin sichtbar für grüne Ziele werben – und diese Leute haben wir – dann bin ich zuversichtlich, dass das Ende der grünen Geschichte noch lange nicht erzählt ist.

Warum blogge ich das? Kleiner Reisebericht.

Flügelbilder

26. November 2017 – So grün, so grün

Ein Nebenaspekt der grünen Parteitage sind die Flügeltreffen im Vorfeld. Ob und wieso die notwendig sind, wäre eine längere Debatte. Ich war aus alter Verbundenheit beim Treffen des linken Flügels („grün links denken“), und habe den



Redebeiträgen und auch der Applausverteilung zugeschaut. Und ein bisschen darüber nachgedacht, wie das mit den grünen Flügeln eigentlich ist.

Wenn wir ganz schematisch davon ausgehen, dass die Orientierung an „links“ (was auch immer das sein möge) und „rechts“ als politischer Grundeinstellung innerhalb der grünen Partei einer Normalverteilung folgt – wobei die Mitte der Partei dann nicht identisch mit der Mitte der Gesellschaft ist – ergibt sich, wie bei Normalverteilungen üblich, ein dicker „Bauch“ mit zu den Rändern hin schnell abflachenden Ausläufern. Als Diagramm dargestellt, könnte das etwa so aussehen:

Auf der x-Achse geht es von „links“ bis „rechts“, auf der y-Achse um die Zahl der Mitglieder, die jeweils einer politische Haltung zuzuordnen sind. Das ist eindimensional, aber hier geht es auch nur um ein Denkmodell. Insofern gehe ich im Folgenden davon aus, dass es so eine Orientierung gibt, und dass jedes Mitglied auf – in diesem Fall – einer Skala von 1 bis 13 angegeben könnte, wie „links“ bzw. „rechts“ es sich innerhalb des grünen Spektrums fühlt.

Nun gehören längst nicht alle Mitglieder, die sich „links“ einordnen würden, zum linken Flügel, und ebenso nicht alle, die sich „rechts“ einordnen würden, zu den Realos. Die Strömungen sind auch nur teilweise

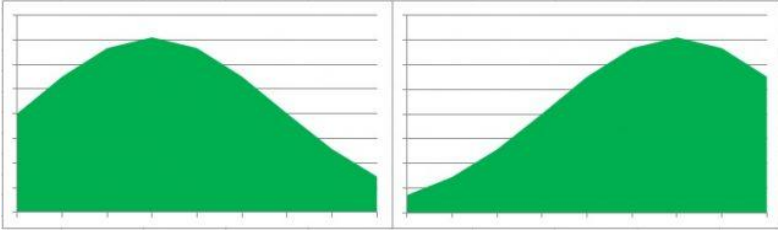
mitgliedschaftlich zu denken – wer zu den entsprechenden Treffen eingeladen wird, wer auf den entsprechenden Mailinglisten und Verteilern ist, gehört wohl dazu. Es sind also eigentlich eher Wolken mit faserigen Ausläufern als hart umkantete Gebilde.

Strikt schematisch nehme ich im Folgenden an, dass beide Flügel jeweils gleich groß sind, also gleich viele „Mitglieder“ haben, und dass es neben dem großen Flügel jeweils noch eine kleinere, radikalere Abspaltung gibt. Ob das bei den Realos genau so zutrifft, entzieht sich meiner Kenntnis. Aber immerhin treten einige – sagen wir mal: „Ultrarealos“ – öffentlich sichtbar auf, wer da an einen Tübinger Bürgermeister denkt, liegt wahrscheinlich nicht falsch. Auf der anderen Seite gibt es zwei halbwegs formal organisierte Gruppierungen – *grün.links.denken* als breit aufgestellte Strömung, und Teile der „Grünen Linken“, die für sich in Anspruch nehmen, die einzigen zu sein, die die Partei wieder zu ihren Wurzeln zurückführen könnte. Wer möchte, kann auch darüber spekulieren, wo beispielsweise der KV Friedrichshain-Kreuzberg zu verorten wäre.

Alle vier hier als symmetrisch angenommenen Gruppierungen sind in sich wiederum nicht homogen, sondern decken verschiedene Positionierungen ab. Auch diese können grob als normalverteilt angenommen werden, d.h. es gibt einen klaren Schwerpunkt (links bzw. rechts der angenommenen Mitte der Partei), und es gibt wiederum Ausläufer, die sich – so zumindest hier angenommen – in der Mitte der Partei überlappen. Ob jemand sich dem einen oder anderen Flügel zugehörig fühlt, oder gar nicht organisiert ist, ist dann kontingent, also abhängig von zum Beispiel biographischen Zufällen.

In der Darstellung hier würden sich insgesamt etwas weniger als die Hälfte aller Parteimitglieder einer Strömung zugehörig fühlen. Wahrscheinlich ist das noch übertrieben viel. Mein Eindruck auf Parteitagen: jeder der beiden großen Flügel stellt etwa 20 Prozent der Delegierten.

Wenn die Darstellung oben die Bundespartei insgesamt repräsentiert, so ließe sich doch darüber spekulieren, dass die Verteilung der Mitglieder auf das Spektrum von „links“ bis „rechts“ in einzelnen Landesverbänden anders ausfällt. Das könnte dann in Berlin eher aussehen wie hier links gezeigt, oder in Baden-Württemberg eher so, wie hier rechts gezeigt.



Soweit das Denkmodell. Empirische Daten dazu, wie sich Flügelzugehörigkeiten in der Mitgliederschaft bzw. unter den Parteitagsdelegierten tatsächlich verteilen, liegen mir nicht vor, wären aber durchaus interessant. Ebenso offen ist, ob die Normalverteilung tatsächlich die Verteilung innerhalb der Partei wiedergibt (oder ob es nicht eher eine Art eingedellter Hut sein müsste ...), wie groß die Strömungen in Wirklichkeit sind, und ob sie symmetrisch gedacht werden können. Schließlich könnte das Ganze auch noch auf die „links“-„rechts“-Verteilung in der Gesellschaft bezogen werden, statt auf eine vorgestellte Normalverteilung innerhalb der Partei. Dann wäre sicherlich eine Schwerpunktsetzung in der „linken Mitte“ sichtbar.

Warum blogge ich das? Wozu ein Denkmodell, das empirisch keinerlei Fundierung hat? Mir ging es vor allem darum, eine Darstellungsform zu finden, in der die Heterogenität innerhalb der beiden großen Flügel sichtbar wird. Ob es die Wirklichkeit der Partei wieder gibt, darüber lässt sich trefflich streiten. Wenn an dem Denkmodell aber etwas dran ist, fände ich es vor allem interessant, weiterzudenken, was das eigentlich für die große Zahl der nicht in Strömungen organisierten Mitglieder der Partei bedeutet – und deren Verhältnis zu Linken wie Realos.

Phase 4: Grüne als Plattform neu erfinden

13. April 2018 – So grün, so grün

Die Energie, die Annalena Baerbock und Robert Habeck mit ihren Bewerbungen für den grünen Bundesvorstand ausgestrahlt haben, ist nicht verblasst. Nein: es ist spürbar, dass sich in der grünen Bundesgeschäftsstelle jetzt etwas bewegt. Nicht nur, weil diese neu aufgestellt wird und Doppelspitze jetzt nicht mehr als Parallelstruktur, sondern als Team gedacht wird. Nein, auch der beginnende Grundsatzprogrammprozess – ein schreckliches Wort – strahlt diese Energie aus.

Letztlich geht es um nichts weniger als die ja auch von mir immer mal wieder eingeforderte Neuerfindung der Partei. Im Impulspapier des Bundesvorstands für das heute und morgen in Berlin stattfindende „Startkonvent“ für die Erarbeitung des neuen Grundsatzprogramms finden sich viele Umschreibungen der Herausforderungen und Anforderungen, die mit dieser Neuerfindung, für die „vierte Phase der Grünen“, verbunden sind. Besonders spannend finde ich einen eher unscheinbaren Begriff. Dort heißt es nämlich auch:

„Wir Grünen wollen Plattform sein. Uns geht es um eine Rückbesinnung auf das Politische. Politische Debatten sind keine Glaubenslehren, sondern Streitkulturen.“

Neben dem sehr richtigen Anspruch, Politik wieder als Politik – und damit als Streit um Interessen – zu behandeln, taucht dort der Begriff „Plattform“ auf. Plattform kann ja mit verschiedenen Dingen assoziiert werden. Ich bin mal so frei und denke mir, dass Plattform sein wollen nicht nur auf Macron in Frankreich (und, das etwas böseres Beispiel: Kern in Österreich) anspielt. Da werden Parteien zu Plattformen einer Bewegung, nur noch lose zusammengebunden über charismatische Persönlichkeiten. Das hieße dann auch: Raum für die politische Auseinandersetzung bieten, ohne Parteilichkeit und die Mottenkiste der alten Volksparteien mit ihren ganzen Bindungen und Fahnen hervorzukramen.

Plattform sein zu wollen, ist, etwas abstrakter gesprochen, eine Selbstdefinition als Ort. Eine Plattform ist irgendetwas räumliches, erhöhtes,

vielleicht mit Geländer und Aussicht. Sie kann betreten werden, und auf ihr kann – dann wird sie zur Bühne – öffentlich gespielt oder gestritten werden. Aber ich assoziiere mit Plattform noch etwas anderes, vielleicht gar nicht gemeintes. Digitalisierungskritik als Gesellschaftskritik kennt den Begriff des „Plattformkapitalismus“ und meint damit die neuen, globalen Oligopole, die davon leben, als Plattform Dinge zu vermitteln. Wer etwas kaufen oder verkaufen will, macht das bei Amazon, weil alle bei Amazon sind. Damit bestimmt Amazon die Regeln des Spiels mit. Wer im Netz kommunizieren will, macht das auf der Plattform Facebook, weil alle bei Facebook sind. Damit bestimmt Facebook die Regeln des Spiels mit. Wer eine App sucht, findet sie in einem der Appstores der Mobiltelefonbetriebsystemhersteller. Wieder Plattform.

Vielleicht ist es vermessen, aber frei assoziiert könnte Plattform sein zu wollen politisch auch heißen: wer den politischen Diskurs sucht, wer darüber ringen will, in welche Richtung es geht, wer mitgestalten will – für den bieten Bündnis 90/Die Grünen eine Plattform, vielleicht sogar die Plattform.

Großer Anspruch also. Und sonst so? Das Impulspapier möchte aus dem Anfang der 2000er Jahre her rührenden derzeit gültigen Grundsatprogramm der Partei übernehmen, dass der Mensch mit seiner Würde und Freiheit im Mittelpunkt grüner Politik steht. Der Mensch, die Menschheit – das ist die Ausgangsperspektive. Was insofern spannend ist, weil damit Naturschutz und Ökologie funktional werden und anthropozentrisch gedacht werden müssen: Naturschutz, Umweltschutz, Klimaschutz, eine – so das Impulspapier – radikalisierte ökologische Frage, aber eben von der Menschheit aus gedacht, und nicht von Eigenwerten der Natur her. An den radikalisierten ökologischen Impuls schließen fünf weitere Impulse an, die jeweils vom Menschen aus gedacht sind. Diese sechs Themen werden morgen in Workshops diskutiert, aus ihnen heraus soll dann bis 2020 das neue Programm entstehen.

- „Mensch als Kapital oder Kapital für den Menschen“ – Arbeits- und Sozialpolitik, soziale Sicherungssysteme, ein Update für die Kapitalismuskritik – neue soziale Leitplanken.

Phase 4: Grüne als Plattform neu erfinden

- „Mensch und Maschine oder Mensch als Maschine“ – was machen wir mit der Digitalisierung, braucht es neue Formen der politischen Einhegung und Kontrolle?
- „Der Mensch und das Leben“ – Wissenschaftsgesellschaft und Bioethik; hier steht auch die teilweise in der Presse schon diskutierte Aufforderung, nochmal zu hinterfragen und klar zu argumentieren, ob ein Abschied von der pauschalen Gentechnikkritik notwendig ist.
- „Der Mensch in einer Welt in Unordnung“ – Sicherheit, Außenpolitik, Entwicklungspolitik in einer auf den ersten Blick chaotischer gewordenen Welt.
- „Der Mensch und der Mensch und der Mensch“ – Vielfalt, Diversität, Einwanderung und Globalisierung.

Wer möchte, findet in diesem Impulspapier einiges kritikwürdiges. Ein Beispiel dafür ist die Frage, wie Feminismus und alle davon abgeleiteten Fragen von der Zeitpolitik bis zur Aushandlung der Geschlechterverhältnisse in diesem Menschenkatalog ihren Platz finden.

Gleichzeitig steht die Diskussion mit dem Papier ja erst am Anfang. Ich bin gespannt und freue mich auf den Auftakt und die Debatten heute und morgen. Das wird was!

Warum blogge ich das? Weil ich den Impuls für ein neues Grundsatzprogramm sehr wichtig und sehr grün finde.



Auf dem Weg zu einer digital fundierten Halbtagsgesellschaft?

14. April 2018 – Politik und Gesellschaft, So grün, so grün, Zukunftsvisionen

Ganz am Ende der Diskussion im Workshop „Digitalisierung“ (oder, wie er offiziell hieß: *Mensch und Maschine oder Mensch als Maschine*) beim grünen Auftakt für das Grundsatzprogramm passierte etwas. Da gab es einen Impuls, der gut an den Anfang der Debatte gepasst hätte. Ein Zukunftsforscher, der uns interessiert zugehört hatte, machte uns darauf aufmerksam, dass der Zeithorizont unserer Diskussion verrutscht war.

2020 soll das neue Grundsatzprogramm das Licht der Welt erblicken. Und es soll bis – so jedenfalls die Ansage von Robert Habeck – plus minus bis zum Jahr 2040 halten. Das ist die Welt, in der zum Beispiel meine Kinder etwa dreißig Jahre alt sein werden. Von heute aus: 22 Jahre in der Zukunft – 22 Jahre zurück hieße 1996. Da war ich am Anfang meines Studiums. Ja, es gab da schon PCs mit dem brandneuen Betriebssystem Windows 95. Mobiltelefone waren noch primär Telefone und keine mobilen Fenster zur Welt. Mein Computer hatte noch ein Diskettenlaufwerk, das Studium lief im Magister- und noch nicht im Ba-

chelor-/Master-System, und es war ziemlich cool, auf den Informatik-Workstations unter Solaris mit einer der ersten Fassungen des Netscape Navigators im Netz surfen zu können, ohne auf Telefonkosten achten zu müssen. Macs waren zum Layouten da (und standen als hübsch geformte Kästen rum), Monitore hatten Röhren, und in einem Hiwi-Job gab es tatsächlich NeXT-Cubes als Arbeitsrechner. Aber ich schweife ab.

Was ich sagen will, und was dann doch wieder etwas mit der Intervention am Ende des Workshops zu tun hat: 22 Jahre in der Zukunft ist gerade mit Blick auf Digitalisierungsthemen ganz schön weit weg. Es wäre ziemlich vermessen, jetzt mit Sicherheit sagen zu wollen, welche der heute gehypten Technologien sich bis dahin als solide Normalität durchgesetzt haben, welche aus dem Aus plötzlich aufs Spielfeld treten, und welche völlig vergessen sein werden.

Unsere Diskussion war tatsächlich stark von den Fragen geprägt, die jetzt (und nicht 2040) anstehen. Ein paar Beispiele: Könnte so ein Prozess wie der zur Grundsatzprogrammierstellung nicht doch besser auf einer digitalen Plattform gemanagt werden? Wie viel Digitalkompetenz muss das Bildungssystem vermitteln? Dürfen schon Kinder im Kindergarten mit Tablets umgehen, oder ist das eher nicht so gut? Wäre eine Verwaltung, die vormacht, wie Datenschutz und Open Source zusammen gehen, nicht wunderbar? Muss Facebook zerschlagen oder als öffentliche Infrastruktur betrachtet werden? Wer kontrolliert die Datenbestände, die in Algorithmen des maschinellen Lernens einfließen? Wem gehören Gesundheitsdaten? Trauen wir dem Staat? Wie viele private PKWs lassen sich durch ein autonom fahrendes Auto ersetzen? Brauchen wir ein bedingungsloses Grundeinkommen, um Arbeitsplätze, die von Robotern und Algorithmen aufgefressen werden, irgendwie auszugleichen? Oder setzen wir auf disruptive Innovation und die Hoffnung, Arbeit neu und flexibler denken zu können?

Sind das die Fragen, die zwischen 2020 und 2040 relevant werden? Hier wäre es tatsächlich gar nicht schlecht gewesen, am Ende anzufangen – also bei der Frage, in was für einer Welt wir 2025, 2030 oder 2040 leben wollen. Das wäre wohl erst einmal eine Diskussion geworden, die nicht viel mit Digitalisierung – die ja letztlich auch nur eine Technologie,

ein Medium ist, und entsprechend gestalt- und formbar ist – zu tun gehabt hätte, sondern viel mehr mit Visionen des attraktiven Lebens in den 2030er Jahren. Dazu probeweise ein paar Prämissen.

Prämisse 1: Die ökologischen Grenzen dieses Planeten sind real. Die Maßnahmen gegen den Klimawandel sind halbherzig, auch Mitigation wirkt zeitversetzt. Das hat global betrachtet dramatische Folgen – überschwemmte Teile von Bangladesch und Florida, eine Ausbreitung von Wüsten, Wetterkapriolen und „Starkwetterereignissen“. Versteppung in Italien. Ein eisfreies Grönland. Und auch in Deutschland heißere Sommer und nassere Winter. Mit all den Folgen wie etwa der Flucht aus klimatischen Gründen. Zugleich gibt es Ressourcen, die knapp werden, und die nicht einfach durch nachwachsende Rohstoffe ersetzt werden können. Nicht nur werden Müllkippen als Minen genutzt, um zum Beispiel bestimmte Edelmetalle zu gewinnen – in manchen Teilen der Erde ist Wasser extrem knapp, auch an beackerbarem Boden fehlt es.

Prämisse 2: Der sich jetzt schon andeutende Kampf der Systeme ist noch heißer und heftiger geworden. Klassisch-autokratische Regime wie in Russland oder der Türkei konkurrieren mit weitgehend undemokratischen Kapitalismen wie in China oder in den USA und mit den Resten eines liberalen, demokratischen Systems in Teilen Europas und Kanadas.

Prämisse 3: Ein zentrales Thema ist dabei Wohlstand im Sinne der Befriedigung aufeinander aufbauender Bedürfnisse (egal, was von Maslow zu halten ist). Da kommen Essen und eine nicht gesundheits-schädliche Umwelt, siehe Prämisse 1, vor dem Bedürfnis nach Freiheit.

Prämisse 4: Die heute vorhandenen globalen Verflechtungen und Abhängigkeiten gibt es weiterhin. Trotz Brexit und Trump wird die Globalisierung nicht gestoppt. Auch das System der Nationalstaaten hat sich nicht aufgelöst. Vielleicht gibt es neue Blöcke und Bündnisse – China und Afrika, beispielsweise, in enger Kooperation – aber es gibt keinen Weltstaat, der global Regeln setzt, und auch die EU ist eher schwächer als stärker geworden.

Wenn wir ein Grundsatzprogramm vor dem holzschnittartigen Hintergrund dieser Welt der 2030er Jahre denken, wo würden wir da hin wollen? Wäre so etwas wie eine *Halbtagsgesellschaft* attraktiv? Der Be-

griff kommt aus der sozial-ökologischen Debatte, gemeint ist eine Gesellschaft, die Arbeit bzw. ihre Bürger*innen soweit subventioniert (ob über ein BGE oder andere Arrangements), dass eine (bezahlte) Arbeitszeit von 20 Stunden pro Woche finanziell auskömmlich ist, und die damit Ressourcen für ehrenamtliches Einbringen in den Zusammenhalt der Gesellschaft – auch als Sorgearbeit bekannt – freisetzt, die damit sehr lebendig und lebenswert wird? Finanziert durch eine kluge Besteuerung der weiter gewachsenen Produktivität?

Eine Gesellschaft, die gleichzeitig, vor dem Hintergrund von Prämisse 1 gedacht, es geschafft hat, Wachstum/wirtschaftliche Leistung weitgehend von Energieverbrauch und dem Verbrauch nicht erneuerbarer Rohstoffe entkoppelt zu haben, in der es zwar nach wie vor „Wachstumsbranchen“ gibt, die aber eben nicht mehr „Mehrverbrauchsbranchen“ sind, sondern beispielsweise Umweltreparaturbranchen?

Vor dem Hintergrund von Prämisse 2: Wäre das Leben in einer solchen Gesellschaft lebenswert und „wohlhabend“ genug, um auch für Menschen in anderen Regimen als erstrebenswert zu gelten?

Auch das ist jetzt nur eine sehr grob skizzierte Vision. Und, um wieder zur Digitalisierung zu kommen, was würde das für die jetzt in Gang gesetzten Entwicklungen bedeuten?

Um das mit den 20 Stunden auskömmlich bezahlter Arbeit hinzukriegen, müsste tatsächlich ein recht großer Teil der heute geleisteten Arbeit durch Roboter, Maschinen und Algorithmen übernommen werden. Die dadurch gewachsene Produktivität dürfte nicht allein den Unternehmen zugutekommen, sondern müsste an die Gesellschaft zurückfließen. Gleichzeitig müssten diese Prozesse und Produktionsweisen auf Effizienz und CO₂-Freiheit getrimmt sein – von der nötigen Energie (und der Produktion der Maschinen und Chips selbst!) bis hin zur Weiterverwendung von Reststoffen. Da kommt dann möglicherweise auch der Datenschutz mit ins Spiel – und Fragen von Patenten, intellektuellem Eigentum und offener Hard- und Software.

Eine solche Skizze gibt keine Antwort darauf, ob autonome Fahrzeuge unterwegs sein sollen, ob Blockchain überbewerteter Quatsch oder eine wichtige Dezentralisierungstechnologie ist. Sie gibt keine Antwort

Nachdenken über Bündnis 90/Die Grünen

auf Digitalkompetenz im Kindergarten und auch keine darauf, wer Algorithmen auf Diskriminierung hin untersucht. Trotzdem würde eine solche Welt nur funktionieren, wenn, um mich zu wiederholen, Arbeit durch Technik ersetzt wird. Und damit stellt sich dann doch die Frage nach der Ethik und Funktionsweise von KI, Maschinenlernen und algorithmischen Entscheidungen, und es stellt sich doch die Frage, welche Kompetenzen notwendig sind oder wären, um in einer solchen Welt erfüllt leben zu können.

Warum blogge ich das? Als Langfassung meines Tweets „Halbzeitgesellschaft und Postwachstum digital fundiert. - wäre das eine attraktive grüne Vision? #startkonvent.“. Und als Beitrag zur weiteren Programmdebatte.



Über fliegende Teppiche und eine mögliche Zukunft als offene Bündnispartei

28. Oktober 2018 – Politik und Gesellschaft, So grün, so grün

Heute wird in Hessen gewählt. Ich kenne das Ergebnis noch nicht, gehe aber davon aus, dass die letzten Umfragen nicht völlig daneben liegen werden, und – ähnlich wie in Bayern – Verluste bei der Union und bei der SPD sowie grüne Gewinne zu erwarten sind. Ob es 20 Prozent werden, ob Grüne erst-, zweit- oder drittstärkste Partei in Hessen werden, und ob sich daraus Chancen für Tarek Al-Wazir ableiten lassen, nicht nur stellvertretender Ministerpräsident zu werden – all das wird in ein paar Stunden klar sein.

Mir geht's um etwas anderes. Bayern und Hessen sind in gewisser Weise die ersten Testfelder einer neuen grünen Aufstellung für den Bund. Auch da sind wir wieder mal Umfragensiegerin in der Mitte der Legislaturperiode. Jedenfalls dann, wenn die Legislaturperiode einen normalen Verlauf nimmt und die „Große“ Koalition im Bund weiter Bestand hat. Angesichts der derzeitigen Umfragen, angesichts der Unklarheit über po-

tenzielle Merkel-Nachfolger*innen in der CDU wie in der SPD halte ich es für sehr wahrscheinlich, dass „Schrecken ohne Ende“ für die alten Volksparteien die weniger riskant erscheinende Strategie ist und die Koalition hält. Aber auch das werden wir in den nächsten Tagen wissen.

Peter Unfried schreibt heute in der *taz* von Grünen als Partei vernünftiger Leute. In der *ZEIT* wird über groß angelegte Strategien spekuliert, um die Mitte der Gesellschaft zu gewinnen. Klar ist jedenfalls: Grün zu wählen ist heute keine randständige Entscheidung mehr. Ein Fünftel, ein Viertel, ein Drittel – potenziell die Hälfte aller Wähler*innen! – kann sich vorstellen, eine Stimme für Bündnis 90/Die Grünen abzugeben.

Das ist ein Erfolg einer unaufgeregten Klarheit. Auf der einen Seite stehen die großen Herausforderungen. Nicht nur der Klimawandel und die anhaltende ökologische Krise, sondern auch die soziale Polarisierung in Deutschland. Das weltweit unter Druck geratene Modell der liberalen Demokratie. Eine Weltpolitik, die ihre Mitte verloren hat. (Ach ja: der digitale Wandel ist auch noch da und wartet nicht.)

Angesichts dieser Herausforderungen, angesichts der Dringlichkeit würde es nahe liegen, nun in Alarmismus zu verfallen. Das Ende ist nahe. Manchmal macht diese Welt ja wirklich diesen Eindruck. Aber für Untergangspropheten wird niemand gewählt. Ich nehme heute eine grüne Linie wahr, die in etwa heißt: ja, es gibt da gigantische Herausforderungen, und ja, es ist wichtig, hier und jetzt zu handeln (statt sich im Zweikampf zu verbeißen). Und ja: wir haben ein paar Ideen, wie diese Probleme gelöst werden könnten, aber bei weitem noch nicht alle Antworten. Wir wissen, in welche Richtung es gehen soll. Wir haben Überzeugungen, für die wir bereit sind, aktiv zu werden, aber wir sind ebenso bereit, zuzuhören. Und diese grüne Linie stößt durchaus auf Interesse bei Wählerinnen und Wählern.

Wenn dann noch Personen dazu kommen, die eine solche Haltung glaubhaft vermitteln, weil sie dafür stehen: für fröhliche Gesprächsbereitschaft und Klarheit in der Position, für Unaufgeregtheit angesichts von richtig großen Herausforderungen und für Kompetenz und Lösungsbereitschaft – dann fängt der grüne Teppich an zu fliegen. Und das sehen wir gerade.

Über fliegende Teppiche und eine mögliche Zukunft als offene Bündnispartei

Bisher klappt das ganz gut. Als Partei können wir ein bisschen was dazu tun, dass dieser Teppich in der Luft bleibt. Unsere Bundesdelegiertenkonferenz am 9.–11. November, bei der Europaliste und Europawahlprogramm beschlossen werden, ist in gewisser Weise der Lackmus-Test dafür, ob die eben skizzierte Haltung in dieser Partei breit angekommen ist. Es gibt aber auch Turbulenzen, die von außen kommen – wenn *BILD* sich sensationslüsterne Kampagnen startet, beispielsweise. Da kommt es dann darauf an, zusammenzustehen und sich nicht intern zu zerlegen.

Mittelfristig stellt sich bei Wahlergebnissen, die eher in Richtung 20, 30 Prozent gehen, schnell die Volksparteifrage. Selbst mit inzwischen 70.000 Mitgliedern sind wir weit von der gesellschaftlichen Verwurzelung entfernt, die die klassischen Volksparteien, die ja immer noch mehrere hunderttausend Mitglieder haben, auszeichnet. Ich halte es für unrealistisch, in den nächsten Jahren in diese Größenordnungen vorzustoßen. Was wir stattdessen anbieten können, als in der Mitgliedschaft kleinere Partei, ist etwas, was vielleicht zeitgemäßer ist als das Modell der Volkspartei. Wir können Bündnispartner sein.

Das Grundsatzprogramm von 1980 und der grüne Grundkonsens von 1993 betonen die sozialen Bewegungen als Wurzel der grünen Parteiwerdung. Bewegungspartei im Sinne eines „parlamentarischen Arms“ sind wir sicher nicht mehr. Aber wir können heute der Kristallisationskeim sein, der breite Bündnisse aus der (umfassend zu verstehenden) Zivilgesellschaft zusammenbringt. Bündnisse, die sich von links bis in die liberale Mitte erstrecken. Die für eine vernünftige Politik stehen – egal, ob es um einen humanen Umgang mit Flüchtlingen, um die Werte des Grundgesetzes oder um die gemeinsam notwendige Anstrengung geht, den CO₂-Ausstoß nicht nur in Deutschland massiv zu reduzieren. Das sind die Fragen unserer Zeit, die viele Menschen umtreibt (übrigens auch Unternehmerinnen und Unternehmer). Ich glaube, dass es unsere Rolle und Aufgabe sein könnte, diesen heute zentralen Themen eine politische Stimme zu geben. Das kriegen wir hin – gemeinsam.

Warum blogge ich das? Als kleine Reaktion auf die Wahlen in Bayern und Hessen und auf die Debatte angesichts der bundesweiten Umfragewerte.



Grüner Parteitag in Leipzig: Europa – darum kämpfen wir

12. November 2018 – So grün, so grün

Es fühlt sich gerade ziemlich gut an, Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen zu sein. Das hat was mit den 20 Prozent in den Umfragen zu tun, aber sehr viel mehr noch mit einer der Ursachen für diese 20 Prozent – aktuell sind wir nahe dran an der platonischen Form einer grünen Partei. So muss das sein!

Gibt es den Ausdruck eines heiteren Ernsts? Das ist in etwa die Haltung, mit der wir derzeit der Welt begegnen, und das ist die richtige Haltung.

Wir leben in Zeiten, in denen ziemlich viel schief läuft. Manches davon ist lebensbedrohend für die Zukunft der Menschheit. So kann es nicht weitergehen. Deswegen, und das ist glaube ich der Kern dessen, was Robert Habeck mit „radikal“ meint, braucht es Antworten, die dieser Situation angemessen sind. Aber nur weil die Dinge so sind, wie sie sind, werden wir nicht verbissen – ich schrieb irgendwann mal etwas über *grumpy old men* –, werden auch nicht moralistisch und moralinsauer, und erst recht verschließen wir nicht die Augen vor dem Zustand der Welt. Nein: wir schauen hin, wir entwickeln sehr konkrete Ideen, wie die Welt besser werden kann, und wir treten dafür ein. Überzeugt, aber nicht abgehoben, hart in der Sache, aber fair und verbindlich (oder, wie das *Handesblatt* schreibt, „moderat“) im Ton. Nach innen wie nach außen. Und damit dann, um nochmal Robert aufzunehmen, auch bündnisfähig.

Ein paar Jahre lang war es in weiten Teilen der Partei eher andersherum. Ein inhaltlicher Rutsch in die sagemuwobene Mitte, fast schon ein Weichkochen unserer Programmatik, aber dafür ein schriller, lauter, knalliger und von der eigenen Sache zu 120 Prozent überzeugter Tonfall – nach innen wie nach außen.

So herum, wie es jetzt ist, steht die Partei auf den Füßen. Wer will, kann da auch von geerdet sprechen. Das war bei diesem Parteitag in Leipzig immer wieder zu merken. In den leisen Tönen, als Igor Levit für uns die *Ode an die Freude* und die *Goldberg-Variationen* spielte. In den emotional aufgeladenen Momenten der Rede von Annalena Baerbock. In der Disziplin, mit der wir ein für grüne Verhältnisse recht knappes, aber sehr, sehr konkretes Europaprogramm beschlossen haben. Und in einer Liste, die einer „Partei der Vielen“ vollkommen angemessen ist.

Dass das Europawahlprogramm diszipliniert und mit großer Kompromissbereitschaft verhandelt wurde, auch in den Runden im Vorfeld, hat glaube ich auch etwas damit zu tun, in welcher Situation wir uns befinden. Es geht um etwas. Und das spüren wir. Nicht um Regieren oder Opposition, sondern eher darum, dass derzeit ein Kampf darum stattfindet, in was für einem Land, in was für einem Europa wir eigentlich leben wollen. Es geht um Hegemonie und Deutungsmacht. Lassen wir als Land uns auf die rechte Verführung ein, rutschen ab in dunkle Zeiten, oder stehen wir zu diesem Land genau wegen all der Dinge, die es ausmachen, und die die Rechten hassen. Verteidigen wir Europa, stehen wir für Humanität – auch im Mittelmeer – ein, und geben das Klima noch nicht auf? Oder gewinnen Ressentiments und Wurstigkeit? Darum wird in diesem Land heute gezerrt, um diese Fragen. Deswegen wissen wir, dass es um etwas geht – und deswegen lassen wir uns nicht ablenken von potenziellen parteiinternen Streits, ministerpräsidentiellen Wutausbrüchen oder dem Beharren auf die eine beste Lösung im Programm.

Die BDK in Leipzig war ein „Arbeitsparteitag“ – zum einen, weil das Programm beschlossen wurde, auch wenn hier doch sehr viel im Vorfeld geklärt wurde, zum anderen und vor allem aber deswegen, weil die Europaliste gewählt wurde. Es gibt bei uns eine Bundesliste, keine sechzehn Landeslisten, und es gibt natürlich Absprachen (in und zwischen Strömungen, klar) und Vorschläge, aber im Großen und Ganzen doch eine offene Listenaufstellung. Und weil jede Bewerberin und jeder Bewerber sich in bis zu zehn Minuten vorstellen darf, zieht sich das ganz schön hin. Die Wahl selbst erfolgt am Schluss auf Papier, während der Aufstellung aber als elektronisches Meinungsbild. Das geht schnell.

Auf den ersten vier Plätzen gab es keine Gegenkandidat*innen. Mit Ska Keller und Sven Giegold stehen zwei wirklich europäisch profilierte Menschen an der Spitze der Liste. Es folgen die bisherigen Europaparlamentarier*innen Terry Reintke und Reinhard Bütikofer. Auf den meisten weiteren Plätzen – gewählt wurden insgesamt 40 Kandidat*innen (bei 96 Abgeordneten aus Deutschland im EP, wir bräuchten also etwa 45 Prozent, um alle Kandidat*innen ins Parlament zu bekommen ...) – gab es dann fast immer mehrere Kandidaturen. Unsere baden-württembergische Europaabgeordnete Maria Heubuch verlor beispielsweise und ist jetzt nicht wieder aufgestellt, Martin Häusling wurde dagegen auf Platz 6 erneut gewählt.

Insgesamt haben wir eine sehr diverse, sehr vielfältige Liste. Dass es eine Mindestquotierung gibt, ist lange grüne Tradition, und 100 Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechts wichtiger denn je. Die Plätze 1, 3, 5 usw. gehen also an Frauen (darunter diesmal auch eine offen als solche auftretende Transfrau), die Plätze 2, 4, 6 usw. sind offene Plätze (gewählt wurden auf diesen offenen Plätzen diesmal 19 Männer und eine Frau).

Es sind viele neue Gesichter darunter; eine ganze Reihe an Fachpolitiker*innen aus den BAGen, einige sehr in Menschenrechtsfragen engagierte junge Frauen und Männer. U.a. Hannah Neumann, Friedens- und Konfliktforscherin, auf Platz 5, Anna Cavazzini, Menschenrechtsreferentin bei Brot für die Welt und BAG Europa, Platz 7. Erik Marquardt, der beeindruckende und beschämende Fotoreportagen von der Seenotrettung im Mittelmeer gemacht hat, Platz 8. Menschen mit ganz unterschiedlichen Hintergründen und Fähigkeiten. Die Sozialpolitikerin Katrin Langensiepen auf Platz 9 wird wohl als erste Frau mit sichtbarer Behinderung ins Parlament einziehen. Der Sinto Romeo Franz wurde auf Platz 10 erneut aufgestellt. Auf Platz 11 Jutta Paulus, langjährige Sprecherin der BAG Energie, inzwischen Landesvorsitzende in Rheinland-Pfalz. Sergey Lagodinsky, Mitglied der Repräsentantenversammlung der Jüdischen Gemeinde Berlin, gewann mit einer eindrucksvollen Rede Platz 12. Menschen, die Europa leben. Henrike Hahn auf Platz 13 hat u.a. an der Sorbonne Nouvelle in Paris studiert und ist bei *Pulse of*

Europe aktiv. Michael Bloss auf Platz 14 war Sprecher des Europaverbandes der Grünen Jugend, FYEG. Auf Platz 15 Anna Deparnay-Grunenberg, Forst- und Nachhaltigkeitswissenschaftlerin mit deutsch-französischem Hintergrund, und auf Platz 16 Rasmus Andresen aus Flensburg, dänische Minderheit in Schleswig-Holstein.

Ich könnte noch weiter machen. Aber vielleicht wird auch so klar: So vielfältig (aber wohl auch so jung) war eine grüne Europaliste selten. Falls nochmal jemand nach einem Generationswechsel fragt, egal ob es um das Alter geht oder um Politikkarriere – der ist bei uns gelungen. Und mit uns wäre auch ein Europäische Republik ausrufbar.

Liste und Programm passen zusammen, ergeben ein stimmiges Bild. Über dem Parteitag stand „Europa. Darum kämpfen wir.“ – und ja, im Doppelsinn dieses Slogans hat auch dieser europäische Geist, das Gefühl, sich hier und heute als ganz klar pro-europäische Partei zu präsentieren, dazu beigetragen, dass mit großer Ernsthaftigkeit – aber nie verbissen, nie unfair, nie abgehoben – auf diesem Parteitag gearbeitet, gewählt und gerungen wurde.¹

Es fühlt sich gut an, Mitglied dieser Partei zu sein. Gemeinsam mit vielen anderen. Mit den Vielen, und im Bündnis mit allen Kräften – den Vielen, der Multitude – die in diesem historischen Moment darauf bestehen, zivilisatorische Errungenschaften zu erhalten und auszuweiten, und um das bessere Morgen zu kämpfen.

Warum blogge ich das? Was wäre ein Parteitag – ich war diesmal nur als BAG-Sprecher und als Ersatzdelegierter dabei – ohne Parteitagskritik?

¹ Und natürlich ist die BDK mit ihren 840 Delegierten und vielen Gästen immer noch und wieder das große grüne Familientreffen – das wurde in Momenten sichtbar wie der Verabschiedung des Schatzmeisters Benedikt Mayer oder als am 11.11. die rheinische Fröhlichkeit für einen ganz kurzen Moment explodierte. Oder Claudia Roth, die auch kurz vor Mitternacht noch im Parteitagspräsidium die Delegierten wach hielt – etwa durch spontanen Wechselgesang.



Ein Programm für heute

31. März 2019 – Politik und Gesellschaft, So grün, so grün, Zukunftsvisionen

Gestern und vorgestern fand in Berlin der Grundsatzkonvent statt, auf dem der „Zwischenbericht“ für das neue grüne Grundsatzprogramm vorgestellt wurde, und zugleich ein bisschen gefeiert wurde – schließlich trat genau vor 40 Jahren die „Sonstige Politische Vereinigung DIE GRÜNEN“ zur Europawahl an, das war sozusagen die erste Gründung der Grünen als Partei, die zweite folgte dann ein Jahr später nach deutschem Recht in Karlsruhe.¹

Freitagnachmittag bestand der Konvent vor allem aus Bühnenprogramm (aber was für einem!) – Micha Kellner, Robert Habeck und Annelena Baerbock stellten den Zwischenbericht vor; Katharina Borchert (*Mozilla Foundation*), Ferda Ataman (Journalistin) und Luisa Neubauer (*Fridays for Future*) lobten und kritisierten den Bericht; zudem wurde ein Film zu „40 Jahren SPV DIE GRÜNEN“ gezeigt. Und gefeiert wurde auch. Am Samstag ging es dann mit ein paar hundert Leuten im Open-Space-Format weiter. Auch das, wie insgesamt vieles am Grundsatzprogrammprozess, ein Beteiligungsexperiment, und eines, das gut geklappt hat, so jedenfalls mein Eindruck. Mit den Impulsen aus dem Konvent, mit Ideen aus weiteren Veranstaltungen, auch mit der Grundsatz-

¹ Leider sind alle Links zum Prozess (Entwurf des Texts etc.) inzwischen (2026) nicht mehr funktionsfähig.

akademie der Bundesarbeitsgemeinschaften läuft jetzt noch etwa ein Jahr lang der weitere Grundsatzprogrammprozess. Der 74 Seiten starke Zwischenbericht ist dabei genau das, was der Name sagt: eine Dokumentation des derzeitigen Diskussionsstands, und eine Idee, in welche Richtung es mit dem Programm gehen kann.

An dieser Stelle muss ich darauf hinweisen, dass es mir schwer fällt, neutral über den Bericht zu urteilen – ich war Mitglied der Schreibgruppe, die den Bundesvorstand beraten hat. Das hat viele, viele Zugfahrten nach Berlin mit sich gebracht, aber extrem spannende Diskussionen über Narrative und Storytelling, über die Sprache unseres Programms, aber auch darüber, ob die grünen Werte heute noch gültig sind. Wir haben darüber geredet, wie sich die aktuellen Herausforderungen, vor denen wir als Menschheit stehen, eigentlich fassen lassen, und wie politische Lösungen und Handlungsoptionen aussehen können. Gerungen wurde ebenso darum, welche Themen angesprochen werden wie auch darum, auf welchem Konkretionslevel dies eigentlich geschehen soll.

Ich bin – wie gesagt, sicherlich voreingenommen – mit dem jetzt vorliegenden Ergebnis sehr zufrieden. In die Endfassung des Zwischenberichts sind noch einmal viele Impulse aus der Partei eingeflossen, und die Struktur hat sich an einigen Stellen verändert. Aber trotzdem erkenne ich vieles wieder, was wir in der Schreibgruppe und mit dem Bundesvorstand diskutiert haben.²

Ein Grundsatzprogrammprozess kann ja leicht in Richtung Selbstbeschäftigungstherapie führen. Ich glaube, diese Klippe haben wir ganz gut umschiffert. Das nächste Jahr fertig werdende Grundsatzprogramm wird dann das vierte grundsätzlich-programmatische Dokument sein. 1980 gab es ein erstes Grundsatzprogramm³ der neu gegründeten Partei, rund 40 Seiten umfassend, im Magazinstil – mit den damaligen Mitteilern – layoutet, voll aktivistischer Aufbruchsstimmung. 1993, im Zuge

² Keine Sorge: es gibt auch noch ein paar Ideen, die im Zwischenbericht noch nicht zu lesen sind, sowohl was das Format anbelangt als auch inhaltlich. Und nach dem Konvent sind das noch einmal einige mehr geworden.

³ https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/publikationen/1980_001_Grundsatzprogramm_Die_Gruenen.pdf

der Vereinigung zwischen DIE GRÜNEN und Bündnis 90, wurde ein knapper Grundkonsens⁴ verfasst, der in Paragraphenform die wichtigsten Werte und Haltungen definiert. Hier kamen unter anderem die Menschenrechte mit in die Partei.⁵ 2002 wurde dann – nach einem langen Prozess, mit Zukunftskonferenz und auch damals schon vielen Beteiligungsformaten, das derzeit gültige Grundsatzprogramm verabschiedet. Das ist mit 180 Seiten sehr lang, stellenweise auch sehr akademisch geraten – Micha Kellner machte sich auf dem Konvent ein bisschen lustig über die sieben Aspekte des Gerechtigkeitsbegriffs. Wer heute in das Programm reinschaut, findet vieles, was immer noch gültig ist, oder was Debatten angelegt hat, die wir heute führen (in meinen Themenfeldern: unser Verhältnis zu Wissenschaft und Technik – unser Umgang mit dem damals noch jungen Internet), es gibt aber auch den einen oder anderen Punkt, der 2002 – mitten im rot-grünen Projekt – anders geklungen haben mag als 2019.

Zumindest die ersten beiden Grundsatztexte waren stark nach innen gerichtet, auf Selbstvergewisserung und das thematische Zusammenbringen der schon immer vielfältigen Partei hin ausgerichtet. Das 2002er-Programm war in gewisser Weise der Versuch, den Schritt zum Vollsortimenter philosophisch zu begründen – mitten in der Regierungszeit.

Was ist – Stand Zwischenbericht – heute neu und anders? An vorderster Stelle das, was unter dem Schlagwort „Bündnispartei“ diskutiert wird. Der Zwischenbericht beschreibt grüne Werte, die grüne Sicht auf die Welt und grüne Handlungsansätze. Aber er tut dies in einer Form, die Offenheit ermöglicht. Wir haben Werte – Ökologie, Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, Demokratie und Frieden – und wer sich in diesen Axiomen wiederfindet, der ist bei uns richtig. Das Programm ist weniger Selbstvergewisserung und mehr Angebot. Das wird auch deutlich,

⁴ https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/publikationen/1993_002_Politische_Grundsaeetze_Buendnis90DieGruenen.pdf

⁵ Vielleicht kurz zu meiner eigenen „Parteigeschichte“ – ich habe zwar 1991 die *Grün-Alternative Jugend Baden-Württemberg* mit gegründet, Parteimitglied bin ich aber erst seit 1996 – insofern habe ich diese beiden Diskussionsprozesse nicht selbst mitgekriegt.

wenn im Text selbst darauf eingegangen wird, dass auch unsere Werte nicht immer widerspruchsfrei zueinander stehen, sondern immer und immer wieder Aushandlungsprozesse benötigen. Konflikt, Diskussion, Streit, aber auch die Einigung – in demokratischen Verfahren – als Grundmotiv, und eben nicht eine harte Freund-Feind-Linie.

Ein wichtiges Element in diesem Programmtext ist für mich das, was ich in einer unserer Diskussionen mal „Zeit der Ungleichzeitigkeiten“ genannt habe – mit William Gibson: die Zukunft ist schon da, sie ist nur ungleich verteilt. Mehr noch: die Zukunft ist nicht nur schon da, ist im Hier und Jetzt angelegt, sondern sie ist auch beeinflussbar. Es gibt ein „einerseits“ und ein „andererseits“, positive und negative Entwicklungen, und darüber, wie es weitergeht, entscheiden weder Naturgesetze noch ominöse Mächte noch vorgezeichnete Schicksalslinien, sondern darüber entscheidet Politik. Insofern ist dieser Zwischenbericht ein ganz klares Signal: Politik heute, gerade in diesen Zeiten, wo so gut wie alles kompliziert ist, mag zwar keine einfachen Lösungen haben. Aber Politik ist eminent wichtig, gerade weil Zukunft offen und gestaltbar ist. Und: Beliebigkeit war gestern. Das Herausforderungskapitel im Zwischenbericht spiegelt dieses Einerseits-Andererseits aus meiner Sicht sehr gut. Egal, ob es um die ökologischen Krisen, die Demokratie unter Druck, (digitale) Technik oder die Globalisierung geht: fast nichts ist schwarz oder weiß, aber es ist eben auch nicht grau. Im Keim sind schwarz und weiß angelegt, welche Zukunft sich realisiert, ist eine politische Frage.

Nebenbei bemerkt: was mir an diesem Programm auch sehr gut gefällt, ist eine optimistische Haltung auf Technik. Klar, auch Technik ist nicht einfach, sondern muss auf der Grundlage eines Wertekompass mitgestaltet werden, sie ist Problem und Lösung zu gleich – aber sie kann eben auch, und das ist in dieser Deutlichkeit neu für grüne Texte, Teil der Lösung sein. Entsprechend wichtig sind Rahmenbedingungen für Innovation, und sind gute Bedingungen für Wissenschaft und Forschung. Das nimmt für ein 74-Seiten-Programm im Zwischenbericht zu Recht relativ viel Raum ein. Und ebenso taucht auf, dass unsere Politik evidenzbasiert sein soll. Das ist durchaus bedeutungsvoll, weil damit zwei Ansprüche verbunden sind: wir richten uns nach wissenschaftli-

chen Fakten – und wir sind bereit, unsere politischen Schlussfolgerungen zu ändern, wenn sich der wissenschaftliche Konsens verändert.

Offenheit für Neues, Bündnisfähigkeit, der Weg aus der Nische, der konsequente Verzicht auf den Blick nach innen, eine komplizierte Sicht auf die Welt – ich verstehe, wenn manche dann gleich Beliebigkeit unterstellen und Weichspüler im Einsatz vermuten. Wer den Zwischenbericht aufmerksam liest, wird feststellen, dass das ganz und gar nicht der Fall ist. Enkeltauglichkeit, (globale) Gerechtigkeit auch als Thema der Ökologie und eine konsequent an planetaren Grenzen orientierte Politik sind harte Aussagen – und wir meinen die ernst. Luisa Neubauer von *Fridays for Future* fand das auf dem Konvent trotzdem noch nicht deutlich genug. Vielleicht müssen wir hier noch mutiger sein, zu sagen, was diese Orientierungen bedeuten. Aber nicht nur in der Ökologie, auch mit Blick auf die Einhegung des Marktes im Sinne einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft, auf die Zerschlagung von digitalen Plattformunternehmen, oder auf die geopolitische Rolle Europas, gedacht als einer europäischen Republik sind in diesem Programmwurf sehr klare und sehr kantige Aussagen zu finden. Und genau so wie wir eine Orientierung der Politik an planetaren Grenzen ernst meinen, sind auch das konkrete Ideen dazu, welche Zukunft in dieser Gegenwart beginnen soll. Hier würde ich mir von manchen mehr Zutrauen in die Politikfähigkeit der Politik wünschen.

Abschließend noch ein Hinweis auf eine wichtige programmatische Neuerung: manchmal haben wir uns in der Vergangenheit gerne daran orientiert, Verbraucher*innen dazu aufzurufen, richtig zu handeln. Da wurde Politik schnell zu Moral, mit neoliberalen Anklängen („Selbstoptimierung“). Natürlich ist es richtig, dass jede und jeder Einzelne im eigenen Leben mitentscheiden kann, welche Alternativen gewählt werden, und qua Verbrauchermacht und Markt damit auch Strukturen zu verändern. Aber im Zwischenbericht steckt eben auch hier eine klare Orientierung daran, dass Politik die Entscheidungen trifft, und diese weder auf Unternehmen noch auf Verbraucher*innen abwälzen darf. Ich finde dieses Bekenntnis zum Politischen wichtig und sehr zeitgemäß. Vielleicht ist 2019 das Jahr, in dem aus Nutzer*innen und Verbrau-

cher*innen auch in der allgemeinen Wahrnehmung wieder Bürger*innen werden, die in demokratischen Verfahren Politik mit der Macht und der Notwendigkeit ausstatten, Entscheidungen zu treffen, die alle betreffen. Denn das ist dringend notwendig.

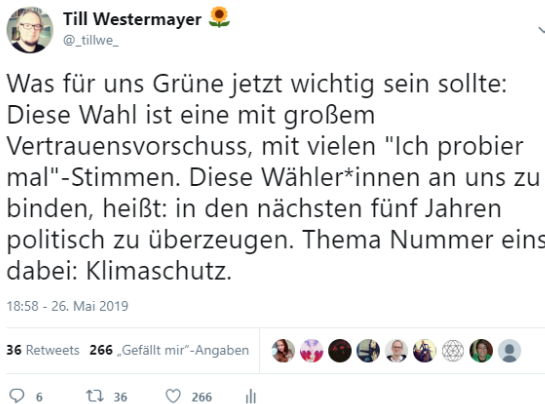
Warum blogge ich das? Als persönlichen Zwischenbericht zum Zwischenbericht ...

Kurz: Nach den Wahlen

28. Mai 2019 – So grün, so grün

Mit 20,5 Prozent bei einer bundesweiten Wahl zweitstärkste Kraft, in den großen Städten selbst in Ostdeutschland ganz vorne, weit, weit vorne bei den Jung- und Erstwähler*innen: hier ist das Wort vom Wahlerfolg mal kein Schönreden, sondern trifft auf das grüne Ergebnis bei der Europawahl zu. Und die Welle trägt auch bei den zeitgleichen Kommunalwahlen hier in Baden-Württemberg: landesweit Zuwächse, selbst in vielen mittelgroßen Städten wie Weingarten, Emmendingen oder Schwäbisch Hall stellen grüne die stärkste Fraktion, in den Hochburgen wie Heidelberg, Tübingen und Freiburg sind Grüne im Stadtrat sogar stärker als SPD und CDU zusammen.

Kurz nach den ersten Prognosen am Wahlabend hatte ich auf Twitter geschrieben:



Und das gilt auch jetzt, zwei Tage später. Im Europäischen Parlament, im Bund, in allen Ländern, insbesondere da, wo wir mitregieren, und selbstverständlich auch in den kommunalen Vertretungen, in denen jetzt Grüne gestärkt worden sind. Wir müssen jetzt liefern.

Herzkammern der Partei in der Wachstumsphase

19. August 2019 – Politik und Gesellschaft, So grün, so grün

Ich komme gerade von meiner letzten BAG-Aktivität – der Grundsatzakademie der Bundesarbeitsgemeinschaften (BAGen) von Bündnis 90/Die Grünen. Auch wenn ich seit Mai nach zwölf Jahren jetzt nicht mehr Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik bin – da musste ich jetzt doch noch hin.

Seit Freitag bis heute Mittag haben ungefähr 400 grüne Mitglieder am Werbellinsee in Brandenburg getagt. Ehrenamtlich und selbstorganisiert. Gegenstand des Ganzen war insbesondere der Zwischenbericht für das neue grüne Grundsatzprogramm, auch wenn das bei weitem nicht das einzige Thema war, das in den Plenen und Workshops hoch und runter diskutiert wurde. 2019 ging es natürlich auch um die Frage, wie radikal grüne Klimapolitik sein muss – und um das ganze Spektrum grüner Themen, von globaler Gerechtigkeit bis zur Frage, wie eine vielfältige Gesellschaft gestaltet sein kann.

Insbesondere die beiden Sprecher*innen des BAG-Sprecher*innen-Rats, Katharina Beck und Jens Parker, haben einen riesengroßen Anteil daran, dass diese Grundsatzakademie zustande gekommen ist – und dass sie von einem Geist des konstruktiven Austausches durchtränkt war.

Besonders spannend fand ich in dieser Hinsicht ein Panel u.a. mit Ricarda Lang und Jürgen Trittin zur grünen Kultur, hier zu verstehen als Organisationskultur. Das war durchaus aufschlussreich. Wer ist bei uns vertreten? Wie solidarisch sind wir als – letztlich im Medium Macht operierende – Partei? Und vor allem auch: Wie organisieren wir den Wandel, der mit dem derzeit extrem schnellen Wachstum der Mitgliedszahlen verbunden ist? Von 60.000 auf 90.000 seit der Bundestagswahl, das ist in etwa die Dimension, über die wir hier reden.

Das betrifft auch die BAGen. Ich weiß nicht, wie deren Gegenstück in anderen Parteien organisiert ist. Bei uns sind die BAGen rund zwei Dutzend Arbeitsgemeinschaft, überwiegend jeweils einem politischen The-

menfeld zugeordnet. Die BAGen arbeiten vor allem nach innen, indem sie – etwa in den drei bis vier Mal im Jahr stattfindenden Sitzungen – den Austausch innerhalb der Partei organisieren, indem sie thematische Positionierungen entwickeln oder fortschreiben, und indem sie Anträge an die Bundesdelegiertenkonferenz – also unseren Parteitag – stellen.

Das geschieht komplett ehrenamtlich. Jede BAG hat ein Budget für z.B. Referent*innen-Fahrtkosten oder Kosten für Tagungsräume. Daneben erstatten die Landesverbände den Delegierten, die an BAG-Sitzungen teilnehmen, Fahrt- und Unterbringungskosten. That's it.

Mitglieder der BAGen sind je zwei Delegierte je Land, die zumeist von Landesarbeitsgemeinschaften entsandt werden (zwei, weil wir quotieren). Dazu kommen Vertreter*innen der Fraktionen (Europa, Bund, Landtage) und der Grünen Jugend. Manchmal schauen auch Bundesvorstandsmitglieder vorbei. Zudem können in begrenztem Umfang Fachleute kooptiert werden. Die BAGen organisieren sich selbst. Unter anderem wählen sie Sprecher*innen (die sich dann wiederum im Sprecher*innen-Rat zusammen setzen, um unter anderem gemeinsame Aktionen wie die eingangs erwähnte Grundsatzakademie zu planen).

Während hier also ein Delegationsprinzip gilt – das dadurch aufgeweicht ist, dass auch BAG-Sitzungen parteiöffentlich sind – gilt das nicht für die delegierenden Landesarbeitsgemeinschaften oder Landesarbeitskreise. Größere Kreisverbände haben möglicherweise fachliche Arbeitskreise, aber selbst die größten KVs können nicht die Themenvielfalt der BAGen abbilden. In gewissem Maß gilt das auch für Landesverbände. Manche BAGen haben keine Entsprechung in jedem Land, teilweise sind Themen zusammengelegt oder anders zugeschnitten. Gerade in den Flächenländern ist die Teilnahme an LAGen zudem mit Hürden versehen: Oft finden Sitzungen am Abend statt, Tagungsorte müssen erreicht werden – eine Sitzung unter der Woche abends in Stuttgart ist mit Kosten und Zeitbedarfen versehen. Die tatsächliche Zahl an Aktiven in einer LAG ist daher oft überschaubar. Wer an diesen Sitzungen teilnimmt, macht das oft, weil er oder sie für ein Thema brennt. Und auch hier: Ehrenamt.

Die LAGen wählen dann aus ihrer Mitte Delegierte, die an den BAG-Sitzungen teilnehmen. Das ist einerseits ein interessantes Parteiamt, andererseits aber wiederum damit verbunden, einiges an Zeit zu investieren. Spesen werden erstattet, eine Aufwandsentschädigung gibt es nicht – dafür mehrere Wochenenden im Jahr mit Sitzungen und Exkursionen; in einigen BAGen gerne in Berlin, andere wandern mit ihren Tagungsorten durch die Republik.

Kurz gesagt: BAG-Delegierte sind Menschen, die Herzblut in ein bestimmtes fachliches Feld stecken, und die die Möglichkeit haben, ihre Zeit da reinzustecken. Dabei gibt es keine Konkurrenz zwischen gewählten Abgeordneten und „Basismitgliedern“, weil erstgenannte eigene Delegiertenplätze in den BAGen haben (teilweise gibt es konkurrierend zum BAG-Prinzip auch Treffen der fachlich verbundenen Abgeordneten aus Bund und Ländern, darum soll es hier aber nicht gehen). Engagement in einer BAG ist eine gute Möglichkeit, sich in der Partei fachlich einen Namen zu machen.

Es gibt sicherlich unterschiedliche Einschätzungen, wie wichtig die BAGen innerparteilich sind. Das Spektrum reicht von „besser ignorieren“ und „lästig“ bis „wertvoll“. Tendenziell sitzen in den BAGen diejenigen, die fachliche Expertise (und die Nähe etwa zu NGOs aus dem jeweiligen Feld) wichtiger finden als strategische Erwägungen. Entsprechend passt das Bild von den inhaltlichen Herzkammern der Partei, die – recht ungebunden – unsere inhaltliche Weiterentwicklung auch gegen Widerstände vorantreiben. Das zeigt sich etwa beim Blick auf Änderungsanträge zu Wahlprogrammen.¹

Um nach diesem langen Bogen wieder zurückzukommen: In einer relativ kleinen Partei funktioniert diese ehrenamtliche Säule inhaltlicher Arbeit (neben den Aktivitäten der Vorstände, der Fraktionen und der Böll-Stiftung) gut, auch wenn im Prozess, in eine BAG zu kommen, auch ungewünschte Selektionseffekte wirken. Dieser Effekte sollten wir uns

¹ Selbstverständlich kann es auch vorkommen, dass fachliche Perspektiven unterschiedlicher BAGen konfliktär aufeinander prallen – etwa in einem Feld wie der Gentechnik. Umso bemerkenswerter und wichtiger sind daher auf der Basis eines respektvollen Umgangs miteinander stehende Austauschprozesse.

bewusst sein. Geschlecht ist dabei nur ein Faktor. Was aber, wenn wir eines Tages einmal 100.000 oder gar 200.000 Mitglieder haben sollten? Wie sehen dann die Kanäle aus, mit denen das mit einer solchen Zahl verbundene Wissen in die inhaltliche Entwicklung von Bündnis 90/Die Grünen einfließt?

Diskutiert werden kann beispielsweise über digitale Tools, um Diskussionen breiter aufzustellen. Aber vielleicht lenkt das auch eher ab. Jedenfalls würde dazu auch gehören, zu klären, wie das Verhältnis zwischen BAG-internen Debatten (auf Mailinglisten oder anderen Tools) und allgemeinen parteiinternen Debattentools aussieht.

Bisher kommen in den BAGen 20, 30, bei den ganz großen vielleicht auch einmal 40 Leute zur Sitzung. Damit lässt sich kommunikativ arbeiten. Anders würde es aussehen, wenn zum Beispiel die Zahl der Delegierten insgesamt oder für die großen Landesverbände vergrößert würde. Dann würde der Charakter schnell von „runder Tisch“ zu „parlamentarische Sitzung“ kippen. Ob so etwas gewünscht wäre, müsste gut abgewogen werden.

Diskutiert werden könnte auch darüber, ob die LAGen – die in jedem Land anders aufgestellt sind – weiterentwickelt werden müssten. Wer sich fachlich interessiert, stößt schnell auf die BAG, und ist dann möglicherweise enttäuscht, wenn vor einer Teilnahme jenseits eines Gaststatus Hürden wie die Delegiertenwahl stehen. Je attraktiver und sichtbarer die LAGen sind, desto stärker dürfte auch das Interesse an einer fachlichen Mitarbeit auf Landesebene sein. Dazu gehört dann auch die (im zeitlichen Ablauf manchmal schwierige) Rückkopplung aus der BAG in die LAG.

Jedenfalls bin ich überzeugt davon, dass Bündnis 90/Die Grünen ohne diese Säule des Ehrenamts ärmer dran wären – im Hinblick auf das ständige fachliche Getriebenwerden, aber auch, weil damit ein dritter Ort der Sozialisation und Rekrutierung jenseits von Kreisverbänden und Fraktionen fehlen würde. Deswegen finde ich es – als ein Ding, das ich von der Grundsatzakademie mitnehme – wichtig, jetzt darüber nachzudenken, wie BAGen organisatorisch und kulturell weiterentwickelt werden können und müssen.

Politik an wissenschaftlichen Fakten ausrichten

Warum es sich lohnen könnte, dafür zu kämpfen

2. November 2019 – Politik und Gesellschaft, Wissenschaft

Die Stärke der neuen Klimabewegung kann aus zwei Ursachen abgeleitet werden. Das eine ist sicherlich die zunehmende Sichtbarkeit und damit Dringlichkeit des Klimawandels. Das andere ist, dass wir es hier mit wohl mit der ersten Bewegung zu tun haben, die Handlungsbedarf schlicht aus Physik ableitet. Es sind keine theoretischen Überlegungen, kein revolutionärer Überbau, es ist schlicht die gut erforschte Wirkung der Treibhausgase in der Atmosphäre mit allen Konsequenzen für das Klimasystem, die hier zum politischen Impuls verdichtet worden sind. (Natur-)wissenschaftliche Wahrheit als Grundlage einer politischen Bewegung – das ist neu. Übrigens auch im Vergleich zu der bloß behaupteten Wissenschaftlichkeit des Marxismus-Leninismus, bei dem im Kern der Argumentation eben nicht beweisbare und dem wissenschaftlichen Prozess offene Fakten lagen, sondern ein auf Sand errichtetes Gedankengebäude.

Mit Fakten lässt sich nicht diskutieren. Darin liegt die Stärke, darin liegt aber auch eine große Schwäche der Klimabewegung. Denn die bloße Feststellung, dass zur Begrenzung der Erderwärmung ein maximales CO₂-Budget für die Menschheit verbraucht werden darf, ist aber noch keine politische Handlungsanweisung. Zudem entzieht sich die naturwissenschaftliche Wahrheit auch insofern dem Politischen, als damit eine Reduzierung auf Null oder Eins nahe liegt. Das erleichtert radikale Forderungen. Entweder schafft die Menschheit – bisher kein handelnder Akteur – es, das CO₂-Budget einzuhalten, oder sie schafft es nicht, und löst damit mit hoher Wahrscheinlichkeit Kippunkte aus. Das liegt quer zum Modus des Kompromisses. Ein Treffen in der Mitte gibt es nicht, wenn 2,2 Grad Erderhitzung in ihren Konsequenzen genauso dramatisch sind wie ein Plus von drei oder vier Grad.

Der Anspruch, den die Klimabewegung an die Politik stellt, muss also zwangsläufig ein radikaler sein. Entsprechend hoch ist die Fallhöhe.

Das ist der eine Teil der Herausforderung. Der andere besteht darin, die heute notwendigen Maßnahmen, um dieses Ziel zu erreichen, zu finden und zu verhandeln, demokratische Mehrheiten dafür zu suchen und in kurzer Zeit einen Weg zu finden, das internationale Abkommen von Paris insbesondere in den zehn oder zwanzig Staaten mit den größten Treibhausgasemissionen umzusetzen.

Das historische Fenster hierfür – eine hohe Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen in der Bevölkerung, Druck von der Straße, breite Mehrheiten im Parlament – hat die Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD nicht genutzt.

Entsprechend hoch ist der Druck auf die Partei, die sich schon immer durch hohe Kompetenzzuschreibungen in ökologischen Fragen auszeichnet, also auf Bündnis 90/Die Grünen: zwischen Physik und Politik zu vermitteln, und dabei weder die Demokratie noch das Weltklima vor die Hunde gehen zu lassen – das scheint die Aufgabe zu sein, die jetzt der kleinsten Bundestagsfraktion zuwächst.¹

In dieser Situation bricht nun eine innergrüne Debatte über evidenzbasierte Politik los. Zur Unzeit?

Ich würde hier zweimal mit Nein antworten. So befinden sich Bündnis 90/Die Grünen derzeit im Prozess, ein neues Grundsatzprogramm zu erstellen. Wenn über grundlegende Werte und Haltungen gestritten werden muss, dann ist jetzt der richtige Zeitpunkt dafür.

Das zweite Nein hängt von den Ansprüchen an Konsistenz ab, die an ein Parteiprogramm gestellt werden. Pauschal ließe sich hier zwischen einem „katholischen“ und einem „protestantischen“ Ansatz unterscheiden. Leben und leben lassen, Widersprüche aushalten und vielfältige Anknüpfungspunkte im Programm bieten – oder ein von geteilten Wer-

¹ Und ja, es gibt Länderregierungen mit grüner Beteiligung, und ja, es gibt die grün-geführte Regierung in Baden-Württemberg – aber zu den Regeln des Politischen gehört eben auch, dass ein großer Teil der für das Pariser Klimaziel notwendigen Maßnahmen in Bundeskompetenz liegen würden, und das der Bundesrat ein Gremium ist, das Gesetze verzögern oder aufhalten kann, aber kaum selbst gestalterisch tätig werden kann.

ten aus gedachtes, geradliniges Programm, das in Kauf nimmt, den einen oder die andere zu verschrecken?

Real betrachtet hat der „katholische“ Ansatz hier lange gute Dienste geleistet. Parteien sind nie homogen, und Parteiprogramme spiegeln auch unterhalb des Konstrukts einer Volkspartei immer innerparteiliche Vielfalt wider. Das liegt nicht zuletzt im Prozess der Programmerstellung begründet: von einem Komitee entworfen, von einem politisch divers zusammengesetzten Vorstand eingebracht, über auf die einzelne Textstelle schauende Änderungsanträge von einem Parteitag überarbeitet – da kann kein widerspruchsfreies Textgebäude bei herauskommen.

Trotzdem möchte ich dafür plädieren, dass wir versuchen, uns diesem Ideal maximal anzunähern. Wenn die Annahme stimmt, dass die Stärke der Klimabewegung aus ihrer Wissenschaftsfundierung herrührt, und wenn ein Teil der gestiegenen Attraktivität der grünen Partei etwas damit zu tun hat, dann sollten wir zumindest versuchen, diesen Gedanken programmatisch aufzunehmen.

Das – evidenzbasierte Politik als Grundhaltung – wiederum heißt nun nicht, Wissenschaft eins zu eins in Politik umzusetzen. Wissenschaft selbst ist ein soziales System, das zwar theoretisch nur daran orientiert ist, zwischen wahr und falsch zu unterscheiden, das in der Praxis aber durch Macht, Sachzwänge, Interessen, Moden und Gewohnheiten strukturiert ist – wie jedes menschliche Handeln. Die Verfahren wissenschaftlicher Selbstverwaltung und wissenschaftlicher Kontrolle durch die *scientific community* sind gut, aber sie sind weder fehlerfrei noch frei von blinden Flecken. Trotzdem ist Wissenschaft in der Gesamtheit das soziale System, das besser als jedes andere in der Lage dazu ist, Fakten zu liefern.

Jetzt ließe sich lange darüber streiten, ob das denn für jede Disziplin so zutrifft, wo es Erkenntnisinteressen gibt, die auf die Erforschung von Gesetzmäßigkeiten abzielen, und wo es eher um – beispielsweise – Praktiken der Textexegese oder die Umsetzung von Erkenntnissen in praktische Anwendung geht. Zu kurz gegriffen wäre aus meiner Sicht ein Wissenschaftsbegriff, der auf Naturwissenschaften reduziert wird. Auch ein großer Teil der Sozialwissenschaft hat primär ein Interesse

daran, empirische Daten zu untersuchen, um verallgemeinerbare Gesetzmäßigkeiten davon abzuleiten. Auch soziale Fakten sind zunächst einmal Fakten, Versuche, eine soziale Wirklichkeit angemessen zu beschreiben und die zugrunde liegenden Zusammenhänge zu analysieren. Letztlich sind dies innerwissenschaftliche Streits, also Politik innerhalb des wissenschaftlichen Systems, aber keine extern politisch zu entscheidenden Fragen.

Politik auf Fakten zu basieren, heißt zunächst einmal, diese zur Kenntnis zu nehmen. Das ist kein einmaliger, sondern ein dauerhafter Anspruch, insofern sich der Stand der Wissenschaft fortlaufend ändern kann (und nein: das Wissen um den Klimawandel ist insgesamt betrachtet gut abgehangen, sedimentiertes Wissen – revolutionäre andere Sichten sind hier nicht zu erwarten). Die Vermittlung zwischen Politik und Wissenschaft ist Arbeit – Wissenschaftskommunikation, Wissenschaftsjournalismus, wissenschaftliche Politikberatung, oder eben auch die Auseinandersetzung mit neuen Themen im politischen Alltag in Form von Anhörungen und Fachgesprächen. Das alles ist Schnittstelle, um Politik auf Fakten basieren zu können.

Menschen nehmen die Welt und Wissen darüber selektiv wahr. Das ist gut erforscht. Deswegen muss „die Fakten zur Kenntnis nehmen“ eine bewusste Anstrengung beinhalten, offen für neue Informationen zu sein. Immer nur die eine Seite anzuhören, die die eigene Position bestätigt, wäre falsch. Genauso falsch wäre es, alle Dinge als zweiseitig anzusehen. Wenn es einen wissenschaftlichen Konsens, ein *state of the art*, eine 80-, 90-, 95-prozentige Übereinstimmung darüber gibt, welche Theorie plausibel ist und welche nicht trägt, dann wäre es völlig falsch, beide Seiten anzuhören, nur um Ausgewogenheit herzustellen. Offenheit heißt nicht, *fringe theories* hinterherzurennen.

Wissenschaft zeichnet sich durch Spezialisierung aus. Eine Physikerin ist nicht nur eine Physikerin, sondern eben vielleicht eine für Hochenergiephysik. Ein Lungenarzt ist kein Epidemiologe. Eine Biologin kann wenig über soziale Zusammenhänge aussagen. Ein Meteorologe ist kein Klimaforscher. Zur Vermittlung zwischen Wissenschaft und Politik gehört

es damit auch, die tatsächlichen Expert*innen zu identifizieren und falsche Expert*innen zu ignorieren.

Politik auf Fakten zu basieren, ist ein Anfang. Wissenschaftliche Erkenntnisse ersetzen keine politischen Entscheidungen. Mehrheiten müssen gefunden werden, in Fraktionen und Parteien, in Koalitionen und in der Bevölkerung. Interessen stehen gegeneinander. Unterschiedliche positive und negative Folgen unterschiedlicher Wege sind gegeneinander abzuwägen. Dabei hilft ein Kompass aus Grundwerten und Überzeugungen. Politische Handlungsräume im Mehrebenensystem sind begrenzt. All das macht Politik langsam, aber im besten Fall nachhaltig.

Dennoch gibt es über ein Zugrundelegen der Fakten hinaus Dinge, die Politik von Wissenschaft lernen kann. Möglichst objektive Verfahren und Kriterien am Anfang von Prozessen gehören beispielsweise dazu. Das Drama um die Vergabe der Batterieforschungsfabrik wäre erheblich weniger heftig ausgefallen, wenn nicht mitten im Vergabeverfahren die Entscheidungskriterien verändert worden wären. Allzu oft entsteht der Eindruck, dass das eigene Bundesland, der eigenen Wahlkreis ein nicht genanntes Kriterium ist, wenn es um Fördermaßnahmen geht. Auch bei der Priorisierung beispielsweise von Bauvorhaben sind politisch festgesetzte Kriterien, die vorher feststehen, hilfreich. Ohne Ermessensspielräume geht es nicht, aber auf lange Sicht ist besser vermittelbar, was nicht im Ermessen entschieden wird, sondern anhand von vorher festgelegten Maßstäben.

Zu einer Orientierung an Fakten und zu einem Entscheiden anhand von Kriterien gehört immer auch die Möglichkeit, dass Unerwartetes herauskommt, dass scheinbare Gewissheiten über den Haufen geworfen werden.

Auch Parteien sind – Stichwort soziale Fakten – soziale Gebilde. Programmatische Veränderungen brauchen Mehrheiten und lassen sich nicht von heute auf morgen durchboxen. Wer an Wissenschaft orientierte Politik in einer Partei machen will, muss das wissen. Sonst überwiegt hier schnell die Enttäuschung. Dennoch glaube ich, dass es sich

lohnt, für eine evidenzorientierte Politik zu kämpfen. Gerade auch bei Bündnis 90/Die Grünen.

Warum blogge ich das? Das Thema geht mir schon seit einiger Zeit² durch den Kopf. Ein Auslöser für diesen Blogbeitrag ist ein Anfang Oktober in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung erschienener Essay von Andreas Frey, der heute noch einmal in der Badischen Zeitung veröffentlicht wurde. Eine Grundlage für diesen Essay ist ein von Paula Piechotta und mir 2018 geschriebener Diskussionsbeitrag für den Grundsatzprogrammprozess, eine andere der Homöopathie-Antrag für die BDK in Bielefeld. In diesem Essay finden sich auch Zitate von mir – aus einem längeren Gespräch mit Herrn Frey herausgenommen und hier leider recht platt und polemisch verpackt. Richtig glücklich bin ich damit nicht, denn dass eine an Wissenschaft orientierte Politik nicht einfach ist, wird dabei nicht so richtig klar. Deswegen dieser Text.

² <https://bag-wht.de/was-gruene-ueber-wissenschaft-wissen-sollten-aber-nie-zu-fragen-wagten/>.



Zwanzig Jahre Campusgrün: ein Blick auf den Anfang

23. November 2019 – Hochschulpolitik, So grün, so grün

Allerorten finden derzeit grüne Jubiläumsveranstaltungen statt. Im September wurde die Landespartei vierzig, im März wird die Landtagsfraktion feiern, und auch die Bundespartei hat nächstes Jahr ihren vierzigsten Gründungstag. Halb so alt – und Zwanzig ist auch ein Grund für Feiern und Reflektionen – ist Campusgrün, das Bündnis grüner und grün-naher Hochschulgruppen.

Als Mitglied des Gründungsvorstands durfte ich gestern in Berlin bei der Bundesmitgliederversammlung dabei sein und ein bisschen was aus den ersten paar Jahren des Verbandes berichten. Ein gemeinsames Motiv der Exvorstände aus verschiedenen Jahrgängen, die gestern dabei waren (Patrick Luzina, Luisa Schwab, Philipp Bläss, Ricarda Lang), war übrigens der Weg in die Hochschulpolitik: ganz oft spielten Studistreiks dabei eine große Rolle – und wo das nicht der Fall war, politisierte die Hochschulgruppenarbeit und wurde zum Sprungbrett in grüne Politik hinein.

Thematisch zeigte sich eine interessante Debattenkontinuität – darauf wies auch Kai Gehring als Hochschulpolitischer Sprecher der grünen Bundestagsfraktion hin. Er nannte zehn zentrale Hochschulpolitik-Themen – und zumindest Studiengebühren und Studienfinanzierung, Hochschulfinanzierung und Studienreform (Bologna, seit 1998!) sind Themen, die eben auch 1999 schon auf der Agenda standen.

Campusgrün heute ist größer, professioneller – es gibt eine organisatorische Geschäftsführerin und ein Bildungswerk – und in gewisser Weise auch allgemeinpolitischer, als wir es damals waren. Micha Kellner, der für den Bundesvorstand der Partei gratulierte (und seinen politischen Weg in der Grünen Hochschulgruppe Potsdam begonnen hat) stellte die mit dem Zwischenbericht zum Grundsatzprogramm verbundenen Wertedebatten vor, warb für Diskussionen dazu an den Hochschulen – und musste sich im Anschluss einer Debatte stellen, die von Hongkong bis zur Sicherheitspolitik reichte, in der es um Schuldenbremse, Gleichheit und Hartz-IV ging, und in der auch heftig darüber gestritten wurde, ob und unter welchen Umständen lagerübergreifende Koalitionen erlaubt sein könnten. Manche Diskussionsbeiträge erschienen mir dabei ein bisschen schablonenhaft, andere sehr ehrlich und authentisch – aber vielleicht gehört auch dieses Spektrum zur politischen Sozialisation an Hochschulen dazu. Zugleich sind Studierendenparlamente und ASten auch Orte, an denen politisches Handwerkszeug und ein gewisser Pragmatismus gelernt werden können.¹

Anlässlich der Veranstaltung hatte ich noch einmal auf meiner Festplatte und in Ordnern geguckt, und dabei nicht nur einige alte Dokumente gefunden – unter anderem einen Brief (nein, ein Fax), in dem die damalige „Bundeskoordination grüner und grün-naher Hochschulgruppen“, der Vorgänger des 1999 gegründeten Verbandes, die damalige Grünevorsitzende Gunda Röstel um finanzielle Unterstützung bat, sondern auch meine eigenen Tagebuchaufzeichnungen aus 1998/1999. (Erstaunlich, wie jung ich mit 23 war ...)

¹ Aus meiner eigener Erfahrung: mit dem zu dem härtesten, was mir politisch begegnet ist, gehören bis spät in die Nacht reichende fzs-Mitgliederversammlung, bei denen mit allen Bandagen gerungen wird ...

Wie war das 1998? Kohl war gerade abgewählt worden, die rot-grüne Regierung neu im Amt. Die Grüne Jugend (damals noch Grün-Alternatives Jugendbündnis – GAJB) gab es seit einigen Jahren, ebenso Hochschulgruppen an vielen Orten, nur lose verbunden in einer „Bundeskoordination“ ohne Mandat. Das Bundesbildungsministerium war in SPD-Hand, Edelgard Bulmahn als Ministerin zeichnete sich durch einen gewissen Reformeifer aus. Eine Bafög-Reform stand an, die Studienggebührendebatte stand im Raum, ... und eine Struktur, um diese Debatten gebündelt zu beeinflussen, fehlte. Matthias Berninger als junger Bundestagsabgeordneter vertrat nicht unbedingt die Position der Hochschulgruppen, die Bundesarbeitsgemeinschaft mit Sabine Kiel an der Spitze wirkte eher nach innen.

Vom 4.–6. Dezember 1998 (in einem gewissen Sinne ist Campusgrün also schon 21 Jahre alt ...) fand in Siegen ein Treffen der grünen und grün-nahen Hochschulgruppen statt, das der Vorbereitung einer Verbandsgründung dienen sollte. Ich war damals Umweltreferent im u-asta, wenn ich mich recht entsinne, und arbeitete in Freiburg in einer Gruppe Grün-Alternativer Studierender (GRAS) mit, die im undogmatischen Fachschaften-AStA dabei war. Zu Siegen hatte ich mir damals notiert:

„Dort [in Siegen] liegt noch viel mehr Schnee als in Freiburg, kälter ist es außerdem. Habe lange überlegt, ob ich hinfahre, fahre schließlich hin. [...] Kulturcafe des Siegener RCDS-LHG-Unabhängige AStA [...]

Es sind ziemlich viele Leute da (na ja, 20 oder so), von denen ich nur einige kenne (D.T., O.L., O.P., S.Sch., ...). Nach dem Abendessen (Essen und Rahmenprogramm gibt es ausführlich) diskutieren wir mit Sigrid Metz-Göckel über die Internationale Frauenuniversität.

Die HBS [Heinrich-Böll-Stiftung] ist auch da.

Danach gibt es eine lokale Band, die einigermaßen gut ist [...] Leider bin ich zu krank, um die Musik wirklich genießen zu können. Und den vielen Schnee ringsum (die Uni liegt auf einem Hügel über Siegen und sieht – typische

70er Jahre Architektur – eher wie eine Fabrik aus) finde ich auch eher zuviel ...

Übernachtung in der Turnhalle, geht so.

Der Samstag widmet sich dann – nach einem Gespräch mit Sabine Kiel, Berninger konnte/wollte nicht – der Debatte über die Verbandsgründung. Die Vorbereitung ist alles andere als gut, es wird schnell sehr grundsätzlich, konkrete Entwürfe etc. liegen nicht vor ... Kleingruppen sollen dieses Problem lösen – unsere Gruppe besteht vor allem darin, daß M. aus Trier und ich uns darüber zoffen, ob mensch Hierarchien, Verbänden etc. überhaupt trauen darf. [...] Andere Gruppen erarbeiten tatsächlich inhaltliche oder formale Eckpunkte. [...]

M. beeindruckt mich dadurch, daß sie genau weiß, was ihre Grundsätze sind, aber gar nicht das Ziel hat, diese durchzusetzen – weswegen sie sich auch in der Lage sieht, problemlos ihre Gruppenmeinung (kein Verband) zu vertreten, auch wenn sie selbst einen Verband durchaus befürwortet. [...]

Sonntag morgen dann der Versuch, gemeinsame Eckpunkte zusammenzufassen, was mehr oder weniger gut gelingt. Es wird eine neue Bundeskoordination gewählt, in die ich auch reingerate (ich hatte den Satz angefangen mit „Ich will nicht in die Buko, aber gerne an den Strukturen für den Verband mitarbeiten“, was als Kandidatur gewertet wurde). Der BuKo kriegt den Auftrag, Satzungen und Modelle auszuarbeiten und alles zur Bildung einer festeren Struktur vorzubereiten. Danach dann Treffen der frisch gewählten fünfköpfigen BuKo (Lena, Kerstin, Daniel, me, Jörg).“

Neben der lokalen grünen Arbeit im Kreisverband und der hochschulpolitischen Arbeit im u-asta war ich damit also im Gründungsteam für den Verband. Noch weitgehend ohne Handys, mit E-Mail und dem einen oder anderen Fax und Telefonat versuchten wir, die Verbandsgründung „aus dem Nichts“ durchzuführen. Am Gründungstreffen – der nullten Sitzung – des Verbandes vom 4. bis 6. Juni 1999 in München nehmen zehn Grup-

pen teil. Beschlossen wird dort nach langen Diskussionen die Satzung und auch der Name – mit knapper Mehrheit entscheidet sich die Versammlung für „Bündnis grün-alternativer Hochschulgruppen“ als Bezeichnung. Das schmissigere „Campusgrün“ taucht erst einige Jahre später auf (wobei die Website und die Mailadresse spätestens seit 2002 campusgruen.de lautete). Politisch zeigt sich inzwischen, dass das rot-grüne Projekt nicht nur golden glänzte, sondern seine eigenen Untiefen hat.

Im Vergleich zum gemütlichen Freiburg beeindruckte mit München.² Nochmal aus meinen Tagebuchaufzeichnungen:

„Wie abgesprochen lasse ich meine Info-Vorlesung ausfallen und fahre früh nach München. [...] Auf dem riesigen Münchener Hbf hatten wir zwar einen Treffpunkt vereinbart, doch treffe ich dort erstmal nur B. und kurz darauf auch K. Wir warten ziemlich lange auf D., der nicht kommt, und fahren dann in die Studentenstadt. Nach Zwischenstopp im Copyshop kommen wir dort an. Es dauert eine Weile, bis wir das richtige Haus und dann dank Bj. auch einen Schlüssel dafür finden. Schließlich treffen wir auch D. Letzte organisatorische Vorbereitungen, dann Stadtbummel [...]

Abends trudeln nach und nach die Leute ein – leider sind es deutlich weniger als erwartet – und es geht los mit dem inhaltlichen Teil. Das spannendste daran ist für mich das Referat von Margarete Bause vom bayerischen grünen Lavo (Soziologin) über Wissenschaft und Gesellschaft.

Nachts dann gemeinsam nach München, Besuch zwar nicht des Hofbräuhauses, sondern nur des etwas weniger prominenten Augustinerkellers (riesige Ausmaße, sehr typisch) und eines Biergartens (bis zwei Uhr oder so), einige gehen danach noch in die Disko.

Am Samstag morgen Frühstück, dann fängt das eigentliche Bundestreffen an. K. leitet die langwierige Satzungsdebatte, nach fünf oder sechs Stunden haben wir

² Ich nehme an, dass es das erste Mal war, dass ich dorthin gefahren bin – Politik, insbesondere Bundespolitik, hat viel mit Reisen zu tun ...

dann eine runde Satzung und stimmen dieser auch zu. Alle anwesenden zehn Hochschulgruppen treten dem neuen Verband bei – der in einem aufwendigen Verfahren den Namen „Bündnis grün-alternativer Hochschulgruppen“ erhalten hat. GHG-Bündnis ist meine interne Abkürzung dafür, mal sehen, ob ich sie durchsetzen kann ... Ich bin mir noch nicht sicher, ob ich kandidieren soll oder nicht.

Abends geht es mit der Gründungsversammlung weiter, lange Debatte über den Krefelder Aufruf des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren, danach dann Arbeitskreise (in einer Kneipe auf dem Dach eines der vielen Betonklötze, die die Studentenstadt München bilden und von oben ganz interessant aussehen). Blick auf das nächtliche München, nett. Nur der AK läuft erstmal nicht so toll, drei Debatten parallel, kein Fokus. Wir trennen uns, die Clique um J., R. und D. diskutiert Strukturen, K., L. und ich mit B. und den Hamburgern überlegen, wie das Arbeitsprogramm aussehen könnte. Nach den offiziellen Arbeitsgruppen findet dann noch eine schreckliche inoffizielle Runde statt [...] um den Vorstand auszumuscheln – ach nee, den Sprecherinnenrat.

„Mehrheiten müssen organisiert werden“ – ich finde das ganze etwas überdosiert für einen Verband, der sich gerade gegründet hat. Die Bösen sind die Hamburger und Münchener [...] Mir wird klar, wie verbohrt manche linke Zirkel inzwischen sind (die Ergebnisse aus Dortmund am nächsten Tag passen gut dazu). Im Endeffekt ist die Vorstandsdebatte ergebnislos, es wird wohl mehr Kandidaten als Plätze geben. Und D. wird nicht Schatzmeister (schade).

Sonntag fängt gut an, auch wenn das Wetter schlechter geworden ist. Arbeitsprogramm, lange Debatten über dieses und jenes, ... schließlich die Wahlen zum SprecherInnenrat. Unerwartet kandidiert auch C. (aus Lüneburg), und schafft es dann sogar, R. rauszuwerfen.“

Damit fängt die Verbandsgeschichte von Campusgrün dann richtig an. Die erste ordentliche Bundesversammlung findet im November 1999 in Hamburg statt, zwanzig Leute auch acht Gruppen und Gäste u.a. von den Juso-Hochschulgruppen diskutieren über Studienfinanzierung, über ein Arbeitsprogramm und beginnen mit der Debatte über ein Grundsatzpapier. Es gibt politische Konflikte – wie in der ganzen Partei, die Nähe/Haltung zu den Grünen ist immer wieder ein Thema. Und eine Finanzordnung wird auch beschlossen. In der 2. ordentlichen Bundesversammlung (8.–9. Juli 2000) können wir dann über die inzwischen erfolgte Anerkennung durch die Partei berichten. Mit Matthias Berninger wird über das Bildungskontenmodell diskutiert, das – ganz der neoliberale Zeitgeist – die Fraktion erarbeiten will.

Auf der 3. ordentlichen Bundesversammlung in Würzburg wird aus dem SprecherInnenrat ein Bundesvorstand. Der Verband hat inzwischen eine Website und wurde im Schrägstrich, dem damaligen Magazin der Partei vorgestellt. Inhaltlich geht es unter anderem um eine Reformdebatte für den fzs. Die Hürden der rein ehrenamtlichen Arbeit werden deutlich, etwa im Hinblick auf die Bearbeitung von Finanzanträgen. In den folgenden Bundesversammlungen geht es u.a. um das Welthandelsabkommen GATS, um Öko-Aktionen der einzelnen Gruppen, aber auch um eine Selbstverständnisdebatte zur „Zukunft grün-alternativer Hochschulgruppen“. Immer wieder als schwierig erweist sich die Einhaltung der eigentlich vorgesehenen Quotierung.

Ich bleibe bis November 2002 Mitglied des Vorstands, das letzte halbe Jahr als Sprecher des Vorstands zusammen mit Christine Scholz. Auf der 6. Mitgliederversammlung im November 2002 in Karlsruhe geht es insbesondere um die Koalitionsverhandlungen und um Forderungen an die Regierung Schröder II. Vorher wurde auf der Wahlprogramm-BDK erfolglos für eine klare Absage an Studiengebühren geworben und den Delegierten ins Gewissen geredet (siehe Flyer rechts). Im „Vier-Jahres-Papier“ mit Forderungen an die Regierung heißt es u.a. kritisch:

„Sofern sie nicht zwischen den Zeilen versteckt sind, verzichtet der Koalitionsvertrag [...] auf grundlegende [hochschulpolitische] Reformprojekte genauso wie auf Informa-

tionen zur konkreten Ausgestaltung der recht wolkig beschriebenen Ziele. Statt dessen werden eher Themen genannt, an denen gearbeitet werden soll, während prinzipiell der Status quo erhalten bleibt.

Wir fordern die Koalition auf, ihre Hochschulpolitik in Zusammenarbeit mit den studentischen Verbänden weiter zu entwickeln. Insbesondere muss der fzs stärkere Beachtung erfahren. Als Bündnis grün-alternativer Hochschulgruppen wollen wir die Kommunikation mit Fraktion und Partei verbessern.”



Politische Schwerpunkte des Papiers sind die Dauerbrenner: Qualität der Hochschulen, Internationalisierung, Frauenförderung, die nach der Bulmahn-Reform verschlimmbesserte Arbeitssituation an den Hochschulen, Lebensunterhaltsfinanzierung, Hochschulfinanzierung durch den Bund, Studiengebühren, die Frage der politischen Vertretung der Studierendenschaften sowie der „ökologische Umbau der Hochschulen“.

2002 liegt mein Studium schon zurück, ich arbeite inzwischen in einem Drittmittelprojekt an der Uni als wissenschaftlicher Mitarbeiter, bleibe der Hochschulpolitik aber weiter treu – als baden-württembergischer Delegierter für die BAG Wissenschaft, Hochschule und Technologiepolitik von Bündnis 90/Die Grünen, ab 2007 bis 2019 als BAG-Sprecher und ab Herbst 2011 bis Ende 2018 als Parlamentarischer Berater für Wissenschaft, Forschung, Kunst und Medien in der baden-württembergischen Landtagsfraktion.

Die oben genannten Themen tauchen dabei immer wieder auf. Mit der Digitalisierung aller Lebensbereiche, mit einem Blick auf Diversität und Heterogenität sowie mit dem Umbau der Hochschulfinanzierung durch die Exzellenzinitiative kommen neue Felder dazu. Wissenschaft-

lichkeit als Wert an sich ist für die Partei eine Neuentdeckung, die erst in diesem Jahrzehnt ihre Wirkung entfaltet. Daneben geht es aber seit zwanzig Jahren immer und immer wieder um Geld: Wie kann eine auskömmliche Lebensunterhaltsfinanzierung für Studierende aussehen? Wie kommt die Grundfinanzierung der Hochschulen in angemessener Höhe zustande? Und wie halten Grüne es – in Pendelbewegungen zwischen vorsichtiger Zustimmung und deutlicher Ablehnung – mit Studiengebühren, Studienkonten und ähnlichen Instrumenten.

Insofern ist es gut, dass Campusgrün ein Verband mit hohem „Durchlauf“ ist, und immer wieder neue Generationen sich neu mit diesen Themen auseinandersetzen. Für einige ist Campusgrün der Startpunkt für eine politische oder berufliche Karriere im grünen Umfeld geworden. Andere haben hier (und in studentischen Gremien) einiges über die Innenseite von Politik gelernt – hilfreich, wichtig und nützlich auch in ganz anderen Feldern. Insofern ist es gut, dass aus dem am Anfang um Arbeitsfähigkeit und Akzeptanz ringenden Verband heute eine breit aufgestellte Organisation geworden ist, die eine Stimme im grünen Kontext erheben kann. Herzlichen Glückwunsch – und weiter fruchtbare Diskussionen!

Warum blogge ich das? Um das eine oder andere für die Veranstaltung gestern recherchierte dem Netz anzuvertrauen.

Digitales Leben, Medien, Technologiepolitik



Pass auf, was du dir wünschst

Politische Netzkommunikation und die Verteidigung der Gegenöffentlichkeit

20. Januar 2017 – Digitales Leben, Politik und Gesellschaft

Pass auf, was du dir wünschst. Neben diversen direktdemokratischen Utopien des Alle-stimmen-jederzeit-über-alles-ab gehörte zu den Projektionen, die Ende der 1990er Jahre auf das damals frisch aus dem Ei geschlüpfte „World Wide Web“ geworfen wurden, auch die Idee, dass es sich hierbei um das erste demokratische Massenmedium handeln könnte.

Jede und jeder würde seine eigene Seite ins Netz stellen können. Es würde direkte, niederschwellige Rückkanäle geben, so dass eine Kommunikation ohne institutionelle Hürden möglich wäre. Journalistische Gatekeeper würden ihren Job verlieren, weil sie in Zeiten der direkten Kommunikation nicht mehr gebraucht würden. Die Zeitung würde täglich personalisiert ausgeliefert werden. Idealerweise würde alles direkt kommentierbar werden, jede Website zum Ort des gesellschaftlichen Diskurses werden. Und selbstverständlich würde nur noch die Kraft der Argumente ohne Ansehen der Person zählen. Schließlich wäre alles sofort überprüfbar. Vorurteile würden in der textbasierten Kommunikation ausgeblendet.

So wurde das „damals“ gedacht. – Es kam genauso, und doch anders, und wahrscheinlich hätten schon die Flamewars und Diskussionskulturen im Usenet, in Chatrooms und in Mailboxforen als Vorzeichen dafür gesehen werden müssen. Trolle, Flames,¹ anonyme Beleidigungen und *hate speech*, ja selbst Diskussionen darüber, wie mit „Bots“ umzugehen ist – all das sind keine neuen Phänomene, sondern Standardmotive der Netzethnographie. Für die jüngeren Leser*innen: vor dem World Wide Web fand Netzkommunikation zu einem großen Teil im Usenet (und ähnlich in Mailboxsystemen) statt, einer Reihe per Mail bedienbarer, thematisch sortierter Diskussionsforen. Für die historisch Interessierten bietet das WZB-Projekt Kulturraum Internet² hier eine Vielzahl von Fundstellen aus einer längst vergrabenen Vergangenheit.

Und heute? – Der personalisierte Medienblumenstrauß nennt sich Filterblase oder Echokammer, perfektioniert im Zusammenspiel von Algorithmen und eigenen Präferenzen. Die Konsequenz, dass jede nur noch wahrnimmt, was sie immer schon interessiert, war nicht geplant, ist aber real. Gatekeeper sind orientierungslos, und über die gegenwärtigen Aufgaben von Journalist*innen wird heftig diskutiert.

Allgegenwärtige Kommentierbarkeit – sei es bei Facebook, sei es in den Foren und Leserspalten der weiterhin relevanten Massenmedien – kann

¹ [https://de.wikipedia.org/wiki/Flame_\(Netzkultur\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Flame_(Netzkultur))

² <https://duplox.wzb.eu/texte/>

zwar zu interessanten Diskussionen führen, durchaus auch im Sinne demokratischer Meinungsbildung. Oft aber ist es doch eher Jauchegrube, was einem da entgegenschwappt. Statt der Kraft der besseren Argumente zählt das Beharren auf ganz eigenen Wahrheiten, die richtig sein müssen, gerade weil die großen Medienmacher sie verschweigen.

Auch hier hat sich das historische Segel gedreht: die linke Gegenöffentlichkeit der 1970er und 1980er Jahre mit Flugblättern, Zeitungsprojekten und Bürgerradio wird jetzt von rechts-außen propagiert, im technisch erneuerten und viel einflussreicheren Gewand.³

Was es nicht mehr gibt, aber da hat auch schon die Öffnung hin zum Privatrundfunk ihren Anteil, ist das die öffentliche Meinung dominierende Fernseh-Kaminfeuer. Natürlich gibt es nach wie vor hegemoniale Diskurse (oder solche, denen Hegemonie unterstellt wird). Aber diese sind nicht mehr notwendig in den großen Medien verankert. Gerade die rechtsextreme Seite versteht es inzwischen ganz wunderbar, Meinung zu machen, Gegenhegemonien entstehen zu lassen (das geht auch ohne Social Bots) und überhaupt den Eindruck zu erwecken, dass es ganz normal ist, dass die Welt sich um krude Thesen einer 15-Prozent-Partei dreht. Und ja: die Demokratisierung medialer Kommunikation im Netz, auch die hat ihren Anteil daran.

Soweit also Ernüchterung. Auch wenn die Plattformen nicht notwendigerweise gleich bleiben werden, so ist doch dieser neue Modus der Netzkommunikation in der Welt, und wird auch durch Anti-Fake-News-Kampagnen, öffentlich-rechtliche soziale Netzwerke oder was der Ideen mehr sind nicht mehr einzufangen sein. Und Trump ist ihr Präsident.

Was heißt das jetzt für die Zukunft? Die hegemoniale Suggestivität des Rechtsrucks sollten wir nicht einfach glauben. Jedenfalls passen Meinungsumfragen (etwa zur gefühlten Sicherheit) nicht zu dem, was immer wieder und immer wieder erzählt und weitergegeben wird. Es gibt keinen Automatismus, an dessen Ende das machtlose Schliddern in

³ Nicht, dass der mediale „Mainstream“ tatsächlich so linksliberal und einheitlich wäre, wie AfD und Co. das gerne suggerieren – nur brauchen sie dieses Feindbild, um sich als Träger der Wahrheit inszenieren zu können, etwa in den großen Fernsehtalkshows oder in FAZ-Kommentaren.

eine AfD-Diktatur steht. Egal, wer das wie oft behauptet. Aber auch das Gegenteil ist falsch. Denn harmlos ist es nicht, was hier passiert.

Vielleicht trägt die Diagnose, dass wir – wer auch immer das ist: die Progressiven, die guten Menschen, die offenen und zukunftsgerwandten – uns zu lange darauf ausgeruht haben, dass ja offensichtlich alle so denken wie wir. Die von uns gelesenen Zeitungen, die von uns gehörten Radiosender haben das bestätigt, und die langsam heran kriechende rechte Gegenöffentlichkeit im Netz haben wir lange nicht bemerkt. Und überhaupt: Merkel war schon irgendwie ok.

Das aber würde heißen, dass es jetzt höchste Zeit dafür ist, erstens wahrzunehmen, dass es eben nicht als gegeben hingenommen werden kann, dass schon alle anderen ungefähr von denselben Idealen überzeugt sind wie wir selbst. Vielmehr muss um das Bessere gekämpft und dafür geredet werden.

Nur die besseren Argumente zu haben, hilft hier überhaupt nicht. Die müssen auch gesagt – und gehört! – werden. Und sie müssen überzeugen – sachlich, aber auch emotional, auf kommunikativen Beziehungsebenen, im Sinne einer Anschlussfähigkeit an vorhandene Vorstellungen davon, wie die Welt funktioniert. Denn auch diese Kommunikation hat ihre ganz unterschiedlichen Ebenen. Und sie hat ihre ganz unterschiedlichen Arenen, angefangen davon, im direkten Kontakt dafür stehen, wovon wir überzeugt sind, egal ob in der Kassenschlange beim Bäcker oder „auf Facebook“.

Das heißt aber zweitens auch, wahrzunehmen, dass es wieder und weiterhin eine wichtige Aufgabe ist, Öffentlichkeit herzustellen und zu organisieren. Das betrifft eben nicht nur die „klassischen“ Kanäle, die Zeitungen, Radiosender und Fernsehtalkshows (hey, wie wäre es, hier mal ganz innovative Konzepte aus den 1960ern neu auszuprobieren, liebe Rundfunkanstalten?), sondern auch die Frage, wie Öffentlichkeit im Netz hergestellt werden kann. Vielleicht ist dazu auch ein neues Nachdenken darüber notwendig, was „Kampagnen“ sind, wie „Bewegung“ funktioniert, und was die Faktoren sind, die „Viralität“ und „memetische Anschlussfähigkeit“ begünstigen. Oder einfacher gesagt: was lässt sich Trollen, Bots und Hassfabriken entgegensetzen, nicht in

Form einer kräftezehrenden und letztlich nur zu verlierenden Auseinandersetzung im Einzelfall, sondern als linke, progressive Bewegungsöffentlichkeit? Und wer kümmert sich darum? (Dahinter stehen dann auch Fragen danach, wer eigentlich die Bewegung zu dieser Öffentlichkeit ist, wer diese organisiert und wer sich darum kümmert ...)

Das, was Christoph Kappes mit *Schmalbart*⁴ vor hat, passt hier ganz gut herein. Allerdings glaube ich, dass der Abwehrkampf zwar dringend notwendig, aber nicht hinreichend ist. Letztlich geht es um die Frage, wer die Agenda bestimmt, und darum, wessen Zukunftsvorstellungen in den Diskurs geworfen werden. Hier braucht es was Eigenes, meine ich. Und das heißt eben auch, mit eigenen, optimistischen Zukunftsvisionen in die Vorhand zu kommen, statt in erster Linie den Ablenkungsmanövern von rechts hinterher zu rennen.

Drittens finde ich es richtig, dass es jetzt Debatten darüber gibt, wie weit das, was sich als Presserecht entwickelt hat, auch auf Netzkommunikation Auswirkungen haben muss. Ein Recht auf Gegendarstellungen beispielsweise gibt es ja aus Gründen – und diese Gründe fallen nicht weg, nur weil die Organisation „Zeitungsredaktion“ durch ein fluides Netz des Teilens und Weitergebens ersetzt wird. Mit Blick auf Plattformen und deren Charakter als halbes Massenmedium ohne Verantwortung wird es knifflig – die Fake-News-Kommentierungsinitiative von Facebook ist hier ein erster, noch etwas hilfloser Schritt. Jedenfalls scheint mir hier eine medienpolitische Herausforderung zu liegen, die jetzt tatsächlich angegangen werden muss, wenn wir diskursive Räume erhalten bzw. schaffen wollen. Das betrifft auch die Frage nach der (straf-)rechtlichen Verantwortung von Menschen, die im Netz Hass verbreiten.⁵

Zusammengefasst: Die Erfindung der Netzkommunikation ist nicht rückholbar. Aktuell erfüllt sie nicht die utopischen Hoffnungen, die darauf projiziert wurden, sondern scheint eher zum Werkzeug einer rechten Gegenöffentlichkeit – sagen wir ruhig: rechter Propaganda – zu werden. Wenn wir diskursive Räume in der Gesellschaft behalten wol-

⁴ <https://www.zeit.de/kultur/2017-01/schmalbart-breitbart-fake-news-rechtspopulismus-fakten-10nach8>

⁵ Apropos Plattformen: auch Youtube ist so eine Plattform ...

len, bedeutet das einen dringenden Handlungsbedarf. Individuell, für kampagnenfähig kommunizierende Organisationen der progressiven Seite, aber auf für die medienpolitische Frage, wie Öffentlichkeit reguliert werden soll, um Meinungsfreiheit ohne Klima der Einschüchterung, des Hasses und der Faktenferne zu verteidigen.

Daneben gibt es noch eine zweite Debatte, die auch geführt werden muss. Diese ließe sich mit dem Schlagwort vom Strukturwandel der Medienindustrie benennen. „Zeitungssterben“ und die Konzentration auf wenige Medienhäuser, Angriffe von rechts auf die öffentlich-rechtlichen Anstalten (aber auch ein über weite Strecken flaches Programm), die Frage, wie weit Rundfunk sich überhaupt ins Netz begeben soll, die Konkurrenz der Streaming-Angebote, die Werbefinanzierung usw. usf. Vielleicht auch deswegen, weil Medienpolitik in Deutschland größtenteils Ländersache ist und viel über Staatsverträge geregelt wird, nehme ich in diesem weiten Feld aktuell eher ein relativ ungerichtetes Herumwursteln war, und noch lange keine geordnete Debatte über die langen Linien, die den Rahmen für die Medienezukunft zwischen Medienkonzernen, Plattformbetreibern und einer demokratischen Öffentlichkeit setzen. Auch hier gibt es also Handlungsbedarf.

Warum blogge ich das? Weil mich das umtreibt, gerade weil ich mich seit Ende der 1990er Jahre damit auseinandersetze, wie Netzkommunikation politisch genutzt wird und politisch genutzt werden kann.

P.S.: Medienstrategie der AfD⁶.

⁶ <https://www.tagesspiegel.de/politik/afd-macht-geplante-provokationen-zur-medi-enstrategie-5488894.html>



Warum das mit dem Digitalisierungsministerium nicht so einfach ist

13. Juni 2017 – Digitales Leben, Politik und Gesellschaft

Vor acht Jahren war die Forderung nach einem Internetministerium eine der zentralen Ideen der Piratenpartei.¹ 2013 kam dann die FDP auf dieselbe Idee (na gut, und andere auch Grüne und CDU² und einzelne Stimmen aus der SPD auch). Faktisch gab's dann Dobrindt und eine ganze Reihe weiterer Digitalisierungsminister*innen in der Großen Koalition³ (die sich zum Beispiel in diesen Tagen zum DE.DIGITAL-Gipfeltreffen⁴ trafen). Viel heraus gekommen ist dabei – meiner Meinung nach – nicht.

¹ <https://taz.de/Regierungsprogramm-der-Piratenpartei/!5155785/>

² <https://www.heise.de/news/Netzpolitiker-streiten-ueber-kuenftigen-Internetminister-1886771.html>

³ <https://netzpolitik.org/2016/digitale-agenda-die-angst-eine-datenkolonie-der-asia-fen-zu-werden/>

⁴ <https://bmds.bund.de/aktuelles/eu-summit>

Für den anlaufenden Wahlkampf 2017 wärmt die FDP das Thema jetzt wieder auf. Und liegt, meine ich, daneben.

Definitiv richtig ist die Feststellung, dass Digitalisierung ein zentrales Thema auch der kommenden Jahre bleiben wird. Das ist mehr als klassische Wirtschafts- und Innovationspolitik, nicht deckungsgleich mit einer Breitbandausbauinfrastrukturpolitik, und teilweise etwas ganz anderes als das, was lange unter dem Label „Netpolitik“ diskutiert wurde. Auch im grünen Wahlprogrammmentwurf (wir werden am Wochenende darüber diskutieren) finden sich einige Aussagen zum Thema Digitalisierung und Netpolitik; sogar gleich in zwei eigenen Unterkapiteln („Wir machen das Internet frei und sicher“ im Bürgerrechtsteil und „Wir gestalten die Digitalisierung“ bei Wirtschaft, Arbeit, Soziales).

Hilft da nun ein eigenes Ministerium? Naja, formal ist Dobrindt ja Digitalisierungsminister. Geholfen hat es nicht so furchtbar viel.

Oder, um Baden-Württemberg anzuschauen, wo ich mich noch etwas besser auskenne: Da gibt es seit 2016 das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration mit dem Digitalisierungsminister Strobl (CDU) und dem Chief Information/Digitalization Officer Krebs. Direkte Kompetenzen hat dieses Ministerium für e-Government und Verwaltungs-IT, für die am Rande relevanten Sicherheitsbehörden (und damit auch für Themen wie Cybercrime) sowie – als neu dazugekommene Zuständigkeit – für den Breitbandausbau. Zudem ist der stellvertretende Ministerpräsident Strobl zugleich auch der Vorsitzende des Kabinettsausschusses Digitalisierung.

Sind e-Government, Verwaltungs-IT, Cybercrime und Breitband die zentralen Digitalisierungsthemen auf Landesebene? Nein – sicherlich nicht. Es gibt gute Gründe dafür, dass alle Landesministerien im Kabinettsausschuss Digitalisierung vertreten sind, und ihre jeweils eigenen Digitalisierungsschwerpunkte setzen. Ein wenig mehr Bündelung täte gut (und kommt mit der in Arbeit befindlichen Digitalisierungsstrategie digital@bw), aber Digitalisierung ist halt auch digitale Bildung inkl. Medienkompetenz, Wirtschafts- und Innovationsförderung, digitale Lehre an den Hochschulen, Forschungsförderung, Telematik und autonomes Fahren, Telemedizin und „digital health“. Und in einem grün geführten

Land stehen selbstverständlich auch die Nachhaltigkeitspotenziale der Digitalisierung mit auf der Agenda. Entsprechend gibt es gute Gründe dafür, dass die Kultusministerin und die Wirtschaftsministerin, die Wissenschaftsministerin und der Verkehrsminister ebenso wie der Umweltminister (und der Ministerpräsident) etc. etc. mitreden, wenn es um die Gestaltung der Digitalisierung in Baden-Württemberg geht.

Dass das so ist, ist kein Wunder – schließlich sind Computer Universalmaschinen, ist das Internet ein universelles Medium, wären ubiquitäre vernetzte Internet-of-Things-Geräte allgegenwärtig. Damit ist Digitalisierung ein Thema, das alle und alles betrifft und das von jedem einzelnen Ressort bearbeitet werden muss, idealerweise im Rahmen einer gemeinsamen Richtung, um voran zu kommen und tatsächlich dazu beizutragen, dass ein Wirtschaftsstandort und eine Gesellschaft die Vorteile der Digitalisierung nutzen kann, und dass gleichzeitig ein Staat dafür da ist, mit den Risiken der Digitalisierung sorgsam umzugehen und dabei die Interessen und das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger im Blick zu behalten. Es sind also viele, die Digitalisierung gestalten.

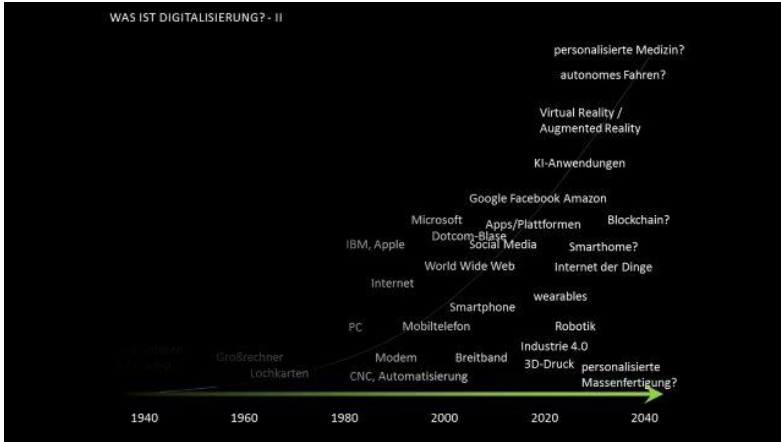
Wer ein Digitalisierungsministerium fordert, muss logischerweise gleichzeitig fordern, allen anderen Ressorts Kompetenzen und Zuständigkeiten wegzunehmen. Das wird gerade in der innerparteilichen Austarierungen einer Koalitionsregierung schwierig. Oder: Ein „echter“ Digitalisierungsminister müsste nach meinen Erfahrungen Eingriffsrechte in so gut wie alle anderen Ressorts haben. Und das macht nur dann Sinn, wenn der Digitalisierungsminister gleichzeitig Ministerpräsident, die Digitalisierungsministerin gleichzeitig Kanzlerin mit entsprechenden Richtlinienkompetenzen ist.

Deswegen finde ich es richtig, dass im grünen Wahlprogramm entwurf keine Forderung nach einem Digitalisierungsministerium steht. Laut Entwurf wollen wir allerdings „[d]ie Kompetenzen für das Thema Digitalisierung [...] in der Bundesregierung stärker bündeln“ (GS-DG-01, Z. 52). Solange dabei berücksichtigt wird, dass es ein Querschnittsthema ist, ist dagegen nichts einzuwenden. Wichtiger als die Frage, ob es eine zuständige Person gibt, ist aus meiner Sicht die Frage, ob es eine klare Roadmap gibt, ob es klare, gemeinsam geteilte Ziele gibt – und ob

es einen Mechanismus gibt, mit dem sichergestellt wird, dass die Vorstellungen der einzelnen Häuser davon, was Digitalisierung ist, in einem gemeinsamen Rahmen stehen – der tatsächlich auch ausgefüllt werden kann.⁵

Fazit: den Rahmen für die Digitalisierung zu gestalten, ist auch aus meiner Sicht ein zentrales Thema der anstehenden Bundestagswahl. Das muss deutlich mehr sein als Geld dafür zu geben, dass die Telekom Kupferkabel mit Vectoring ausbaut. Im grünen Programmentwurf stehen (nicht nur im Digitalisierungskapitel) ein paar kluge Ideen dazu. Wenn die es in einen Koalitionsvertrag schaffen würden, wäre schon einiges gewonnen.

⁵ Parallel dazu gilt: eine gebündelte Digitalisierungszuständigkeit muss sich dann auch parlamentarisch widerspiegeln. Auch das ist nicht ganz einfach darzustellen, weil es auch hier sehr schnell Konflikte gibt, wenn bisherige Zuständigkeiten verändert werden sollen ...



Digitalisierung kann und muss gestaltet werden

11. November 2017 – Digitales Leben, Politik und Gesellschaft

Digitalisierung ist einer dieser Begriffe, die nicht gerne lange angeschaut werden. Wer es doch tut, merkt schnell, wie der Begriff davonschwimmt und ausfasert. Diese Qualle ist jedoch der letzte Schrei, politisch gesehen. Was also ist neu? Warum ist Digitalisierung – wörtlich eigentlich ja nur die Umwandlung analoger in diskrete, an den Fingern abzählbare Werte, letztlich Nullen und Einsen – jetzt ein Thema?

Die Basistechnologien der „digitalen Revolution“ sind nicht mehr besonders neu. Seit den 1940er Jahren, spätestens seit den 1970er Jahren, werden Computer gebaut, gibt es integrierte Chips, gibt es Schaltkreise und Programmiersprachen. Neu ist die Vernetzung (mit einer anderen Qualität als dies in den 1980er Jahren möglich war) und neu ist die durch steigende Speicherkapazitäten, steigende Prozessorenstärke und fallende Preise mögliche extreme Miniaturisierung und beginnende Allgegenwart. Hier haben sich rapide ändernde Quantitäten ebenfalls eine Änderung der Qualität hervorgebracht. Sichtbar ist das in den letzten zehn Jahren an der unaufhaltsamen Verbreitung des Smartphones geworden, unsichtbar als Integration von Computern in Maschinen, Autos, Fernseh-

geräte, selbst in Kühlschränke, Küchenmaschinen und Toaster. Und im Sinn des „Smart Home“ und der Heimautomatisierung „sprechen“ dann sichtbare und unsichtbare Minicomputer miteinander.

Computer sind nach wie vor Universalmaschinen. Sie sind programmierbar und nicht von vorneherein festgelegt. Das macht Apps möglich, und aus Smartphones Fotoapparate, Reisewecker, Musikboxen und Schreibmaschinen.

Es gibt das Sprichwort, dass die steigende Verarbeitungskapazität und die durch neue Features zunehmenden Anforderungen daran ungefähr Schritt halten, so dass die effektive, für Nutzer*innen sichtbare Geschwindigkeit etwa der Programme auf dem Bürocomputer mehr oder weniger gleich bleibt. Das hat lange gestimmt.

Es gibt aber Bereiche der Informatik und der Computeranwendungen, in denen die steigende Speicher- und Rechenleistung tatsächlich Neues möglich macht. Das betrifft etwa die Bildverarbeitung, das Rendering von dreidimensionalen, natürlich wirkenden Szenen, und insbesondere den Durchbruch des „Deep Learning“, also der aktuellen Inkarnation der „Künstlichen Intelligenz“ – mit massiven qualitativen Sprüngen in so unterschiedlichen Gebieten wie dem der Bilderkennung, der Verarbeitung natürlicher Sprache oder der Bewertung realer Situationen, und schließlich auch der Robotik. Soweit ich das beurteilen kann, werden hier keine grundlegend neuen Techniken eingesetzt – vielmehr sind Rechner inzwischen schnell genug, und gibt es „Falldatenbanken“, die groß genug sind, um die Ideen der 1970er und 1980er Jahre in ihrer inkrementellen Weiterentwicklung nun erstmals tatsächlich anwendbar zu machen.

Heraus kommen dann Google Translate und Amazons Alexa, Apples Siri und Facebooks Bilderkennung, und was der Anwendungen mehr sind.

(Das andere, was technologisch neu ist, ist die Idee der Blockchain-Algorithmen. Aber das ist noch einmal ein anderes Thema)

Google und Amazon, Facebook und Apple, Tencent und Alibaba: das ist der andere Punkt, der qualitativ neu ist. Es sind riesige globale Firmen entstanden, die in bestimmten Feldern quasi ein Monopol haben. Das ist teilweise das Ergebnis von Netzwerkeffekten (wenn alle bei Fa-

cebook sind, um zu kommunizieren, lohnt es sich nicht, zu einem anderen Anbieter zu wechseln), teilweise geht es schlicht darum, wer eine bestimmte Idee zuerst umgesetzt hat. Wer möchte, kann noch Uber und AirBnB hinzu packen und das Plattformkapitalismus nennen. Das Grundprinzip ist jeweils identisch: es gibt eine zentrale Instanz, die für eine bestimmte Handlungsweise „zuständig“ ist und diese vermittelt: Suche nach Informationen, Handel, Kommunikation, Mobilität, Wohnen, Luxus, ... – wie sehr in den einzelnen Feldern derartige Firmen global oder zumindest für bestimmte transnationale Räume bestimmend geworden sind, unterscheidet sich. Das Grundprinzip lässt sich aber überall beobachten. Und entsprechend liegt das Wissen über diese Handlungsfelder, die Wünsche und Sehnsüchte ebenfalls vor allem innerhalb dieser Firmen, als umfangreicher Datenspeicherung und möglicherweise eigentliche Währung des Informationszeitalters, wie es Manuel Castells schon Ende der 1990er Jahre nannte.

Smartphones – auch hier der Fokus auf wenige dominierende Systeme – sind über mobile Websites, vor allem aber über Apps das zunehmend dominante Fenster zu dieser Welt. Heute verfügen etwa drei Milliarden Menschen über ein Smartphone, in den nächsten paar Jahren soll dies auf über sechs Milliarden Menschen anwachsen. Und wenn es nach der zeitgenössischen Ikonografie von Science-Fiction-Filmen geht, wird es auch dabei bleiben. Das kleine bis mittelgroße Stück Glas, auf dem Informationen angezeigt und betastet werden, ist – gerne glühend und durchsichtig – Standardausstattungsstück filmisch gezeigter Zukünfte. Uhren und Brillen mit Head-up-Display als andere Optionen für diese Schnittstellen haben sich dagegen bisher nicht durchgesetzt, auch das direkte Neuralimplantat oder die smarte Kontaktlinse sind bisher erst Spekulation.

Die Struktur aber ist klar: der Zugang zu den Dienstleistungen und Medien des Netzes ist allgegenwärtig möglich, über schnelle Mobilfunknetze, über das je nach lokaler Gesetzgebung mehr oder weniger überall verfügbare WLAN, oder in Büros und auf Wohnzimmerbildschirmen über Glasfaserkabel und aufgebohrte Telefonverbindungen mit Bandbreiten, die vor einigen Jahren noch undenkbar schienen. Angeboten

werden die Dienstleistungen und Medien von einer Reihe zentraler Knotenpunkte (wie auch immer diese technisch organisiert sind) in einem Meer des Unbedeutenden. Das Netzwerk entpuppt sich als Hierarchie, entsprechend ist die Macht verteilt. Interessant wird das nun, wenn nach der Rolle des Staates in diesem Netzwerk gefragt wird. Aber dazu später.

Das Stichwort Dienstleistungen ist bereits gefallen. Nach den ersten Automatisierungswellen, die manuelle Fabrikarbeit zumindest teilweise durch Maschinen ersetzt haben, spukt jetzt die Vision einer Digitalisierung der Dienstleistungen durch die Gegend. Das geht zum einen um Dienstleistungen, die direkt mit „Symbolverarbeitung“ (Robert Reich) zu tun haben – Kalkulationen, Verbuchungen, Übersetzungen, Texterfassungen und Steuererklärungen bis hin zu kreativen Fragestellungen. Routinen sind hier inzwischen an Programme abgebar. Ob dann noch ein Rest menschlicher Arbeit notwendig bleibt – und wenn ja: in welcher Organisationsform -, ist noch nicht entschieden.

Zum anderen geht es um verkörperte Dienstleistungen: Logistik, Transport, aber auch beispielsweise Pflegeberufe. Auch hier wird nun zunehmend darüber nachgedacht (und zunehmend eben auch konkret gebaut), was Drohnen, autonome Fahrzeuge und Roboter an Arbeit erledigen können. Und wiederum stellt sich die Frage, welcher Rest an menschlichen Tätigkeiten – auf was für einem Qualifizierungsniveau – dann noch übrig bleibt. Gleichzeitig haben wir es gerade hier ja oft mit typischen Ausbeutungsjobs zu tun: eintönig, schlecht bezahlt, körperlich schwer. Diese inhaltlich aufzuwerten und weniger belastend zu machen, muss nun durchaus nicht Dystopie sein, sondern wäre gut als positive Vision geeignet.

Auch hier stellt sich dann die oben schon angerissene Frage, wer diese Dienstleistungen bzw. die dafür notwendigen Softwaredienste oder die neue Hardware eigentlich anbietet, wem diese „Produktionsmittel“ gehören, und wer sie steuert.

Zugleich stellt sich die Frage, was eine zunehmend auf Computern aufbauende Wirtschaftswelt eigentlich für Anforderungen mit sich bringt. Was ist nötig, um hier kontrollierend und steuernd oder gar kreativ tätig zu werden? Wie müsste dafür „Digitalisierung“ in Schulen und

anderen Bildungseinrichtungen verankert werden? Und wer entwickelt eigentlich die Software und Hardware – und wird das in Forschungseinrichtungen und an Hochschulen geschehen, in Garagen oder unter dem Schirm bestehender Großkonzerne?

Stichwort Bildung, Stichwort Teilhabe, Stichwort gesellschaftlicher Zusammenhalt – Macht im hierarchisch organisierten Netzwerk bedeutet auch, dass Konzerne wie Facebook plötzlich eine politische Verantwortung bekommen. Und ob der Medienwechsel von der Handschrift zum Buch zum Kino zum Fernseher Erschütterung hervorgerufen hat, die größer oder kleiner sind als die, die mit dem Schritt zum Smartphone, zum Netflixvideo und zum Game verbunden sind, und ab wann Kinder in digital vermittelte Welten eintreten dürfen – das sind Fragen, die ebenfalls im Raum stehen.

Ach ja: und irgendwer muss auch die Rohstoffe aus der Erde oder dem Müllberg holen, Platinen zusammenlöten und Bauteile zusammenstecken. Also, irgendwo im Süden. Ohne das geht es genau so wenig wie ohne Strom – der Energieverbrauch für das Internet entspricht etwa dem für den globalen Flugverkehr, Presseberichten zufolge sollen einzelne Bitcoin-Transaktionen inzwischen Energiekosten in Höhe üblicher Monatsrechnungen von Haushalten erreicht haben, weil ganze Bänke von Grafikkarten rechnen müssen, um die damit verbundenen kryptografischen Rätsel zu lösen.

Entkopplung von wirtschaftlichem Wachstum und Naturverbrauch durch Digitalisierung und Virtualisierung? Der digitale Weg in die Postwachstumsgesellschaft? Ganz so einfach ist es Telekonferenzen, ultraeffizienten Produktionsanlagen und digital modellierter und gedruckter Leichtbaumaterialien zum Trotz nicht, soviel ist jedenfalls klar.

Aus all dem ergeben sich politische Herausforderungen. Und auch damit stellt sich noch einmal die Frage nach der Rolle von Nationalstaaten (und anderen politischen Einheiten). Digitalisierung kann und muss gestaltet werden – sonst machen das andere. Aber wo liegen überhaupt Ansatzpunkte dafür?

Was für Rollen hat der Staat, hat die Politik in dieser Situation (einmal außen vor gelassen, dass auch der Staat selbst beispielsweise als Nach-

frager auf einem Softwaremarkt auftritt, und im Sinne einer transparenten Regierung Informationen und Diskussionen im Netz veranstaltet)?

Unterscheiden würde ich hier zwischen dem Schaffen von Voraussetzungen, dem Setzen und Durchsetzen von allgemein gültigen Regeln und dem Versuch, mit Folgen klarzukommen. Dabei orientiert sich das Handeln jeweils an Zielen, an einem bestimmten Wertekompass, die erreicht werden sollen. Stichwortartig bedeutet dies bezüglich der Voraussetzungen etwa Teilhabe über Infrastruktur (Breitbandausbau) und Bildung zu schaffen, mit Blick auf wirtschaftliche Ziele Standortförderung zu betreiben (zum Beispiel, indem Kleine und Mittlere Unternehmen bei der Einführung digitaler Prozesse zu unterstützen) und es Hochschulen und Forschungseinrichtungen (über eine gute Grundfinanzierung genauso wie über strategische Forschungsprogramme) zu ermöglichen, innovativ tätig zu werden.

Dass „das Internet“ nicht grundlegend anderen Regeln unterworfen sein soll als der Rest der Welt, wird inzwischen eher anerkannt als noch vor einigen Jahren, als wilde Ideen einer nicht regulierten, autonomen Zone durch das Netz geisterten. In Deutschland hat insbesondere die Netznutzung der AfD und die damit verbundene Plattform für Hetze und Radikalisierung ziemlich deutlich gemacht, dass „freie Rede“ alleine nicht sein kann. Aber auch beispielsweise in steuerlicher Hinsicht sollten Transaktionen „im Netz“ nicht anders behandelt werden als andere Transaktionen. Das ganze Datenschutzthema fällt ebenfalls in diese Kategorie.

Hier kommen dann recht schnell auch transnationale Regelsetzungen ins Spiel – schlichte Erfordernis einer globalen Infrastruktur. Mein etwas flapsiges „mit Folgen klarzukommen“ meint schließlich, oben angerissene Themen wie etwa die ökologischen Auswirkungen oder Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaftsstruktur – aber auch Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts und des Strukturwandels – frühzeitig zu erkennen und hier aktiv zu werden.

Dabei wird dann schnell deutlich, dass „Digitalisierung“ ein Stück weit auch als Brennglas wirkt für Prozesse, die bereits stattfinden, und vielleicht noch einmal beschleunigt werden: die soziale Spaltung, kapitalis-

tische Konzentrationsprozesse, Verschiebungen in der Weltwirtschaft, populistische Tendenzen, aber auch wenig nachhaltige Produktionsweisen – all das wird durch den digitalen Strukturwandel beschleunigt und hervorgehoben. Die Antwort hier kann dann aber nicht Digitalisierung sein, sondern ruft andere Politikfelder auf – insofern ist es auch kein Wunder, dass Debatten, die mit „Digitalisierung“ beginnen, schnell beim bedingungslosen Grundeinkommen, bei einer mehr oder weniger reflektierten Kapitalismuskritik oder bei der Frage, wie eine humane Bildung in Schulen heute eigentlich aussehen soll, landet.

Oder, in eine These gepackt: Um Digitalisierung zu gestalten, ist es nicht nur wichtig, eine gute Digitalpolitik zu machen, sondern erst recht notwendig, für die Ziele einer liberalen und progressiven Gesellschaft zu kämpfen und auch die soziale Frage zu stellen.

Warum blogge ich das? Ausgangspunkt für diesen Text war mein Vortrag „Die Digitalisierung kann und muss gestaltet werden“ bei der Kreismitgliederversammlung von Bündnis 90/Die Grünen Breisgau-Hochschwarzwald am 8.11.2017. Weggelassen habe ich hier die Digitalisierungsstrategie des Landes Baden-Württemberg – die im Rahmen der Gestaltungsspielräume, die ein Land hat, gar nicht schlecht ist – und hinzugefügt habe ich einiges, das sich erst durch die Diskussion auf der KVM bei mir als Gedanke ergeben hat. Und selbstverständlich ist der Denkprozess nicht abgeschlossen.



Wieso ich Facebook (noch) nutze

22. März 2018 – Digitales Leben, Politik und Gesellschaft

#deletefacebook ist der Hashtag der Saison, und ich gebe es zu: auch ich habe darüber nachgedacht – und mich vorerst dagegen entschieden, meinen Facebook-Account stillzulegen oder zu löschen. Ich habe das aber zum Anlass genommen, mal darüber nachzudenken, wie ich eigentlich Facebook nutze. Dabei komme ich auf vier bis fünf für mich zentrale Funktionalitäten:

- *Selbstdarstellung*: meine Tweets und Blogbeiträge erscheinen automatisch auch in meinem Facebook-Account, ab und zu poste ich auch Fotos oder Links direkt dort. Ich erreiche hier teilweise andere Leute als auf Twitter, und ...
- *Diskussion*: ... anders als auf Twitter, und anders als im Kommentarbereich meines Blogs, schafft es der eine oder andere Beitrag sogar, weiterführende Diskussionen auszulösen. Vielleicht habe ich einfach Glück, aber es gibt doch immer wieder Debatten unter Beiträgen (meinen eigenen und auch anderen in meinem Feed), unter denen engagiert, kompetent und höflich diskutiert wird.
- *Politik*: Das betrifft insbesondere auch „politische“ Statements. Und gleichzeitig ist Facebook – teilweise kann Twitter das auch – für

mich ein Medium, um mitzukriegen, was in meinem politischen Umfeld diskutiert wird. Ich folge beispielsweise vielen Menschen, die im Bundestag sitzen, oder dort arbeiten, und das hilft, um „nebenbei“ wahrzunehmen, wohin sich der politische Diskurs bewegt.

- *Politik und Diskussion in Gruppen:* Als 2009 das grüne Wurzelwerk eingeführt wurde, war dies auch ein Versuch, einen virtuellen Ort für die innerparteiliche Diskussion zu schaffen. Dafür nutze ich jedenfalls das Wurzelwerk nicht, und ich habe den Eindruck, dass ich nicht der einzige bin. Inzwischen hat sich auch die parteiinterne Deutung verschoben – es wird jetzt eher als „Wissenswerk“ denn als Diskussionsplattform beschrieben, und das passt ganz gut. Das heißt aber nicht, dass keine „computergestützte“ innerparteiliche Diskussion stattfinden – nur halt nicht im Wurzelwerk, sondern neben einigen älteren Mailinglisten v.a. auch in Facebook-Gruppen.
- *Lose Kontakte:* Wenn ich nur politischen Bekanntschaften folgen würde, könnte ich auf Facebook verzichten. Gleichzeitig ist es für mich aber auch ein Mittel, um lose Kontakte aufrecht zu erhalten, aus Schule und Studium, aber auch aus der Nachbarschaft.

Das mit dem osmotischen Ohr am politischen Diskurs (und auch das Mitkriegen von „News“) würde vermutlich auch ohne Facebook halbwegs gut funktionieren, das hat damit zu tun, das in Deutschland Twitter wohl weiterhin ein Medium der Journalist*inne und Politiknerds ist. Hier könnte ich also auf Facebook verzichten. Aber auch da gilt: Diskussionen auf Twitter sind durch die ansonsten durchaus sinnvollen Grenzen des Mediums schwierig, sie funktionieren auf Facebook deutlich besser.

Und um auf Facebook sichtbar zu sein, würde es reichen, einen minimalen Account dort zu unterhalten: ohne eigene Aktivitäten, nur mit automatischen Feeds. Dann aber auch ohne Diskussion, in der ich nach wie vor einen Mehrwert sehe. Darin liegt, umgedreht betrachtet, natürlich auch einer der Erfolgsfaktoren Facebooks: positive soziale Interaktion, das heißt zugespitzt: Wahrnehmung der Fremdwahrnehmung des eigenen Wirkens, scheint etwas zu sein, für das Menschen einiges in Kauf nehmen.

Bleiben die losen Kontakte. Ich vermute, dass ich hier deutlich hinter der Kurve liege und sich diese Form der Kontaktaufrechterhaltung mehr und mehr zur Facebook-Tochter Whatsapp verlagert. Auch die letzten Änderungen am Algorithmus von Facebook sind hier eher negativ in ihren Auswirkungen. Trotzdem: eine wirklich zentrale Funktionalität von Facebook ist für mich nach wie vor das relativ einfache „Kontakthalten“ zu entfernteren Bekannten. Gerade als tendenziell eher introvertierter Mensch empfinde ich das als hilfreich. Hier ließe sich jetzt darauf verweisen, dass das selbstverständlich auch vor Facebook möglich war: Adressbücher pflegen, Briefe schreiben, E-Mail-Rundbriefe und so weiter. Wenn ich aber vergleiche, was ich von Leuten aus meiner Schulklasse mitkriege, die bei Facebook sind, und was von denen, die dort nicht aktiv sind, dann erkenne ich da (mag bei anderen anders sein) doch einen deutlichen Unterschied. Und derzeit ist es eben vor allem Facebook, wo alle sind.

Warum nicht Whatsapp? Ich nutze das bisher nur sehr begrenzt, und mit abgeschalteten akustischen Benachrichtigungen, sehe aber, das weite Kreise inzwischen vornehmlich über Whatsapp kommunizieren. Mich stört daran „noch ein Dienst“, die Bindung an Mobiltelefone und die, hm, Suggestion emotionaler Nähe. Twitter ist Öffentlichkeit, Facebook tendenziell auch, das ist bei Whatsapp anders, das ganze Setting suggeriert Geschlossenheit und nicht den offenen politischen Raum, in dem auch Gegensätzliches argumentativ aufeinander treffen kann.¹

Was ich an Facebook übrigens vollkommen uninteressant finde, sind Spielchen, Persönlichkeitstests, Umfragen und dergleichen mehr (und natürlich auch die personalisierte Werbung ...). Ebenso nervt die zunehmende Algorithmierung des Newsfeeds.

Solange alle (und es sind ja weitem nicht alle) bei Facebook sind, ist es hilfreich, um lose Kontakte aufrecht zu erhalten. Und solange dort (semi-)öffentlich politisch diskutiert werden kann, ist es hilfreich zur

¹ Alternative Möglichkeit: der Ansatz getrennter Tools für getrennte Sphären setzt sich doch noch durch, mit Nachbarschaftsapps, Berufsnetzwerksapps, Akademiker*innen-apps, Schulfreundeapps usw. – bisher habe ich aber den Eindruck, dass sich das eher im Sande verläuft, weil Menschen eher faul sind, und nicht für jede Sphäre ein eigenes Netzwerk aufbauen und pflegen wollen, und weil es eigentlich gerade da spannend wird, wo unterschiedliche Sphären aufeinander treffen und sich im Idealfall befruchten.

Meinungsbildung und auch zur eigenen Präsenz in Debatten. Trotzdem bleibt ein schlechtes Gefühl. Auf dem Handy nutze ich schon seit längerem nicht die Facebook-App (auch weil die mit meinem inzwischen schon etwas älteren Telefon nicht gut klarkommt), sondern einen Wrapper (*Tinfoil*), der die FB-Website als App darstellt. Das reduziert auch die Art und Menge der Informationen, etwa über Standorte, die bei Facebook ankommen. In Facebook selbst sind es nur wenige Apps, denen ich Zugriff auf meine Daten erlaube. Trotzdem bleibt es ein halböffentlicher Raum – der Funktion nach öffentlich, aber in privater Hand.

Insofern scheint mir die große Frage, die sich aus den aktuellen *Cambridge-Analytica*-Geschichten ergibt, nicht die eines „Datenlecks“ zu sein, und auch nur begrenzt die Frage „Is Facebook evil?“, sondern eher die Notwendigkeit, noch einmal darüber zu reden, wie eigentlich sichergestellt werden kann, dass monopolartige Plattformen für bestimmte Dienste, die von der Datenanalyse und dem Datenverkauf leben, einer gewissen politischen Kontrolle unterliegen. Und damit meine ich nicht das missglückte Netzwerkdurchsetzungsgesetz oder eine wie auch immer geartete „Zensur“, sondern eher Datenschutzstandards und Zugänglichkeit (auch im Sinne: darf das private Unternehmen Facebook willkürlich Nutzer*innen rauswerfen?). Vielleicht ist es ja ein Kollateralnutzen des aktuellen Skandals um *Cambridge Analytica*, das auch über solche Fragen noch einmal nachgedacht wird.

Ich vermute nicht, dass am Ende ein „Verstaatlicht Facebook!“ dabei herauskommt. Aber möglicherweise – siehe die anderen großen Infrastrukturen, egal, ob es das Eisenbahnnetz oder die Telekommunikation betrifft – der Aufbau einer überwachenden Behörde und eine politische, dann notgedrungen internationale Debatte darüber, ob es eigentlich besonderer rechtlicher Standards für Netzplattformanbieter bedarf. Vielleicht wäre das hilfreich.

Warum blogge ich das? Weil ich mir tatsächlich die Frage gestellt habe, ob ich meinen Account löschen soll, und es sich aus meiner Sicht lohnt, sich darüber zu verständigen, was diese seltsame Plattform für die Erfassung sozialer Netzwerke eigentlich in unserer Praxis ist.



Google-Welt und/oder Wikipedia-Welt

5. Juli 2018 – Digitales Leben, Politik und Gesellschaft

Heute hat das Europäische Parlament mehrheitlich entschieden, die Empfehlung des Rechtsausschusses für ein europäisches Leistungsschutzrecht und Uploadfilter nicht direkt anzunehmen, sondern im September im Plenum zu behandeln und damit auch Änderungsanträge zu ermöglichen. Das passt ganz gut zu einer Unterscheidung, die mir vor ein paar Tagen einfiel, als es darum ging, sich die Zukunft der Medien im Jahr 2030 vorzustellen.

Meine These war: wir können 2030 (naja, eigentlich heute schon) entweder in einer Google-Welt oder in einer Wikipedia-Welt aufwachen. Beide Begriffe sind unscharf und erklärungsbedürftig, und statt Google-Welt könnte da auch Facebook-Welt oder Amazon-Welt oder Tencent-Welt stehen, statt Wikipedia-Welt auch Linux-Welt oder Open-Knowledge-Welt. Unscharf sind die Begriffe, weil es faktisch nicht um zwei getrennte Welten geht, sondern unzählige Querverbindungen bestehen. Wikipedia wäre ohne Google nie zu dem geworden, was sie heute ist, viel-

leicht wäre auch die führende Suchmaschine weniger erfolgreich, wenn sie nicht auch auf das in der Wikipedia angesammelte Wissen zurückgreifen würde. Oder, um einen Blick auf Android zu werfen: das Google-Betriebssystem beruht zu großen Teilen auf Open-Source-Software, und andersherum fließen Entwicklungen von Google auch in die Open-Source-Welt zurück. Also: zwei auf den zweiten Blick gar nicht so gut geeignete Begriffe, aber trotzdem glaube ich, dass sie idealtypisch zugespitzt zwei konkurrierende Welt- und Menschenbilder beschreiben und damit doch ganz gut geeignet sind, Aussagen über morgen zu treffen.

Vor der Klammer: in beiden Fällen treten Plattform-Effekte auf. Dass „das Netz“ sich in den letzten Jahren mehr und mehr auf eine an zwei Händen abzählbare Zahl an großen Plattformen reduziert hat, findet da wie dort statt und hat etwas mit Skalen- und Netzwerkeffekten zu tun.

Was also macht die Google-Welt aus? Für mich würde dieser Begriff ein Netz bezeichnen, das vor allem durch große kommerzielle Einheiten strukturiert ist, die als Gatekeeper agieren. Nutzer*innen sind in zweierlei Hinsicht interessant: als Daten- und Contentquelle für die kommerzielle Verwertung, und in zweiter Hinsicht als eine Art Kund*innen, die weitgehend passiv Inhalte konsumieren. „Eine Art“, weil die Zahlungsströme anders laufen, als wir uns das bei Verkäufer-Käuferin-Beziehungen üblicherweise vorstellen. Das Netz wird auf dieses Nutzer*innen-Bild hin optimiert. Das führt dann zu Radikalisierungseffekten in YouTube, seltsamen Debattenblasen bei Facebook, und personalisiert-optimierten Angeboten von der Werbung über die Routenplanung bis zum Einkaufswagen.

Ohne näher hinzusehen, könnte die Wikipedia-Welt mit der Google-Welt verwechselt werden. Auch hier gibt es dominierende große Projekte wie eben die Wikipedia, oder die großen Linux-Distributionen, oder Open Street Maps, oder ... Und diese Angebote können ebenso genutzt werden wie die der Google-Welt: kostenfrei und weitgehend passiv. Trotzdem steckt ein anderes Bild der Nutzer*innen dahinter. Auch wenn die große Mehrzahl davon im passiv-konsumierenden Modus verbleibt, ist doch immer das Potenzial da, zu einem der großen Projekte beizutragen, es zu verbessern und mitzugestalten. (In der Praxis

ist das möglicherweise weniger einfach, als es auf dem Papier klingt – aber mir geht's jetzt um das Potenzial, nicht um die tatsächliche Nutzungspraxis). Auch die Wikipedia kann kommerziell genutzt werden (ihre Lizenz ermöglicht das). Aber die beteiligten Menschen werden nicht in erster Linie als optimierbare Zielgruppe betrachtet. Wenn die Grundhaltung in der Google-Welt kommerziell und passiv ist, dann ist sie hier partizipativ und aktiv.

Während das Netz in einem Modus groß geworden ist, der stark der Wikipedia-Welt ähnelt, dominiert in der öffentlichen Wahrnehmung heute das Bild der Google-Welt. Mächtige Konzerne verwerten Inhalte und bestimmen, wer was zu sehen bekommt. Empirische Daten wie Zugriffszahlen bestätigen diese Deutung.

Entsprechend reagiert die Politik und setzt auf Regulierungen, die kompatibel zu einer Google-Welt sind: in dieser Sichtweise geht es darum, Trittbrettfahrertum zu unterbinden und sicherzustellen, dass beispielsweise Urheber*innen kreativer Werke am digitalen Reichtum partizipieren. Weitergedacht kommen dann Verträge mit Verwertungsgesellschaften, Leistungsschutzrechte, Upload-Filter und dergleichen mehr dabei heraus. Das kommerzielle Netz wird durch große, oligopolistische Konzerne gestaltet, und Politik heißt, deren Macht einzuhegen und zu regulieren.

Dummerweise kollidiert diese Art der Regulierung mit der Wikipedia-Welt. Wie gesagt, oberflächlich könnte sie mit der Google-Welt verwechselt werden. Aber die Motivlagen und Menschenbilder sind andere. Wer sich an der Wikipedia beteiligt, tut das nicht, um reich zu werden, sondern um etwas zu korrigieren, was falsch im Netz steht. Open Source ist die Grundlage eines florierenden Wirtschaftszweigs – aber Open Source kann eben auch einfach so genutzt, verändert und verbessert werden. Und in dieser Welt passen die Regulierungsansätze der Google-Welt nicht, und auch die Ausnahme für den nichtkommerziellen Bereich trifft den Kern der Unterscheidung nicht.

Politisch erscheint mir – aber das ist wiederum mein Menschenbild – die Wikipedia-Welt als das bessere Leitbild für 2030. Ich glaube übrigens, dass auch viele Menschen, die kommerzielle Plattformen nutzen,

dies nicht der Monetarisierung, der SEO-Optimierung oder der Klickreichweite wegen tun, sondern weil sie sich mitteilen wollen, weil sie etwas teilen wollen, vielleicht sogar, weil sie die Welt verbessern wollen. Und wie schon angesprochen: auch technisch, auch organisatorisch sind diese Welten nicht so getrennt, wie ich sie jetzt dargestellt habe.

Kurzfristig heißt das für mich: jede Form der Internetregulierung ist nur dann gut, wenn sie die Folgen für die Wikipedia-Welt mitdenkt. Längerfristig stellt sich die Frage (auf die ich auch keine gute Antwort habe), wie Politik dazu beitragen kann, das Internet als Reich der Freiheit zu erhalten, ohne es ein paar großen Konzernen zu überlassen. Und erst recht nicht, wenn das als globale und nicht als europäische Frage diskutiert wird.

Warum blogge ich das? Weil die heutige Abstimmung ein willkommener Anlass ist, um diesen Gedanken mal auszuformulieren.

Einer wagt es, uns im Netz zu verlassen

7. Januar 2019 – Digitales Leben, Politik und Gesellschaft, So grün, so grün

Paukenschlag: Robert Habeck verabschiedet sich von Facebook und Twitter.¹ Als Grund dafür nennt er zwei Dinge – zum einen den massiven Datenklau samt Veröffentlichung privater Chatverläufe vor ein paar Tage, er war einer von rund 50 der etwa 1000 betroffenen Politiker*innen, bei denen nicht „nur“ eine private Mobilfunknummer veröffentlicht wurde, sondern auch weitere Daten. Zum anderen einen dummen Versprecher in einem Wahlvideo für Thüringen, der prompt heftigste böse Kommentare ausgelöst hat. Schuld daran sei auch der auf Twitter gepflegte Kommunikationsstil, der Drang zur Verkürzung, zur reduzierten Aufmerksamkeit.

Robert hat aus diesen beiden Ereignissen für sich den Schluss gezogen, Facebook, Twitter (und wohl auch Instagram) zu verlassen – zumindest im Format der direkten, persönlich-privaten Kommunikation. Ob es auch in Zukunft eine von der Partei gepflegte offizielle Seite geben wird, bleibt abzuwarten. Twitter- und Facebook-Account sind inzwischen gelöscht.

Es gibt gute Gründe, diese Entscheidung ein bisschen zu kurz gesprungen zu finden. Die Gleichung des abfärbenden Kommunikationsstils mag zu einfach sein, und es ist ein bisschen unfair Twitter und Facebook gegenüber, diese für dumme eigene Fehler verantwortlich zu machen. Aber die Entscheidung ist jetzt so gefallen und zu respektieren.

Damit wiederum scheinen größere Teil der auf Twitter aktiven Community so ihre Schwierigkeiten zu haben. Dass der politische Gegner das Eingeständnis eines Fehlers sofort für Häme und Draufzeigen nutzt, gehört wohl leider zur deutschen politischen Kultur. Könnten wir auch mal ändern.

Ich hatte aber auch den Eindruck, dass viele politisch eher nahestehende Twitternde irritiert bis hämisch reagiert haben. Neben der Frage,

¹ <https://www.robert-habeck.de/texte/blog/bye-bye-twitter-und-facebook/> (Link nicht erreichbar)

ob die Entscheidung für oder gegen ein bestimmtes Kommunikationsmedium eigentlich wirklich eine Nachricht ist, noch dazu eine Titelseitennachricht, fand ich das eine der interessanteren Beobachtungen rund um diesen Paukenschlag und habe ich mich gefragt, woher diese Irritation kommt.

Das eine ist sicherlich eine – netztypische – Betterwisseri: Warum soll jemand anderes Twitter verlassen, nur weil er dort heftig angegangen wird und bei sich negative Effekte auf Aufmerksamkeit und Diskurskultur beobachtet? Andere kommen damit doch auch klar, ein bisschen dickes Fell, und das alles ist kein Problem ... was sich mit ein paar hundert oder tausend Followern vielleicht leider sagt als in einer exponierten Rolle mit 50.000 Followern, bei der medial und vom politischen Umfeld auf jedes Wort geachtet wird. Jeder Nebensatz liegt auf der Goldwaage, und aus Feedbackkultur wird in Windeseile ein Shitstorm.

Ich meine, neben dieser Betterwisseri noch etwas anderes wahrgenommen zu haben, und habe das heute Nachmittag in eine These ins Netz gestellt, was prompt Widerspruch – aber auch Zustimmung – auslöste: mein Eindruck ist der, dass einige unerwartet heftige Reaktionen auf Roberts Abschied von Facebook und Twitter etwas damit zu tun haben, dass es hier ein halbwegs prominenter Politiker wagt, den impliziten Konsens in Frage zu stellen, dass die politische Öffentlichkeit der 2010er Jahre auf Twitter stattfindet. Denn wenn ein Politiker diese Plattform einfach so verlassen kann, dann ist Twitter möglicherweise weniger wichtig, als einige, die dort tagein, tagaus im Meinungsbrei rühren, es glauben. Wozu dann aber die Mühe, die Selbstdisziplin, das Aneignen eines spezifischen diskursiven Stils, wenn die Arena der Politik doch eine ganz andere sein kann? Also: eine Gekränktheit darüber, dass einer es wagt, uns zu verlassen.

Insofern scheint mir ein Teil der heftigeren Reaktionen auf diesen Schritt auch in der Angst vor dem öffentlichen Bedeutungsverlust zu liegen. Vielleicht war Twitter in Deutschland nie der zentrale Ort, für der er manchmal gehalten wurde, der Ort, an dem jede und jeder mitreden konnte. Vielleicht war es für ein paar Jahre, ist aber dabei, diese Rolle zu verlieren. Vielleicht sind auch andere des „ich sage doch nur

meine Meinung“, des genüsslichen Bohrens in Wunden und des Instantfeedbacks überdrüssig. Dazu kommen Dinge wie die Radikalisierungswirkung von Youtube, die durchkommerzialisierte Zielgruppenarchitektur von Facebook, die unwirkliche Instagram-Idylle mit ihren Scheinwelten ... der Kurs der Plattformen in der Meinungsbörse sinkt, alle warten auf das nächste große Ding, und währenddessen wird möglicherweise ganz woanders kommuniziert, sei es auf Blogs, in der journalistisch gemanagten Öffentlichkeit oder an öffentlichen Orten ohne Archivfunktion.

Warum blogge ich das? Weil ich die Reaktionen auf diesen Schritt festhalten wert fand. Auch wenn das selbst eine gewisse Ironie in sich birgt.



Das letzte heimische Netz

20. Oktober 2019 – Digitales Leben, Freiburg

Gestern fand das sehr gelungene erste Netzkulturfestival von Freiburg ~~gestalten~~ statt (umsonst und drinnen, nämlich in der wunderbaren Lokhalle). Kathrin Passig war auch da, und hat erbaulich über die seit 1982 nachweisbare Idee vorgetragen, dass das Netz kaputt sei und früher doch alles besser, schöner, utopischer war – bevor ungewaschene Barbaren und pubertierende Jungs Einzug in das jeweilige Kommunikationsmittel gehalten haben.

BBS-Mailbox-Systeme aus den 1980ern, das Usenet vor dem „eternal september“, Twitter, als es noch ein Geheimtipp war – die Erzählung ist strukturell immer die gleiche.

Passig erklärt die Permanenz dieses Bildes nicht nur mit Wellenbewegungen der Öffnung und Schließung netzkommunikativer Angebote, sondern auch mit biografischen Lebensphasen. Das nostalgisch verklärte „früher“ war nicht nur elitär geschlossen, sondern ihm wohnte

auch der Zauber des Anfangs inne. Der Rückblick rückt das Besondere, das neu zu entdeckende in den Vordergrund.

Aber dieser Moment hat keine Dauer. Der Reiz des Neuen verblasst, Normalität und Gewöhnlichkeit überschreiben dieses Gefühl. Wie überall, wo Menschen miteinander interagieren, kommt es zu Konflikten. Manches ist mühsam. Und dann liegt es nahe, den Blick zurück auf den verklärten Anfang zu werfen, als die Plattform noch neu und spannend, der Umgang angenehm und der Geist gemeinsam waren. So jedenfalls die Erinnerung, die Hürden ausblendet, etwa die Suche nach Kommunikationspartnern.

Im Fazit ihres Vortrags lieferte Passig dann eine ganze Liste von Strategien, um der nostalgischen Verklärung zu entkommen.

- *Neuen Leuten folgen.*
- *An neue „Orte“ weiterziehen.*
- *Strategisches Entfolgen.*
- *Nicht mit dem Krückstock fuchteln.*
- *Vorsichtig mit ausschließenden Strategien.*
- *An der Gegenwart erfreuen – heute ist das früher von morgen!*

Die ersten zwei Punkte zielen *novophil* darauf, den Zauber des Anfangs wieder und wieder erlebbar zu machen. In gewisser Weise kann ich das nachvollziehen – Wikipedia-Beiträge zu schreiben verliert den Reiz? Dann eben Flickr und Facebook ausprobieren. Und wenn das langweilig wird – was ist eigentlich mit Instagram?¹

Mit den übrigen Punkten kann ich allerdings deutlich mehr anfangen. Das hat pragmatische Gründe: jeder Wechsel von einer Plattform zur nächsten ist mit Arbeit verbunden – neue (informelle) Regeln kennenlernen, sich seine Kontakte (wieder) suchen ... ich finde das anstrengend, auch wenn ich eine prinzipielle Offenheit – prinzipiell gesehen –

¹ Wobei Kathrin Passig, nebenbei gesagt, auch keine so rechte Antwort darauf wusste, was denn die neuen Orte des Jahres 2019 sein mögen.

richtig finde. Aber vielleicht bin ich schlicht gar nicht so novophil. Vielleicht geht es auch anderen so. Was dann erklären könnte, warum *ello*, *mastodon* (!) und so weiter alle nicht so richtig abheben. Hier ließe sich jetzt ein wunderbarer Exkurs zu *lock-in*-Effekten, Interoperabilität und der bisher nicht vorhandenen Möglichkeit, Kontakte über Plattformen hinweg zu teilen/mitzunehmen, einfügen.

Vielleicht lassen sich die übrigen Punkte aber auch als „renovieren/reparieren statt abreißen/wegwerfen“ zusammenfassen.² Damit meine ich nicht, dass es seitens der Plattformanbieter ständig Updates der Designs und Algorithmen gibt. Das nervt eher. Weil es – siehe oben – anstrengend sein kann, sich immer wieder auf Neues einzulassen. Stattdessen geht es darum, sich einzurichten, sich mit Leuten zu umgeben, sich anständig zu verhalten. Auch das ist Arbeit, aber das Ergebnis ist aus meiner Sicht viel nachhaltiger als der Reiz des Neuen – es ist nämlich eine Art, im Netz, auf einer bestimmten Plattform heimisch zu werden.

Warum blogge ich das? Weil das eines der Dinge ist, die ich von dem Netzkulturfestival mitnehme – das andere ist die erstaunte Feststellung, wie diszipliniert, undogmatisch und selbstverständlich eine mit einem medial begleiteten WhatsApp-Kettenbriefgestartete Bewegung wie Fridays for Future Onlinewerkzeuge nutzt, um sich politisch zu organisieren. Da geht es dann um Telefonkonferenzen, um Slack, um Etherpads. Das Netz als Politik-Tool, als große demokratische Bewegung – das ist eine der immer wieder utopisch darauf projizierten Vorstellungen. Jenseits des Pathos und jenseits des überhöhten Hypes findet das 2019 tatsächlich statt.

² Ursula K. Le Guins Bücher beispielsweise atmen diese Philosophie.

Reallabore, Klima und Nachhaltigkeit



Wissenschaft in der wirklichen Welt

2. Mai 2018 – Hochschulpolitik, Nachhaltiges Leben, Politik und Gesellschaft

Zwischen OB-Wahlkampf in Freiburg und dem Besuch der *re:publica* in Berlin will ich doch noch die Gelegenheit nutzen, ein paar Eindrücke vom Reallabor-Symposium zusammenzufassen, das letzten Freitag in Karlsruhe stattfand.

Reallabore sind zumindest in bestimmten wissenschaftspolitischen Feldern und in der Nachhaltigkeitsforschung ein fester Begriff. Aufbauend auf Lehr-Lern-Projekten etwa an der ETH Zürich fand das Konzept „Reallabor“ Eingang in die Empfehlungen der von Wissenschaftsministerin Theresia Bauer eingesetzten Expertenkommission „Wissenschaft für Nachhaltigkeit“ – und wurde dann auch prompt umgesetzt. Wenn ich mein Verständnis von Reallaboren (oder, im internationalen Diskurs: „real world laboratories“) zusammenfasse, dann geht es dabei um Forschungsprojekte, in denen konkrete (zumeist lokalisierbare) Probleme gelöst werden, indem Wissenschaft und Praxis – idealerweise auf Augenhöhe – diese zusammen definieren (Ko-Design), Lösungsansätze erproben (Realexperimente) und daraus entstehendes Wissen wieder in den wissenschaftlichen Diskurs einspeisen.

Eine erste Kohorte von sieben baden-württembergischen Reallaboren startete 2015, eine zweite folgte 2016 („Reallabor Stadt“). Die Vorhaben

werden durch zwei Begleitforschungsgruppen unterstützt (eine eher mit dem Fokus, übergreifende Erkenntnisse zusammenzufassen, eine eher aktiv involviert mit Schulungen, Statusworkshops und Beratung) und, da die erste Förderperiode von drei Jahren jetzt ausgelaufen ist, evaluiert. Auch das u.a. durch das *Scientific Theatre Freiburg* schön gestaltete und gut besuchte Reallabor-Symposium ist Teil dieser Begleitung.

Ich werde jetzt nicht auf die einzelnen Vorträge und Impulse (u.a. von Lucia Reisch, Uwe Schneidewind, Theresia Bauer) eingehen und auch nicht die vielfältigen, sich in einer Messe präsentierenden Reallabore vorstellen. Vielmehr möchte ich aufschreiben, was ich an übergreifenden Erkenntnissen und Fragen zu diesem neuartigen Forschungsformat mitgenommen habe.

Das betrifft erstens die Verortung von Reallaboren als Methode und Forschungsformat. Wie erwähnt, sind sie aus den Empfehlungen der Expertenkommission „Wissenschaft für Nachhaltigkeit“ heraus entstanden und entsprechend an Nachhaltigkeitsforschung gekoppelt. Sie sind also – für Wissenschaft zunächst einmal unüblich – explizit normativ unterfüttert, insofern es hier um Problemlösung im Sinne nachhaltiger Entwicklung geht. Eine Debatte auf dem Symposium drehte sich um die Frage, ob und inwieweit diese Methode verallgemeinerbar ist. Lassen sich damit auch Probleme angehen, die nichts mit Nachhaltigkeit zu tun haben, solange es um Gemeinwohl und eine bessere Zukunft geht? Bedarf es der normativen Unterfütterung als Leitstern, droht sonst Beliebigkeit? Oder ist sogar die Orientierung an Nachhaltigkeit gerade eine Besonderheit der Reallabore, die sie von vergleichbaren Formaten der Konsumforschung oder der Soziologie (etwa Aktionsforschung) unterscheidet?

Eine zweite Debatte, auf die im Symposium immer wieder Bezug genommen wurde, ist die Doppel- oder sogar Dreifacherwartung an die Reallabore. Sie sollen Transformationsforschung betreiben, sie sollen transformative Forschung betreiben, und sie sollen zu Wissenschaft im Sinn von disziplinärer Forschung und Lehre – Veröffentlichungen, Promotionsvorhaben, Lehrveranstaltungen – beitragen. Die Unterscheidung zwischen Transformationsforschung und transformativer Forschung habe ich dabei so verstanden, dass „Transformationsforschung“ Forschung

darüber ist, wie die gesellschaftliche Transformation im Sinne nachhaltiger Entwicklung von statten gehen kann, während „transformative Forschung“ Forschung ist, die durch die Forschung selbst zu dieser Transformation beiträgt.

Diese Mehrfacherwartung an Reallabore führt selbstverständlich zu Spannungen. Ko-Design, offene Forschungsfragen und scheiternde Experimente können problematisch sein, wenn herkömmliche Maßstäbe von Wissenschaft angelegt werden. Akteure in Reallaboren sind gleichzeitig Expert*innen in der Sache und Aktivist*innen. Diese Rollen auseinander zu halten und zu sortieren, und mit den unterschiedlichen Anforderungen, die daran gestellt werden, klarzukommen, ist, das wurde deutlich, nicht immer einfach. Die unterschiedlichen Reallabore scheinen mir damit unterschiedlich umgegangen zu sein – einige haben sich stärker in Richtung transformativer Aktivitäten geneigt, andere eher den (inter-)disziplinären Charakter ihrer Arbeit hervorgehoben. Nahelegend, aber im Konflikt zu den Selbstverständlichkeiten des Wissenschaftssystems stehend, wäre eine interne Rollenteilung zwischen aktivistischer/moderierenderen Rollen einerseits und wissenschaftsnäheren Rollen andererseits.

Drittens war – vor dem normativen Hintergrund und vor den gerade beschriebenen Spannungen – die Erwartung an die transformative Wirkung der Reallabore ein Thema. Das Format, Akteure aus der Praxis – inklusive der „Zivilgesellschaft“ – und Wissenschaft gemeinsam auf die Lösung von Problemen loszulassen, scheint mir bei relativ klar umrissenen, örtlich begrenzten Problemstellungen gut zu funktionieren, wenn es etwa um Stadtteilentwicklung geht, um lokale Wirtschafts-, Energie- oder Ernährungssysteme oder wie im Reallabor Nordschwarzwald um die Entwicklung einer Region.

Noch nicht wirklich absehbar scheint mir hingegen, ob das hier produzierte Wissen über den lokalen Fall hinaus skalierbar und anwendbar ist. Reallabore eröffnen – systematisch beobachtete – Erfahrungs- und Utopieräume, und könnten dies auch noch stärker tun, auch das wurde in der Veranstaltung gefordert. Ob und wie gut Reallabore funktionieren, wenn das Feld größer und abstrakter wird, sagen wir:

ein Reallabor „Grundeinkommen“, scheint mir eine offene Frage zu sein.¹

Damit verbunden ist für mich die übergreifende Frage, welchen Beitrag Reallabore überhaupt zu sozial-ökologischen Transformation beitragen können, d.h.: Wie viel Veränderung findet auf Mikro- und Mesoebene statt, und wo wären ökonomische oder politisch-regulierende Eingriffe auf der Makroebene notwendig, um Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung der sozial-ökologischen Transformation zu lenken? Reallabore als Räume reflektiert lokaler Erfahrung liefern hier sicher einen wichtigen Beitrag, wenn es darum geht, Stellschrauben zu identifizieren und mögliche Lösungen im „Realexperiment“ auszutesten. Nachhaltig wirksam werden sie, befürchte ich, jedoch erst, wenn übergeordnet eingegriffen wird.

Ein viertes Thema des Symposiums schließlich waren die Erfahrungen der Reallabor-Akteure mit den konkreten Bedingungen der baden-württembergischen Förder- und Ausschreibungsbedingungen. Das überschneidet sich zum Teil mit den oben dargestellten in Spannung zueinander stehenden Erwartungen. Daneben habe ich drei Themenkomplexe wahrgenommen: die Förderdauer bis hin zu einer möglichen Verstetigung, die Frage, wer und was überhaupt gefördert wird, und die methodologische Unterstützung.

Die auf drei Jahre angelegte Förderung wurde von vielen Seiten als zu kurz angesehen; auch wenn jetzt einige wenige Reallabore eine Verlängerung um weitere zwei Jahre erhalten, bleibt dies deutlich hinter den 5+3 oder 4+4 Jahren, die im Symposium im Raum standen. Forderungen gingen dabei bis hin zu fünfzig (!) Jahren oder gar einer dauerhaften Verstetigung der Reallabore. Hier wären dann aus meiner Sicht allerdings die Grenzen der Projektförderung erreicht, und die Institutionen – am KIT scheint das zu gelingen – gefragt, an denen die Reallabore angesiedelt sind. Während eine längere Förderung mit Blick auf die Prozesse und Abläufe nachvollziehbar wirkt – einige Zeit muss ja beispiels-

¹ Spannend dürften hier die Ergebnisse des Reallabors „Stadt-Raum-Bildung“ sein, das in verschiedenen Städten Schularchitektur als Grundlage individualisierten und kooperativen Lernens erforscht – Einzelfalloptimierung oder übertragbare Ergebnisse?

weise für die Erarbeitung der Forschungsfragen gemeinsam mit Praxisakteuren aufgewendet werden, die Umsetzung und Evaluierung der Wirkung von konkreten Veränderungen bracht Zeit – in ich skeptisch, ob der Charakter Reallabor zu einer Dauerförderung passt. Wäre das noch ein Langzeitexperiment, wäre es ein institutioneller Hafen für unterschiedliche Reallaborprojekte, oder doch eher so etwas wie wissenschaftlich unterstützte Quartiersarbeit?

Was gefördert wird, ist ebenfalls eine spannende Debatte. Als Forschungsförderung waren die Ausschreibungen des MWK Baden-Württemberg so aufgesetzt, dass eine Hochschule Hauptantragstellerin war, die dann freie Forschungseinrichtungen, Kommunen und Praxispartner mit ins Boot geholt hat. Geldflüsse direkt an Praxispartner sind dagegen bisher nicht vorgesehen und würden der Logik der Forschungsförderung widersprechen. Andererseits könnte es aber durchaus zielführend sein, Gelder direkt an die Praxis zu geben, die sich dafür dann „Wissenschaft“ einkauft. Aber auch jenseits dieser grundsätzlichen Frage scheint es Probleme dahingehend gegeben zu haben, welche Aktivitäten innerhalb der Reallabore finanziert werden konnten und welche nicht.

Ein Ergebnis der Begleitforschung sind zwei Methodenhandbücher für Reallabore. Auch hiermit verbinden sich m.E. wichtige Fragen. Im Symposium angesprochen wurde die Notwendigkeit, Weiterbildungen für Reallabor-Akteure anzubieten. Zum Teil war dies wohl Bestandteil der Begleitforschung; eine systematische Verankerung von Reallabor-Methoden (und des theoretischen Hintergrunds der Reallabore) scheint es jedoch bisher nicht zu geben. Dies könnte dazu führen, dass jedes neue Fördervorhaben „Reallabor“ sich die damit verbundenen Abläufe und Methoden immer wieder neu aneignen und diese aushandeln muss. Während ein solcher Aushandlungs- und Suchprozess sicher auch Vorteile hat, könnte ich mir vorstellen, dass eine – organisatorisch ganz unterschiedlich denkbare – Institutionalisierung von „Theorie und Methode des Reallabors“ in der Hochschullandschaft hilfreich sein könnte, um zum einen dezidierte Reallabor-Forschungsprojekte zu unterstützen und um zum anderen die diesem Forschungsformat zugrundeliegenden

Ideen in den „normalen“ Wissenschaftsbetrieb einfließen zu lassen, ohne in die Plastikwortfalle beliebiger Dehn- und Deutbarkeit zu laufen.

Insgesamt nehme ich mit, dass der Impuls Reallabor als Wissenschaftsinnovation Wurzeln und Triebe geschlagen hat und eine Vielfalt an Früchten trägt. Wichtig wären aus meiner Sicht jetzt eine Weiterentwicklung und Verankerung dieses Formats im Sinne der eben skizzierten Überlegungen. Wichtig wäre es aber auch, Wissenschaft für Nachhaltigkeit nicht auf dieses Format zu verkürzen, sondern zu überlegen, welche weiteren Impulse notwendig sind. Die Empfehlungen der Expertenkommission – auch darauf wurde im Symposium verwiesen – enthalten hier durchaus noch weiteren Stoff, den sich noch einmal anzugucken lohnen könnte.



Bits und Bäume und dazwischen Zwischenräume

20. November 2018 – Digitales Leben, Nachhaltiges Leben, Politik und Gesellschaft

„Nachhaltigkeit“ und „Digitalisierung“ sind zwei der großen Themen unserer Zeit. Insofern fand und finde ich es eine großartige Idee, die Schnittmenge zwischen diesen beiden Entwicklungen genauer zu beleuchten, wie dies mit der Konferenz „Bits und Bäume“¹ an diesem Wochenende in Berlin umgesetzt wurde.

Ich will jetzt gar keinen Konferenzbericht im üblichen Sinne schreiben. Es gab ungefähr 130 verschiedene Veranstaltungen, und 1300 über 1700 Leute waren da, und die TU Berlin verwandelte sich für zwei Tage in ein wuseliges Öko-Tech-Camp. Wer einzelne der Vorträge nachgucken will, kann diese auf der Medienseite des CCC² finden – es lohnt sich durchaus, vom 8-Minuten-„Sporangium“ bis zu den großen Podien und Panels. Und wer ganz knapp wissen möchte, warum das mit der Digitalisierung und der Nachhaltigkeit nicht so einfach ist, sollte sich die Eröffnungsvorträge von Tilman Santarius und von Lorenz Hilty anschauen. Ich verrate schon mal: Rebound-Effekte haben einiges damit zu tun.

¹ <https://bits-und-baeume.org/>

² <https://media.ccc.de/c/bub2018>

Vorbereitet und getragen wurde die Bits und Bäume von der TU Berlin und neun Organisationen aus der Zivilgesellschaft, finanziert unter anderem durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt. Ein Blick auf die Organisationen im Trägerkreis weist schon auf ein Ungleichgewicht hin, das in der Konferenz selbst meines Erachtens nach deutlich spürbar war.

Im Trägerkreis vertreten waren zum einen ökologisch orientierte Verbände – der BUND und der *Deutsche Naturschutzring* – sowie das *Institut für ökologische Wirtschaftsforschung* (mit der Forschungsgruppe Nachhaltigkeit und Digitalisierung als Nukleus). Dazu kamen mit Brot für die Welt und Germanwatch zwei eher im developmentpolitischen Arm der Nachhaltigkeitsbewegung verankerte Organisationen. Auch das möglicherweise eher unbekanntes *Konzeptwerk Neue Ökonomie* aus Leipzig gehörte dem Trägerkreis an; das Konzeptwerk ist eng mit der Suffizienz- und Postwachstumsidee verbunden und organisiert u.a. die Degrowth-Sommerschulen.

Wer mitgezählt hat, findet hier vier große NGOs und zwei „Think-tanks“ aus der Nachhaltigkeitsszene, also „Bäume“.³ In der Summe also sechs Bäume. Die „Bits“, also die Digitalisierungsseite, war im Trägerkreis durch drei Organisationen vertreten: der *Chaos Computer Club* (CCC) als seit den 1980er Jahren bestehende Hacker-Vereinigung, das ebenso lange schon wirkende *Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung* (FIfF) sowie die jüngere *Open Knowledge Foundation Deutschland*, die sich um Informationsfreiheit und offene Daten kümmert. Halb dazugezählt werden könnte noch *netzpolitik.org* als Medienpartner.

Das klingt erst einmal gut: auf der einen Seite ein breites Spektrum an Nachhaltigkeitsbewegten, auf der anderen Seite die technisch interessierte Welt mit ihrem Kampf für informationelle Selbstbestimmung, Datensicherheit und für einen verantwortlichen Umgang mit Technik. Dass es dabei eine gewisse Asymmetrie zwischen den Bäumen und den Bits gab, sei's drum. Habituell auf beiden Seiten: das linksgrünsozialde-

³ Irgendwo muss ich nochmal loswerden, dass „Baum“ auch ein Fachbegriff aus der Informatik ist, der eine bestimmte Klasse von Datenstrukturen bezeichnet. Und weil ich keinen besseren Ort dafür gefunden habe, mache ich das hier.

mokratische Milieu, tendenziell akademisch und/oder protestantisch, vereint für das Gute.

Hier wird nun allerdings auch schon eine erste Leerstelle deutlich: Digitalisierung, der digitale Wandel, kommt bereits durch die Auswahl der Trägerkreisorganisationen bei der Bits und Bäume mit einer ganz spezifischen Zuschreibung daher; die irgendwo zwischen dem selbst Basteln und Tüfteln technischer Geräte und Programme, dem erhobenen Zeigefinger, was mit Algorithmen, Überwachung und Datensammeln alles passieren kann und der Bewegung für offene Daten (stellvertretend auch offene Quellcodes) verortet ist. Zentrale Forderung: informationelle Selbstbestimmung, zentraler Wunsch – wie es Constanze Kurz für den CCC sinngemäß bei der Eröffnung formulierte – „von den Ökos lernen, wie eine Bewegung so aufgestellt wird, dass sie überall ankommt und effektiv etwas bewegt“.

Im Konkreten des Kongressprogramms war damit dann auch schnell klar, wie die Grenzlinie zwischen Gut und Böse gezogen werden kann: datensammelnde globale Konzerne hier, lokale Initiativen mit Raspberry-Pi-Bastelei und „Gegenöffentlichkeit“ da. Entsprechend hieß einer der Workshops mit dem größten Zuspruch dann auch „Facebook zerschlagen“.

Gepaart mit dem starken Schwerpunkt bei Suffizienz und Postwachstum auf der Nachhaltigkeitsseite – und damit einem ganz bestimmten Bild des guten Lebens, gekennzeichnet durch Genügsamkeit und Zwischenmenschlichkeit – ergab sich dann ein Programm, dessen Schnittstelle im Lob der selbstverwalteten und selbstbestimmten Nische zu finden war aka „Digitale Suffizienz“. Oder, etwas zugespitzt: endlich gibt es auch eine ökologische Begründung für Datensparsamkeit – weil jeder Datenverkehr Strom verbraucht. Was ja auch stimmt, aber trotzdem ist es mir zu wenig.

Das klingt jetzt ziemlich negativ und wird der Bits und Bäume nicht wirklich gerecht. Das Programm war spannend, insbesondere da, wo es konkret wurde – etwa in der Vorstellung von CoWorkLand, oder bei der Frage, wie Open-Source-Soft- und Hardware für eine solidarische Landwirtschaft genutzt werden kann, oder beim ganz konkreten Blick da-

rauf, wo eigentlich die Ressourcen- und Energieverbräuche von Software und Websites herkommen. Und eine selbstbestimmte Aneignung von Technologie zu finden – auch das ist mir sehr sympathisch; nicht zuletzt deshalb, weil ich mich biografisch in beiden Bewegungen verorten würde. Und wenn das Ganze dann noch auf einer schön gestalteten Konferenz stattfindet, mit Rampenplan-Volksküche, kulturellem Beiwerk und hübschen Lichteffekten – warum dann meckern?

Trotzdem. Was mir fehlte, war die direkte, produktive Auseinandersetzung mit den Akteuren, die Digitalisierung gestalten. Das ist, egal, ob mir das gefällt oder nicht, größtenteils die Wirtschaft. Die tauchte, soweit ich es wahrgenommen habe, nur randständig auf – die DBU als Sponsor berichtet über ihr Programm nachhaltig.digital, das Fairphone und posteo waren irgendwie präsent, und als Diskursgegenstand wurde selbstverständlich dauernd über Google und Microsoft oder auch über die Telekom gesprochen. Und in ähnlicher Weise ließe sich das auch über die institutionelle Politik sagen, die ebenfalls eher ausgeblendet wurde.

Wenn es stimmt, dass sämtliche Effizienzgewinne in der Chipgestaltung – immer kleinere und damit ressourcenärmere, immer sparsamere Chips – von zunehmenden Softwareanforderungen und der immer schnelleren Verbreitung der IT weltweit aufgeessen werden; wenn das Smartphone zum Wegwerfprodukt wird, das dazu beiträgt, einige Rohstoffe dramatisch knapp werden zu lassen und andere unter menschenunwürdigen Bedingungen zu extrahieren, zusammengebaut in ausbeuterischen Fabriken, ohne irgendeine Form der Mitbestimmung; wenn die Visionen „smarter“ Städte und „smarter“ Haushalte und „smarter“ Verkehrssysteme letztlich zu durchkommerzialisierten Neonwelten führen – warum dann nicht mit denen reden, die ein bestimmtes Bild von Digitalisierung propagieren und damit diese Entwicklungen vorantreiben?

Vielleicht ist die Vorstellung naiv, dass so ein Dialog produktiv sein könnte. Vielleicht ist eine Verständigung zwischen hohlen Hochglanzfloskeln auf der einen Seite und einem ganz bestimmten Bild des „guten Lebens“ auf der anderen Seite nicht möglich. Andererseits glaube ich, dass es kluge Formate geben könnte, in denen ein solcher Austausch organi-

siert werden könnte, der nicht bei Werbeversprechen stehen bleibt. Aber das hieße, sich ein bisschen aus der Nische (auch aus der Berliner Nische) herauszuwagen. Die Grenzlinien zwischen gutem Leben und smarterer Zukunftsvision wären dann nicht mehr so klar gezogen.

Vielleicht wäre dann der *Forderungskatalog*⁴ der Trägerorganisationen auch etwas anders ausgefallen. So jedenfalls ist er so richtig wie erwartbar: ganz viel, was nachhaltige Digitalisierung sein soll und an welchen Zielen (friedens-, umwelts-, entwicklungspolitische) sie ausgerichtet sein soll (durch wen? wie?). Sie soll demokratische und emanzipatorische Potenziale stärken, digitale Monopole sollen kontrolliert werden, Datenschutz, Manipulationsfreiheit und informationelle Selbstbestimmung werden groß geschrieben, ein kritischer Umgang mit Technik muss gelernt werden, die Länder des Südens sollen eigene Wege der Digitalisierung gehen können, Menschenrechte und Umweltstandards müssen durch die Technologiekonzerne gewährleistet werden, und Soft- und Hardware muss sicher, offen und reparierbar sein.

Wie gesagt – größtenteils sich das Forderungen, denen ich mich sofort anschließen kann. Anders als bei beispielsweise der Energiewende sind die globalen Abhängigkeiten und Vernetzungen hier aber größer, der Wandel auch der technologischen Basis schneller – AI, anyone? – die Gestaltungsspielräume durch Verbraucherentscheidungen kleiner. Deswegen vermute ich, dass der Rückfall auf die erprobten Handlungsmuster der neuen sozialen Bewegungen (*Forderungskatalog*, Kampagne, Boykott, Bewusstseinsbildung, Demonstration) hier nur begrenzt erfolgreich sein wird.

Digitalisierung so mitzugestalten, dass die darin enthaltenen Potenziale für Mensch und Umwelt sich entfalten können, dass sie nicht zum nächsten großen festgefahrenen technologischen Lock-in wird, der in zwanzig Jahren dann mühsam „gewendet“ werden muss, heißt: jetzt Weichen zu stellen. Die werden in den, um den Begriff aufzunehmen, Technologiekonzernen, gestellt – und durch neue wirtschaftliche Ak-

⁴ <https://netzpolitik.org/2018/bits-baeume-forderungen-fuer-mehr-digitale-nachhaltigkeit/>

teure. Wo bleiben die Öko- und Sozial-start-ups? Diese Weichen werden aber auch politisch gestellt. Im kleinen Maßstab geschieht das landes- und bundespolitisch, übrigens in sämtlichen Politikfeldern. Da geht es beispielsweise um Beschaffungsverordnungen und Ausführungsbestimmungen für Forschungsförderprogramme. Klingt furchtbar, kann aber etwas bewegen. Die eigentliche Arena ist hier jedoch die Europäische Union; schlicht deswegen, weil eine nationale Regulierung in vielen Fällen ins Leere greift. Im Mai 2019 finden die Europawahlen statt. Auch diese werden mit darüber entscheiden, ob der digitale Wandel nachhaltig und menschenfreundlich gestaltet werden kann oder nicht. Vielleicht ein Ansatzpunkt?

Dazu müsste es aber, als wirkmächtiges Gegenbild – und um diesen heißen Brei ist die Bits und Bäume ebenfalls eher herumgeschlichen – auch so etwas wie eine optimistische, positive Vision eines durch digitale Technik ermöglichten „guten Lebens“ geben – Entlastung von mühseliger Arbeit, Ermächtigung, Bereitstellung von angepasstem Wissen oder auch die Herstellung persönlicher Nähe über Entfernungen wären einige Stichworte, die mir dazu einfallen (nein, Linux und die lokale Bastellösung sind es nicht.) Konkret ließe sich das dann herunterbrechen: wie sieht das ökosmartere Energienetz aus, wie die digital gestützte Verkehrswende? Auch darüber wurde für meinen Geschmack viel zu wenig nachgedacht.

Warum blogge ich das? Weil ich länger überlegt habe, warum ich trotz zweier großer Themen, die mich schon lange umtreiben, bei der Bits und Bäume das Gefühl eines großen blinden Flecks hatte.



Die Welt lässt sich ändern

8. Juni 2019 – Nachhaltiges Leben, Politik und Gesellschaft

Es gibt jetzt ein paar Umfragen unterschiedlicher Institute, in denen Grüne bundesweit vor CDU und CSU liegen. Das macht mir Mut – ich deute diese Zahlen so, dass es eine gesellschaftliche Mehrheit dafür gibt, die Klimakrise anzugehen und zu handeln.

In gewisser Weise kulminiert hier die Repolitisierung der deutschen Gesellschaft seit dem letzten Jahr. Seebrücke, Unteilbar, Großdemos, der Hambacher Wald – und Fridays for Future. Plötzlich wird wieder über Politik gesprochen. Das Ende der Geschichte liegt lange zurück. Trump und Brexit-Großbritannien haben deutlich gemacht, dass politische Mehrheiten eine Rolle spielen, dass demokratische Errungenschaften zerbrechlich sind. Die Wahlbeteiligung steigt. Und solange SPD und CDU/CSU nicht in der Lage sind, diese Repolitisierung ernst zu nehmen, mit der nun eben auch ein ganz anderer Stil, eine ganz andere Anspruchs- und Erwartungshaltung Politik gegenüber einhergeht, solange bleibt es bei der Zerstörung der Volksparteien.

Aber wenn ich über diesen Text geschrieben habe, dass die Welt sich ändern lässt, dann geht es mir nicht um Umfragemehrheiten. Vielmehr schreibe ich ihn, weil die Klimakrise eine eminent politische Frage ist. Und ja: ich bin überzeugt davon, dass diese Frage sich beantworten lässt. Vielleicht braucht es dafür eine Anstrengung wie bei der Mondlandung.

Damit es so eine Anstrengung gibt, braucht es politische Mehrheiten. Deswegen machen die Umfragezahlen Hoffnung. Es braucht aber noch etwas anderes, und das ist da: gesellschaftliche Mehrheiten dafür, einen Fokus, ein Ziehen in dieselbe Richtung. Und ich zumindest nehme es so wahr, dass wir jetzt an diesem Punkt sind.

Bei Diskussionen über Klimapolitik wird gerne auf die Einführung des Katalysators zurückgegriffen, oder auf das Montreal-Protokoll, mit dem in gemeinsamer globaler Anstrengung der Ausstoß von FCKW minimiert und das Ozonloch reduziert wurde. Montreal ist schön und gut – mal abgesehen von einzelnen Fabriken in China, die jetzt plötzlich wieder FCKW emittieren – aber ich glaube, der richtige Vergleich für Klimapolitik ist ein anderer. Die Gurtpflicht beim Auto,¹ auch auf den Rücksitzen, könnte ein Beispiel sein. 1976 war ich ein Jahr alt, damals wurde gegen große gesellschaftliche Kritik die Anschnallpflicht auf dem Vordersitz von Autos durchgesetzt. 1979 war ich vier Jahre alt, ab diesem Zeitpunkt mussten Gurte auch bei den Rücksitzen eingebaut werden, ab 1988 – ich war 13 – gab es die Pflicht, auf Autorücksitzen Dreipunktgurte einzubauen, sagt die Wikipedia. Eine Pflicht, Gurte auf der Rückbank zu benutzen, gibt es für Erwachsene seit 1984, für Kinder gibt es erst ab 1993 eine Sicherungspflicht. Was ich damit sagen will: ich habe als Kind noch miterlebt, dass es Debatten darum gab, dass der Staat Autofahrer*innen jetzt vorschreiben möchte, nur noch angeschnallt zu fahren. Was heute als völlig normale Sicherheitsmaßnahme erscheint, war einmal heiß umkämpfter Eingriff in die Freiheit der Autofahrenden. Die Welt lässt sich ändern.

Noch deutlicher wird es vielleicht beim Rauchverbot.² Zu meiner Schulzeit gab es selbstverständlich eine Raucherecke auf dem Schulge-

¹ <http://de.wikipedia.org/wiki/Sicherheitsgurt>

² <https://de.wikipedia.org/wiki/Rauchverbot>

lände. Bis 2007 gab es noch Raucherabteile bei der Deutschen Bahn, die Lufthansa erlaubte noch bis zur Mitte der 1990er Jahre – 1995 war ich 20 – das Rauchen im Flugzeug. Bundesbehörden wurden 2007 rauchfrei. In Baden-Württemberg untersagt das Landesnichtraucherschutzgesetz³ seit August 2007 das Rauchen „in Gaststätten, Schulen, Jugendhäusern, Kindertagesstätten, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Gleiches gilt für Behörden, Dienststellen und sonstige Einrichtungen des Landes und der Kommunen, außer Justizvollzugsanstalten.“

2007 ist gerade einmal 12 Jahre her. Ich kann mich – als lebenslanger Nichtraucher – noch gut an die Debatten darüber erinnern, die wir selbst im grünen Kreisverband geführt haben: Was wiegt höher? Der Schutz vor Passivrauch oder die Freiheit der Raucher*innen, sich nach dem Essen eine Zigarette anzuzünden? Raucherabteile in Zügen (und deren Gestank) kenne ich ebenso aus eigener Anschauung wie verrauchte Kneipen. Heute erscheint mir beides undenkbar, und ich rege mich darüber auf, wenn jemand an der Straßenbahnhaltestelle raucht, und empfinde das ebenso als störend wie Rauch, der aus dem Innenhof oder von Nachbarbalkonen in meine Wohnung zieht.

Hier sind verschiedene Dinge zusammengekommen: eine neue Akzeptanz medizinischer Fakten und eine Ende des Glaubens an Zigarettenindustrie-Studien, die sogar eine Gesundheitsförderung durch das Rauchen sahen. Ein gesellschaftlicher Stimmungswandel. Politische Maßnahmen auf nationaler und regionaler Ebene. Warnhinweise und Werbeverbote. Und 2005 mit der WHO-Tabakrahmenkonvention⁴ auch eine internationale Übereinkunft zum Schutz von Nichtraucher*innen. Viele Länder haben ähnliche Gesetze erlassen.

Im Ergebnis hat sich die Welt verändert. Der Zigarettenkonsum ist zurückgegangen, ebenso die Zahl der Raucher*innen⁵. Es wird nicht mehr als selbstverständlich angesehen, irgendwo Rauchen zu können. Ob

³ <https://www.rauchfrei-info.de/das-ist-geregelt/laendergesetze-zum-nichtraucher-schutz/>.

⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/Rahmen%C3%BCbereinkommen_der_WHO_zur_Eind%C3%A4mmung_des_Tabakgebrauchs

⁵ <https://www.rauchfrei-info.de/die-gesellschaft/raucherquote-bei-erwachsenen/>

sich direkte kausale Gesundheitseffekte zeigen lassen, ist umstritten – es gibt aber zumindest Indikatoren dafür.

Ich kann mir gut vorstellen, dass wir in zwölf Jahren in einer Welt leben werden, in der fossile Brenn- und Kraftstoffe als aus der Zeit gefallen gelten. In der regelmäßiger Fleischkonsum als Laster gilt, und in der selbstverständlich jeder Flug mit einer CO₂-Kompensation verbunden ist, wenn er denn überhaupt angetreten wird. Die ersten kleinen Steinchen in diese Richtung rollen gerade den Hang herab. Sobald daraus eine Lawine wird, kann sich die Welt erstaunlich schnell verändern. Dann greifen politische und gesellschaftliche Verschiebungen ineinander. Vormalig randständige Positionen sind plötzlich *common sense* der Mitte der Gesellschaft. Und dafür lohnt es sich, jetzt zu kämpfen.

Warum blogge ich das? Weil mir der Blick auf diese „historischen“ – so lange ist's gar nicht her – Beispiele Mut macht.

Nicht ablenken: die Klimakrise kann nur politisch gelöst werden



Nicht ablenken: die Klimakrise kann nur politisch gelöst werden

21. Juli 2019 – Nachhaltiges Leben, Politik und Gesellschaft, So grün, so grün, Soziologisch gesehen

Oft sind Twitterdebatten furchtbar, aber manchmal sind sie tatsächlich fruchtbar. Aber ich fange noch mal anders an. Nehmen wir an, ein Land hätte sich vorgenommen, den Mond zu erreichen. Ein milliardenteures Vorhaben. Es muss eine entsprechende Forschungslandschaft und Industrie aufgebaut werden. Astronaut*innen müssen gefunden und trainiert werden. Und so weiter. In diesem Land aber ist das anders. Es gibt eine breite öffentliche Debatte darüber, wie wichtig es sei, den Mond zu erreichen. Und deswegen würden alle Bürger*innen ab sofort dazu aufgerufen, Leitern auf ihren Hausdächern zu befestigen, gerne auch hohe. Jedes bisschen hilft! Wer Astronaut*in werden will, sollte selbstverständlich auf die höchste Leiter auf dem höchsten Haus klettern.

Der Vergleich hinkt. Trotzdem hilft er. In gewisser Weise ist die Lösung der Klimakrise ein *Moonshot*-Projekt. Alles muss sich darauf ausrichten, Treibhausgasemissionen zu reduzieren und Senken zu schaffen (also zum Beispiel Bäume zu pflanzen). Ein relevanter Teil der öffentlichen Debatte beschäftigt sich damit, was jede und jeder selbst tun kann. Vegetarische Ernährung. Eine autofreie Mobilität. Keine Flüge.

Wenn alle das tun würden, dann wäre das in der Tat relevant. Wobei: etwa die Hälfte der deutschen Treibhausgasemissionen¹ kommen aus dem verarbeitenden Gewerbe inkl. Bau und der Energiegewinnung. Der Verkehrssektor insgesamt macht etwa 18 Prozent von Deutschlands Treibhausgasemissionen aus, der ganz überwiegende Anteil ist auf den Straßenverkehr zurückzuführen. Wobei ich ehrlich gesagt keine Ahnung habe, wie der in Deutschland startende und landende Flugverkehr in diese Bilanzen eingerechnet wird.²

Wie dem auch sei: individuelles Verhalten betrifft nur einen relativ kleinen Anteil der Treibhausgasemissionen. Der Alltagsverkehr – Auto oder nicht – spielt dabei eine große Rolle, der Strommix, die Wärmeversorgung und Dämmung. Trotzdem fokussiert sich die öffentliche Debatte gerne auf Flüge. Hm. (Global soll der Flugverkehr³ für etwa 5 Prozent aller Treibhausgasemissionen verantwortlich sein.)

Im Umkehrschluss heißt das: um Deutschlands Treibhausgasemissionen schnell und wirksam zu reduzieren, sind die großen Hebel der Energiemix, der Verkehr, „übrige Feuerungsanlagen“ (Heizkessel und Kamine in Wohnhäusern) und das verarbeitende Gewerbe. Das aber wieder sind Räder, die individuell nur begrenzt drehbar sind. Wie ein Haus geheizt wird, wie das Haus gedämmt ist: das ist ein relativ wirkungsvoller Hebel. Oder ein Auto benutzt wird. Was für Strom bezogen wird. Trotzdem: letztlich sind es Maßnahmen wie der Kohleausstieg, die Verkehrswende oder die Novellierung von Landesbauordnungen,

¹ <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/treibhausgas-emissionen/emissionsquellen>

² Und auch bei z.B. Landwirtschaft und Ernährung stellt sich die Frage nach Grenzziehungen, wenn es um importierte Lebensmittel geht ...

³ <https://www.bund.net/themen/mobilitaet/infrastruktur/luftverkehr/>

die hier etwas bewegen. Und natürlich ein harter CO₂-Preis, der nicht zuletzt Handlungsbedarf sichtbar macht.

Aus Sicht von Umweltbewegten mag das jetzt furchtbar deprimierend klingen. Da gibt eine oder einer sich ein ganzes Leben lang Mühe, verzichtet (wie ich) auf ein Auto, ernährt sich vegetarisch, achtet auf einen kleinen Fußabdruck, fliegt sehr selten (insgesamt bisher vier Mal – einmal Indien, einmal Schottland, einmal Schweden, einmal USA – innerhalb von 43 Lebensjahren) – und dann ist das alles aus der Vogelperspektive betrachtet nichts wert?

Hier kommen mehrere Probleme und Diskurse zusammen. Das eine ist eine Debatte darüber, ob Menschen, die sich für eine ökologische Politik einsetzen, für eine Lösung der Klimakrise, selbst Vorbilder sein müssen. Diese Idee ist weit verbreitet (und führt im Umkehrschluss dann schnell zu hämischem Zeigefingergezeige – da, ein Grüner, und der fliegt; dort, eine Grüne, die es wagt, Eis aus einem Plastikbecher zu essen!). Und ja, auch ich würde sagen: wer aktiv für ökologische Politik wirbt, und nicht vorlebt, das diese möglich ist, hat ein gewisses Authentizitätsproblem. Aber auch da geht es um die großen Räder, nicht um den Plastikstrohhalm. Und um ein feines Gespür dafür, was tatsächlich schräg ist, und wo es hauptsächlich um Panikmache und Skandalisierung geht.

Anders sieht's aus, wer „bloß“ wählend an Politik beteiligt ist. Mir ist es lieber, jemand verhält sich nicht wirklich ökologisch, wählt aber grün (und nimmt damit in Kauf, dass das eigene Verhalten in Zukunft teurer wird oder gar verboten oder eingeschränkt wird) als andersherum.

Denn darum geht es letztlich: politische Mehrheiten dafür zu erreichen, mit der nötigen Massivität und Härte Maßnahmen auf der strukturellen Ebene durchzusetzen (vgl. etwa das ~~Klimaschutz-Sofortprogramm~~). Die haben dann jeweils individuelle Folgen, und es lässt sich trefflich darüber streiten, wo Verbote oder Kontingentierungen, wo Sanktionen, wo hohe Preise und wo bessere Alternativen der richtige Weg sind. Und genauso lässt sich darüber streiten, wie die sozialen Folgen aussehen.

Hier kommen wir zum zweiten Diskurs. Denn erstaunlicherweise hängt der ökologische *Impact* (oder Fußabdruck) nicht mit Werten und Haltungen zusammen. Wenn ich dreißig oder vierzig Jahre Umweltozi-

ologie grob zusammenfasse, dann sind hier zwei bis drei Aussagen wichtig. Zum einen sind die ökologisch Sparsamsten ärmere Rentner*innen – wer wenig kauft, aus Mangel an Geld, Zeit und Gesundheit das Haus oder die Wohnung selten verlässt, und noch dazu von Kind auf Verzicht und Sparsamkeit gedrillt wurde (bei Lebensmitteln wie bei der Heizung) emittiert nur extrem wenig CO₂. Und wer gut gebildet, mit einem spannenden Job und halbwegs viel Geld versorgt ist, reist gerne in der Weltgeschichte umher, fühlt sich als Weltbürger*innen, fährt vielleicht als Zweitwagen ein sparsames Elektroauto (neben dem großen Erstwagen), konsumiert viel, hat eine große Wohnung ... und wählt möglicherweise grün (oder FDP), während die Rentnerin oder der Rentner CDU oder SPD wählt. Puh. Ein gutes Rezept lässt sich daraus nicht ableiten.

Zweitens: selbst wenn es ein sozial-ökologisches Milieu geben würde, das nicht aus Sparsamkeit und Geldmangel, sondern aus einer Werthaltung heraus ökologisch vorbildhaft lebt, wäre das keine Lösung für die Klimakrise. Das mit dem Vorbild ist nämlich so eine Sache. Sehr schnell wird daraus Distinktion und Abgrenzung. Öko wird zum Lebensstil, zum sichtbaren Symbol einer bestimmten Milieuzugehörigkeit. Die Bahncard 100, das mit Holz verkleidete Haus samt Echtholzmöbel und Insektengarten, der Kauf beim (teureren) Bioladen, ... all das kann auch Statusmarker sein. Und dann wie alle anderen Statusmarker nicht nur Nachahmung, sondern eben auch Abgrenzung hervorrufen. „Ich lasse mir mein ... doch nicht verbieten!“ ebenso wie vehementer Spott über Vegetarierer*innen meint oft genau das: zu denen gehöre ich nicht.

Das aber ist kontraproduktiv, wenn es darum geht, dass nicht nur zehn oder zwanzig Prozent der Bevölkerung bestimmte Dinge tun oder lassen, sondern neunzig oder hundert Prozent. Da helfen dann nur allgemeine Vorschriften und Anreize, die alle treffen. Und unsichtbare ökologische Lösungen, die im Produktionsprozess oder im Produkt stecken, ohne dass sich die Funktionalität verändert.

Und dann gibt es noch den dritten Punkt: Menschen sind nicht rational, sondern vor allem Gewohnheitstiere. Wiederholte Praxis frisst sich ein und lässt sich nur schwer ändern. Selbst wer viel über die Umwelt weiß, selbst wem eine Lösung der Klimakrise wichtig ist, der oder die wird

nicht ohne weiteres sein oder ihr Handeln verändern. Damit sich eingefahrene Praktiken ändern, braucht es Gelegenheitsfenster, harte Anreize, möglicherweise auch Vorbilder oder einmal gemachte Erfahrungen, dass es auch anders geht. Das ist der Strohalm für all diejenigen, die ihre nachhaltige Lebensweise beibehalten wollen, und dafür mehr Grund brauchen, als dass es individuell moralisch das Richtige ist.

All das zusammen – der reale, in Zahlen darstellbare Impact individuellen Verhaltens; die Diskurse um Moral und Vorbildfunktionen; das Wissen darum, dass Verhaltensweisen und Praktiken sich nicht so einfach ändern, selbst bei optimaler Aufklärung – führen mich dazu, eine Priorität auf politische und strukturelle Lösungen zu legen. Appelle an das Verhalten des oder der Einzelnen erscheinen mir eher kontraproduktiv.

Und deswegen, um zum Ausgangspunkt zurückzukehren, finde ich es nicht wirklich überraschend, dass ~~Wähler*innen der Grünen besonders viel fliegen (und dabei ein schlechtes Gewissen haben⁴)~~. Das war auch schon 2014 so – und lässt sich vermutlich schnell erklären, wenn Faktoren wie Bildung, Beruf, Einkommen und Alter herausgefiltert werden. Dann würde – so vermute ich – herauskommen, dass Anhänger*innen der Grünen inzwischen ziemlich durchschnittlich sind, nur eben eher jünger, eher gebildeter und manchmal auch besser verdienend. All das sind Faktoren, die berufliche Flüge (z.B. zu wissenschaftlichen Konferenzen) ebenso wahrscheinlicher machen wie „Weltbürger-Flüge“, um einen Bildungskanon (New York, Sydney, Tokyo – musst du gesehen haben!) abzureisen oder transnationale familiäre und freundschaftliche Verbindungen zu leben.

Ist das jetzt Grund zur Sorge, zu Häme und Hetze? Wenn an meiner Argumentation oben etwas dran ist, nicht. Dann ist es wichtiger, wie jemand wählt – und welches politische Programm damit eine Mehrheit bekommt – als wie er oder sie sich im Alltag verhält.⁵

⁴ <http://tagesspiegel.de/politik/gruenen-anhaenger-fliegen-am-meisten-und-haben-das-schlechteste-gewissen-6609748.html>

⁵ Meine persönlichen Ansprüche an Flugreisen – auch im Sinne eines politischen Zieles – wären übrigens, dass diese nur angetreten werden, wenn sie wirklich wichtig sind, und wenn es eine Ausgleichsabgabe gibt. Letztere gerne verpflichtend, ersteres ist natürlich individuell sehr verschieden – je teurer Flüge sind, desto stärker dürfte

P.S.: Bei weniger globalen Problemen sieht die Argumentation übrigens ein bisschen anders aus. Ein autofreier Stadtteil funktioniert beispielsweise auch lokal.

P.P.S.: Im Zwischenbericht zum neuen grünen Grundsatzprogramm⁶ heißt es dazu (S. 29):

„Das System ändern, nicht den Menschen

*So wichtig das Engagement Einzelner ist: Es reicht nicht aus, den Unternehmer*innen oder den Verbraucher*innen individuell die Verantwortung für die ökologische Modernisierung zu geben. Viele Instrumente für eine wirksame ökologische Politik setzen bei Strukturfragen und bei Institutionen an. Das Abwälzen von politisch notwendigen Entscheidungen allein auf eine Änderung des privaten Konsumverhaltens ist de facto eine Form der Privatisierung. In einer Demokratie sind Bürger*innen der Souverän, nicht Konsument*innen. Die neoliberale Haltung, wonach etwa die Bedingungen der industriellen Tierhaltung nicht verändert werden müssen, solange die Menschen beim Discounter Ökoprodukte kaufen können, verkennt die grundsätzliche Bedeutung von Politik. Denn sie muss Regeln schaffen, die weiter reichen als auch noch die besten Vorsätze im Privaten. Dafür ist Politik da: nicht den besseren Menschen schaffen, sondern bessere Regeln.“*

Warum blogge ich das? Weil ich die Diskussion spannend fand, aber auch gemerkt habe, dass Twitter zu knapp ist, um das auszubreiten, um was es mir geht.

„wichtig“, wie auch immer das individuell gewertet wird, in die Entscheidung einfließen, ob ein Flug genommen wird oder nicht. Auf Twitter meinten einige, dass es ungerrecht sei, wenn Flüge dadurch zu einem Luxusgut werden. Aus meiner Sicht sind sie das – es gibt kein Recht auf Flug. Damit würde ich Flüge anders behandeln als Energie- und Wärmeversorgung oder regionale/nahe Mobilität – die sollte tatsächlich für alle erschwinglich sein. Aber all das lässt sich auch anders sehen.

⁶ https://cms.gruene.de/uploads/assets/20190328_Zwischenbericht-Gruenes-Grundsatzprogramm.pdf



Klimaaktionstag. Ein Gespräch mit Z.

20. September 2019 – Freiburg, Kinder, Nachhaltiges Leben, Politik und Gesellschaft

Der 20. September 2019 ist in positiver wie negativer Hinsicht ein Tag, der als Kipppunkt der Klimakrise in Erinnerung bleiben wird. Großartig sind die heute und in dieser Woche weltweit stattfindenden Demonstrationen – ein Tag, der mit 300.000 Demonstrierenden in Australien beginnt, allein in Deutschland 1,4 Mio. Demonstrierende gesehen hat und mit 250.000 in New York endet. *Fridays for Future* hat hier glo-

bal etwas in Bewegung gesetzt. Gleichzeitig ist der 20. September 2019 der Tag, an dem die Bundesregierung ihren wenig ambitionierten Kompromiss vorgestellt hat, bei dem heute schon klar ist, dass damit die Ziele des Pariser Klimaabkommens nicht erreicht werden können. Die freitäglichen Demos und ähnlichen Aktionen werden also weitergehen.

In Freiburg fand die größte Demonstration der Stadtgeschichte¹ statt, mit etwa 30.000 Teilnehmenden (bei 230.000 Einwohner*innen). Ich war mit meinem Zehnjährigen da – und als wir etwas zu spät ankamen, war nicht nur der Platz der Alten Synagoge voll, sondern auch die Terrasse des Theatercafes, die Bertoldstraße und der Rotteckring rund um den Platz. Extrem eindrucksvoll.

Auch meine Tochter Z. (fast 14) hat wie an allen bisherigen Demos in Freiburg auch an dieser teilgenommen; getroffen habe ich sie erst in der Straßenbahn zurück, so groß war die vielfältige Menschenmenge. Ich habe ihr ein paar Fragen zur Demo und zu den Freiburger *Fridays-For-Future*-Aktivitäten gestellt.

Du weißt, wer Greta Thunberg ist, oder? Ja, natürlich – bist du blöd? Ich folge ihr auch auf Instagram.

Würdest du sagen, dass Greta Thunberg ein Vorbild für dich ist? (überlegt) Nein, eigentlich nicht. Ich finde sie schon ganz cool, aber manche Sachen finde ich auch ein bisschen doof. Zum Beispiel – aber dafür kann sie jetzt nichts – hat ihre Mutter mal so ein Buch geschrieben über sie und ihre Schwester, das fand ich ein bisschen komisch.

Wärst du gerne Greta Thunberg? Das fände ich megacool. Weil es halt richtig krass ist, wenn du selbst etwas bewegen kannst, wenn alle über dich reden und du berühmt bist. Und alle deine Reden richtig feiern. Und vor allem fände ich es halt richtig cool, wenn ich etwas bewegen könnte, das zumindest ein Auslöser für die Weltrettung sein könnte.

¹ <https://www.badische-zeitung.de/liveticker-zum-nachlesen-mehr-als-20-000-menschen-gehen-in-freiburg-fuers-klima-auf-die-strasse>

Ich finde ihre Reden cool. Ihre Reden mag ich. Ich finde es schade, dass sie keine in Freiburg gehalten hat. Wenn ich sie unbedingt bei einer Rede hätte sehen wollen, hätte ich mal nach Berlin fahren können.

Meinst du, es würde so etwas wie Fridays for Future ohne sie geben? Nein. Sie war der Anstoß und das Vorbild. Und zumindest den Namen würde es auf jeden Fall nicht ohne sie geben. Sie war sozusagen die Trendsetterin und hat diesen Trend in die Welt gesetzt. Und jetzt gibt es halt richtig viele Nachahmer, also Leute, die das auch cool finden und machen. Die Demos machen. Weil sie es cool finden, was sie macht. Und für Klimaschutz sind.

Was ist denn deine Lieblingsdemospruch? Im Moment „We are unstoppable, another world is possible.“

Das ist jetzt englisch. Wie kommt es, dass viele der Sprüche davon in Englisch sind? Na, das ist ja schon so international – Englisch ist so etwas wie eine Weltsprache, und dann können das auch Leute woanders so sagen, glaube ich.

Und ist es dir wichtig, dass Fridays for Future global ist? Ich finde das schon cool, und ich finde es auch cool, dass das in so vielen unterschiedlichen Ländern und Städten gemacht wird.

Merkst du das bei den Demos in Freiburg, dass Fridays for Future eine internationale Bewegung ist? Bei der letzten oder vorletzten Demo gab es ein Lied, auf die Melodie von „Bella Ciao“. Es wurde aufgenommen, wie das die ganzen Leute gesungen haben, und das war halt auch auf Englisch. Und dann gab es ein Youtube-Video, wo richtig viele unterschiedliche Städte es gesungen haben, so zusammengeschnitten.

Wie hast du davon erfahren, dass heute eine Demo stattfindet? Über meine Whatsapp-Gruppe, in der ich schon länger bin. Eine Fridays-for-Future-Freiburg-Whatsapp-Gruppe. Ich glaube, ich bin in Gruppe neun

oder acht. Es gibt halt richtig viele, weil nur eine begrenzte Anzahl Teilnehmer in einer Whatsapp-Gruppe möglich sind. Da sind richtig viele Leute drin. Und halt ein paar Admins, die immer die Neuigkeiten reinschreiben, das sind aber meist Weiterleitbriefe.

Wie ist Fridays for Future in Freiburg organisiert? Weißt du dazu etwas? Es gibt Orgatreffen. Da kann hingehen, wer will. Ich bin bisher noch nicht hingegangen. Ich würde nicht gerne alleine hingehen, und bisher wollte keine meiner Freundinnen mit hingehen.

Alle anderen kriegen dann per Whatsapp davon mit? Ja.

Gibt es in diesen Whatsapp-Gruppen auch Diskussionen – oder mehr so Infos? Nur Infos, weil nur Admins Nachrichten in die Gruppen schreiben können. Sonst würde man nicht den Durchblick behalten können, viele würden es dann stumm schalten, weil so viele die Gruppen dann vollspammen würden.

Und wie hast du dich auf die Demo heute vorbereitet? Eigentlich habe ich nicht so viel gemacht. Ich habe die Plakate von der letzten Demo mitgenommen. In der ersten Pause in der Schule habe ich sie noch verbessert. Und ich habe halt einen Turnbeutel mitgenommen, damit ich nicht den Schulranzen mitschleppen muss.

Wusstest du schon, mit wem du auf die Demo gehst? Ja. Ich bin zu allen Demos, die es in Freiburg gab, gegangen. Und da bin ich immer mit derselben Freundin aus meiner Schule hingegangen.

War die Demo heute anders als früher? Ja – es gab kein Sit-in. Eigentlich war das angekündigt, aber vielleicht waren einfach zu viele Menschen da. Was auch noch anders war: normalerweise gab es nach den Demos immer ein offenes Mikro. Diesmal gab es nur Musik. Es wurde auch gesagt, dass das so war, weil zu viele Menschen da waren.

Und wieso waren so viele Menschen da? Weil alle Generationen hingehen sollten! Nicht nur die Leute, die zur Schule gehen oder studieren! Wir waren dreimal so viele wie sonst. Und bei meiner Familie waren drei Generationen bei der Demo.

Und war die Demo anders als sonst, weil verschiedene Generationen da waren? Es war so, dass weniger Sprüche gerufen wurden. Es waren viele Erwachsene da, die hatten nicht so Lust, Sprüche zu rufen, und die waren nicht so lustig und laut. Jedenfalls waren die nicht so leicht anzu-stecken. Wenn nur Kinder da sind, ist es lustiger.

Was war das Ziel der Demo? Also, das Ziel ist, dass die Politiker mehr, bessere Klimapolitik machen! Und außerdem soll die Stadt Freiburg den Klimanotstand ausrufen! Dazu gibt es Forderungen von *Fridays for Future*, auch an die Stadt Freiburg. Und es wurden in Berlin heute so Beschlüsse gefasst, und darum ging es auch.

Gehen alle Leute wegen dem Thema Klimaschutz zu den Demos? Es ist halt so, dass der große Teil der Leute deswegen hin geht. Aber es sind auch viele Leute da, die mit ihrer Organisation dahingehen, und die eher für etwas anderes werben. Zum Beispiel habe ich heute so einen Flyer gesehen, dass Freiburg 5G-frei bleiben soll. Das hat jetzt nicht so viel mit *Fridays for Future* zu tun. Ich finde das aber nicht so schlimm. Ich kann ja dann einfach sagen, dass ich den Flyer nicht will.

Meinst du, dass die Fridays-for-Future-Demos etwas verändern? Ich glaube schon, dass es auf jeden Fall etwas verändert. Zum Beispiel hat Freiburg sich so Klimaziele gesetzt. Es gibt jetzt auch eine Straßenbahn mit diesen Klimastreifen, wo blaue Streifen eher kühlere Jahre und rote Streifen eher wärmere Jahre darstellen. Die VAG ist auch mit einbezogen in diese Klimaziele. Und insgesamt ist es so, seit es *Fridays for Future* gibt, und seit Greta Thunberg so bekannt ist, dass die Aufmerksamkeit der Leute auf das Thema gelenkt wird.

Reallabore, Klima und Nachhaltigkeit

Hast du den Eindruck, dass auch insgesamt etwas getan wird? Nicht so wirklich. Ich glaube, dass es halt so ist, dass die Menschen, auch die, die bei *Fridays for Future* mitmachen, mehr auf ihren Lebensstil achten müssten. Ziemlich viele, auch aus meiner Klasse, gehen da hin, aber machen sonst nichts für die Umwelt. Wenn sich etwas ändern soll, müssen das nicht nur die Politiker machen, sondern auch die Menschen. Wenn viele nur dahin gehen, weil sie freitags dann keine Schule haben, und vielleicht danach zu McDonalds gehen, kann man das nicht so ernst nehmen.

Meinst du, dass es noch oft so Demos geben wird? Ja, denke ich schon. Sehr oft.

Und du hast weiter vor, da hinzugehen? Ja, habe ich.

Wie würdest du es finden, wenn Fridays for Future eine Partei gründen würde? Ich fände es ziemlich cool und würde die wählen. Das wäre dann erstens richtig gut fürs Klima. Und zweitens ist das zumindest in Freiburg so, dass wir niemanden ausschließen oder diskriminieren wollen. Zum Beispiel steht auf der Bühne immer jemand, der in Gebärdensprache übersetzt. Und drittens wären viele junge Leute dabei, weil *Fridays for Future* viele Schüler und Studenten hat. Deswegen wäre das eine gute Partei.

Und für wie wahrscheinlich hältst du es, dass sich aus Fridays for Future heraus eine Partei gründet? Ich denke eher nicht. Bisher habe ich mir darüber keine Gedanken gemacht.

Wird es nicht irgendwann langweilig, immer nur Demos zu machen? Nein! Das sind ja nicht nur Demos, da gibt es auch viele andere Aktionen. Und wir haben ja auch schon Sachen bewegt, ein bisschen zumindest. Mir fällt dazu ein, dass *Fridays for Future* mitgeholfen hat, dass die Bäume beim Eugen-Keidel-Bad erst einmal nicht gefällt werden. Das

konnten wir verhindern, dass hier Bäume für Parkplätze abgeholzt werden.

Und was sagt deine Schule dazu? Die finden das gut und würden das gerne unterstützen. Das wird als unentschuldigter Fehltag eingetragen, aber es gibt keine Strafen. Und zum Beispiel gab es heute einen Klimaaktionstag in der Schule. Auch die paar, die nicht zur Demo sind, mussten sich mit dem Thema Klima beschäftigen.

Vielen Dank!

P.S. (28.11.2019): Dieser ~~taz-Artikel~~² gibt einen ganz guten Einblick in die interne Organisation von Fridays for Future.

² <https://taz.de/Inside-Fridays-for-Future/!5641252/>

Anhang

Personenindex

- Al-Wazir, Tarek 67
Andresen, Rasmus 73
Ataman, Ferda 74
Baerbock, Annalena 59, 71, 74
Bauer, Theresia 133, 134
Bause, Margarete 95
Beck, Katharina 81
Beck, Volker 46
Beer, Nicola 13
Berninger, Matthias 93, 94, 97
Bläss, Philipp 91
Bloss, Michael 73
Borchert, Katharina 74
Brantner, Franziska 46
Bulmahn, Edelgard 93
Bütikofer, Reinhard 72
Cavazzini, Anna 72
de Maiziere, Thomas 9
Delay, Jan 38
Deparnay-Grunenberg, Anna 73
Dobrindt, Alexander 9, 107, 108
Franz, Romeo 72
Gehring, Kai 92
Gibson, William 77
Giegold, Sven 46, 72
Göring-Eckardt, Katrin 11, 16, 33, 36,
51, 52, 53, 55
Grönemeyer, Herbert 25
Habeck, Robert 11, 33, 59, 62, 70, 74,
126, 127
Hahn, Henrike 72
Häusling, Martin 72
Heubuch, Maria 72
Hilty, Lorenz 139
Hofreiter, Toni 11, 33, 51
Janosch 15
Jungjohann, Arne 31
Kappes, Christoph 105
Kehr, Dota 25
Keller, Ska 46, 72
Kellner, Michael 16, 43, 50, 74, 92
Kern, Christian 59
Kiel, Sabine 93, 94
Kohl, Helmut 93
Krebs, Stefan 108
Kretschmann, Winfried 11, 34, 109
La Hengst, Bernadette 25
Lagodinsky, Sergey 72
Lang, Ricarda 81, 91
Langensiepen, Katrin 72
Le Guin, Ursula K. 131
Levit, Igor 71
Lindner, Christian 12, 14, 16
Luzina, Patrick 91
Macron, Emmanuel 59
Marquardt, Erik 72
Marx, Karl 24
Mayer, Benedikt 73
Meiwald, Peter 46
Merkel, Angela 9, 15, 23, 35, 37, 54,
68, 104
Metz-Göckel, Sigrid 93
Müller-Gemmecke, Beate 46
Murat, Nadia 50
Nena 38
Neubauer, Luisa 74, 78
Neumann, Hannah 72
Özdemir, Cem 11, 12, 16, 33, 36, 51,
52
Palmer, Boris 4, 11, 20, 57
Parker, Jens 81
Passig, Kathrin 129, 130

Anhang

- Paulus, Jutta 72
Peter, Simone 51
Reintke, Terry 72
Reisch, Lucia 134
Röstel, Gunda 92
Roth, Claudia 11, 73
Santarius, Tilman 139
Schellnhuber, Hans Joachim 54
Schneidewind, Uwe 134
Scholz, Christine 97
Schröder, Gerhard 9, 97
Schulz, Martin 9, 35, 37
Schwab, Luisa 91
Spahn, Jens 9
Steinbrück, Peer 9
Steinmeier, Frank-Walter 9
Strobl, Thomas 108
Stross, Charles 30
Thunberg, Greta 156, 159
Tocotronic 25
Trittin, Jürgen 11, 81
Trudeau, Justin 36
Trump, Donald 9, 30, 103
Unfried, Peter 68
Verlinden, Julia 46